

Funktion erfüllt?

Onlinegestützte Bürgerhaushalte aus Sicht der Bürger

von Dennis Frieß, Johanna Schade, Caroline Strobel & Lena Bayer-Eynck,

*Wir danken Zebralog für die freundliche Unterstützung,
ohne die diese Studie so nicht möglich gewesen wäre.*

Inhaltsverzeichnis*

1. Einleitung	4
1.1 Relevanz und Forschungsfrage	6
1.2 Analytisches Vorgehen - zum Verständnis von Technik und Gesellschaft	8
1.3 Aufbau der Arbeit	9
2. Forschungsstand	10
2.1 Evaluationsforschung zu E-Partizipationsprojekten	10
2.1.1 Zwei Vorschläge zur Evaluation von E-Partizipation	11
2.1.2 Schlussfolgerungen für das Forschungsvorhaben	14
2.2 Internet und Demokratie	15
2.2.1 Netzoptimisten	16
2.2.2 Netzpessimisten	18
2.2.3 Netzneutralisten	20
2.2.4 Pragmatischer Neutralismus in Zeiten des Web 2.0	21
2.2.5 Schlussfolgerungen für das Forschungsvorhaben	23
2.3 Partizipatorische Bürgerhaushalte	25
2.3.1 Definition und Charakteristika	25
2.3.2 Der Ursprung aller Bürgerhaushalte: Porto Alegre	26
2.3.3 Bürgerhaushalte in Deutschland	29
2.3.4 Schlussfolgerungen für das Forschungsvorhaben	30
3. Theoretische Fundierung	31
3.1 Zum Begriff der Partizipation	31
3.2 Partizipation in der Demokratietheorie	34
3.2.1 Orientierung im Dickicht der Demokratietheorie	34
3.3 Partizipatorische Demokratietheorien	37
3.3.1 Kleine Theoriegeschichte	39
3.3.2 Das gemeinsame Vertrauen in den Partizipationsprozess	44
3.4 Funktionen und Effekte politischer Partizipation	46
3.5 Empirische Partizipationsforschung	51
3.5.1 Bewertung der demokratiefördernden Effekte	52
4. Methodische Umsetzung	56
4.1 Beschreibung der Bürgerhaushalte Köln und Bonn	57
4.1.1 Bürgerhaushalt Köln	57

4.1.2 Bürgerhaushalt Bonn.....	58
4.1.3 Unterschiede der beiden Bürgerhaushalte	60
4.2 Situative Faktoren.....	61
4.3 Hypothesen.....	62
4.4 Operationalisierung	63
4.5 Fragebogenaufbau	67
4.6 Durchführung.....	67
5. Ergebnisse	69
5.1 Kennwerte und Aussagekraft der Stichprobe.....	69
5.2 Datenaufbereitung und -transformation	71
5.3 Deskriptive Auswertung	76
5.4 Multivariate Auswertung.....	79
5.4.1 Einführung und Voraussetzungen	79
5.4.2 Durchführung und Ergebnisse der multiplen linearen Regressionsanalyse.....	80
5.5 Diskussion – das demokratische Potenzial von Bürgerhaushalten aus Sicht der Bürger.....	86
6. Fazit.....	90
6.1 Zusammenfassung.....	90
6.2 Reflektion und Schlussfolgerungen für die weitere Forschung	91
Literaturverzeichnis.....	93
Anhang 1 (Fragebogen).....	103
1.1 Anschreiben.....	103
1.2 Fragebogen	104
Anhang 2 (Ergebnisse)	111
2.1 Durchschnittliche Verteilung der soziodemographischen Merkmale unter den Teilnehmern der Bürgerhaushalte (externe Daten).....	111
2.2 Deskriptive Statistiken und Häufigkeiten der soziodemographischen Merkmale.....	112
2.3 Datentransformation.....	114
2.4 Deskriptive Statistiken und Häufigkeitsverteilungen der situativen Faktoren.....	125
2.5 Deskriptive Statistiken und Häufigkeitsverteilungen der personenbezogenen Faktoren ..	129
2.6 Deskriptive Statistiken und Häufigkeitsverteilungen der abhängigen Variablen.....	132
2.7 Regressionsanalyse.....	133

*Die Verfasser der einzelnen Abschnitte sind auf jeder Seite in der Kopfzeile kenntlich gemacht worden.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Datenlage ausgewählter Beteiligungsprojekte zu Erfolgskriterien und -faktoren.....	12
Abbildung 2: Die drei Ebenen der Evaluation	13
Abbildung 3: Voraussetzungen, Funktionen und Probleme: Bürgerhaushalts in Porto Alegre	28
Abbildung 4: Untersuchungsmodell	62
Abbildung 5: Modellzusammenfassung	81
Abbildung 6: Koeffizienten	83

1. Einleitung

Die Debatte um mehr Partizipation ist aktueller denn je. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung der Bürger¹ wird zunehmend lauter formuliert und manifestiert sich in Schlagwörtern wie *Stuttgart 21* oder dem rasanten Aufstieg der *Piratenpartei*, die dieses Thema prominent für sich beansprucht. Die Zeiten repräsentativer Hinterzimmerpolitik scheinen vorbei, der Weg zu mehr Partizipation über Parteigrenzen hinweg neuer Konsens. So stellen Unionsminister Handbücher zur Bürgerbeteiligung vor (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2012), Liberale diskutieren ihr Grundsatzprogramm online² und grüne Ministerpräsidenten treten gar für eine „Kultur der Bürgerbeteiligung“³ ein.

Flankiert wird der Trend hin zur mehr Bürgerbeteiligung von der Zunahme *onlinegestützter Beteiligungsformate*, welche den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit im weitesten Sinne darstellen. Mit der mittlerweile nahezu flächendeckenden Verbreitung des Internets in der Bundesrepublik (ARD/ZDF Onlinestudie, 2011), steigt die Anzahl der von Politik und Verwaltung initiierten Beteiligungsangebote im Internet (Feick, 2007: 221). Mit der vermehrten Einrichtung solcher E-Partizipationsangebote erhalten die Bürger eine weitere Möglichkeit – neben etablierten Verfahren wie Wahlen, Versammlungen, Petitionen, Demonstrationen etc. – auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Zudem reflektieren die neuen Partizipationskanäle zeitgeistliche Hoffnungen, welche erfüllt, aber auch enttäuscht werden können. Die von Hoffnungen beseelten demokratischen Potenziale des Internets sind mannigfach beschrieben worden. Dorer (1999: 295) bringt es auf den Punkt, wenn sie schreibt, dass das Internet wie kaum ein anderes Medium „mit der Vorstellung und dem Versprechen einer allgemeinen Demokratisierung“ angetreten ist und Bauer (2003: 3) befindet sich in guter Gesellschaft, wenn er behauptet, dass die sogenannte E-Democracy von vielen als Chance angesehen wird, die westlichen Demokratien neu zu beleben. Bereits vor der Verbreitung des Internets identifizierte Hollihn (1978) die grundlegende Intention, die *auch* bei internetvermittelter Partizipationsangeboten gilt:

„Wenn von einer aktiven Einbeziehung der Bürger [...] gesprochen wird, geschieht dies immer auf dem Hintergrund von Schlagworten wie *mehr* Demokratie, *mehr* Transparenz, *mehr* Öffentlichkeit etc.“ (Hollihn, 1978: 15, Hervorhebung durch die Autoren).

¹ In der gesamten Arbeit wird aus Gründen der Lesbarkeit das Maskulinum benutzt. Gemeint sind jeweils beide Geschlechter.

² <http://www.chancen-fuer-morgen.de>

³ <http://www.gruene-bw.de/themen/demokratie-recht/news/mehr-demokratie.html>

Somit lassen sich vermehrte Partizipationsangebote seitens der Politik auch als Reaktion auf die vielfach beschriebene *Krise der Demokratie* verstehen (Zittel, 2005: 1).⁴ Obgleich Krisendiagnosen möglicherweise so alt sind wie die Demokratie selbst, formiert sich die Krisenrhetorik seit Beginn der 1970er Jahre beharrlich. Während konservative Krisendiagnostiker die Krise eher von einer Anspruchsüberlastung her zeichnen, also beklagen, dass Demokratien an ihre Leistungs- und Bereitstellungsgrenzen gelangen (Merkel & Petring, 2011: 4), beklagen linke Diagnosen Enttäuschungseffekte, Rationalitäts-, Legitimations- und Motivationsprobleme der Demokratie (Habermas, 1973: 73; von Alemann, 1978: 37f.; Walk 2008: 69). Die Behauptung, dass Kernfunktionen der Demokratie wie Partizipation, Repräsentation und Inklusion ausgehöhlt werden, gehört bereits seit knapp 40 Jahren zum festen Kanon der Krisenrhetorik (Merkel & Petring, 2011: 4).⁵ Die konstante Kritik beschreibt einen ebenso konstanten Ausweg aus der Krise: Mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger.

“Political elites usually do not acknowledge a crisis without having a cure ready at hand. Consequently, policies that would provide new opportunities for political participation are up on the political agenda as an answer to this perceived crisis of democracy.” (Zittel, 2005: 2)

Das vermehrte Auftreten von onlinegestützten Partizipationsangeboten vollzieht sich somit in einer zeitgeistlichen Stimmung von *mehr Partizipation, Transparenz und Mitbestimmung* und der damit verbundenen Hoffnung nach einer ‚besseren‘ Demokratie. Der Keim dieser Hoffnung liegt in der plausiblen Annahme, dass die interaktiven Eigenschaften des Internets ein breites Spektrum neuer Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen und theoretisch massive Veränderungspotenziale bereithalten (Feick, 2007: 222; Grunwald et al., 2005: 9; Lührs et al., 2004: 1). Allerdings darf nicht verkürzt von theoretischen Potenzialen auf empirische Fakten geschlossen werden. Die Veränderungen, die Partizipationsangebote im Internet für eine bestehende Demokratie bewirken können, sind letztlich davon abhängig, wie die Individuen in einer Gesellschaft sie nutzen, welche Bedeutung sie ihnen beimessen und wie lebensweltliche Aneignungsprozesse verfasst sind (Grunwald et al., 2005: 7f.). Inwieweit die theoretischen Potenziale internetvermittelter Kommunikation eintreten, ist letztlich eine empirische Frage, die auch in dieser Arbeit gestellt wird.

⁴ Von Alemann (1978: 36) schlägt vor, die Erforschung der Ursache von Forderungen nach mehr Partizipation „konsequenterweise als Krisenforschung zu betreiben“. Die Forderung nach mehr Partizipation sei demnach auf das engste mit dem Konstatieren von Krisen verbunden, welche einen fruchtbaren Ausgangspunkt für eine kritische Partizipationsforschung darstellen könnten.

⁵ Merkel und Petring (2011) kommen nach einer Analyse verschiedener Krisenindikatoren (Wahlbeteiligung, soziale Selektivität; Erosion von Volksparteien, Parteienflucht) zu dem Urteil, dass es zwar krisenhafte Tendenzen gebe, diese jedoch nicht überbewertet werden sollten. Mit nüchternem Blick erweisen sich einige der Indikatoren – etwa Wahlbeteiligung – als vergleichsweise normal und geben wenig Anlass zur Krisenrhetorik.

1.1 Relevanz und Forschungsfrage

Obgleich das Internet mittlerweile in den Alltag moderner Gesellschaften eingezogen ist, vollzieht sich die Einführung onlinegestützter Partizipationsangebote als ein hoch dynamischer Lernprozess für Verwaltung, Politik und Bürger. Die bestehenden Projekte haben bislang meistens Experimentcharakter und ermöglichen kaum verallgemeinerbare Aussagen über die tatsächlichen Leistungen der neuen Beteiligungsmöglichkeiten (Feick, 2007: 231). Auch im Jahr 2012 scheint die Bewertung von Coleman und Götze (2001: 35) zeitgemäß: „Where examples can be found, they are of an experimental nature; online public participation is still in its infancy“. Umso wichtiger sind wissenschaftlich fundierte und neutral formulierte Evaluationen in diesem Bereich, um Potenziale ausschöpfen und Hindernisse zukünftig umgehen zu können. Obgleich sich zahlreiche Autoren in den letzten Jahren mit dem Thema der Evaluation von E-Partizipationsprojekten befasst haben (u.a. Aichholzer et al., 2008; Kubicek, Lippa & Koop., 2011; Macintosh & Whyte, 2008; Westholm, 2009a) und man auf zahlreiche Arbeiten zur Evaluation von offline Partizipationsangeboten zurückgreifen kann (dazu Rowe & Frewer, 2004) besteht nach wie vor Forschungsbedarf im Bereich der Evaluation onlinegestützter Partizipationsangebote (Westholm, 2009a: 1).

Am Beginn jeder Evaluation steht idealerweise die Präzisierung dessen, was als *Erfolg* gelten soll. Rowe und Frewer (2004) stellen richtigerweise fest, dass diese Definition für Bürgerbeteiligungsangebote nicht unproblematisch ist und je nach Perspektive und Dimensionierung sehr unterschiedlich ausfallen kann (Rowe & Frewer, 2004: 517f.). So gilt es etwa zu klären, ob Erfolg aus der Sicht der Initiatoren oder der Teilnehmer zu bewerten ist oder ob Erfolg in einer ökonomischen oder demokratischen Dimension verortet wird (Rowe & Frewer, 2004: 518).

Die mannigfache Existenz von E-Partizipationsangeboten erschwert die Evaluation zusätzlich. Das Spektrum der Partizipationsangebote reicht von Informations- und Serviceangeboten der Verwaltungen, über Onlinekonsultationen im Städtebau, Onlinepetitionen, Parteiprogrammdebatten, Zukunftsdialogen und lokale Bürgerhaushaltskonsultationen im Internet (Feick, 2007: 229). In dieser Arbeit richtet sich der Blick auf das Beteiligungsformat *onlinegestützter Bürgerhaushalte*, welches sich in den letzten Jahren wachsender Popularität erfreut (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012: 4). Das haushaltspolitische Beteiligungsinstrument dient in der vorliegenden Arbeit als zu untersuchendes Beispiel im breiten Feld onlinegestützter Beteiligungsformate.

Die vorliegende Studie will den *Erfolg* von onlinegestützten Bürgerhaushalten aus einer *demokratischen Nutzerperspektive* evaluieren. Genauer versucht sie Aufschlüsse darüber zu erlangen, ob *demo-*

kratiefördernde Effekte, die sich aus *partizipativen Demokratietheorien* ableiten lassen, von den Nutzern onlinegestützter Bürgerhaushalte erkannt werden. *Demokratiefördernde Effekte* bezeichnen in der vorliegenden Arbeit die in partizipatorischen Theorien formulierten Auswirkungen, die sich *durch* politische Beteiligung einstellen sollen. Autoren der partizipatorischen Demokratietheorien (u.a. Bachrach & Botwinick, 1992; Barber, 1984; Gould, 1988; Mansbridge 1999; Pateman, 1970) gehen gemeinsam davon aus, dass ein Zusammenhang zwischen der partizipatorischen Verfasstheit der politischen Institutionen und den psychologischen Qualitäten, Eigenschaften und Einstellungen der von ihnen umgebenen Bürgern besteht (Walk, 2008: 79). Im Rahmen dieser Arbeit sollen einige dieser demokratiefördernden Effekte aus der theoretischen Literatur extrahiert und im Bezug auf onlinegestützte Bürgerhaushalte überprüft werden. Mittels einer standardisierten Onlinebefragung von Teilnehmern an onlinegestützten Bürgerhaushalten will diese Arbeit folgende Frage beantworten:

Inwieweit stimmen Teilnehmer onlinegestützter Bürgerhaushalte den von partizipatorischen Demokratietheorien formulierten demokratiefördernden Effekte zu und welche situativen- und personenbezogenen Faktoren nehmen hierauf Einfluss?

Die vorliegende Arbeit untersucht folglich drei Teilfragen. Erstens geht es um die Frage, ob die Gruppe der Teilnehmer an onlinegestützten Bürgerhaushalten dem Beteiligungsangebot demokratiefördernde Effekte zuschreiben. Zweitens gilt es, Unterschiede in dieser Zuschreibung zu identifizieren und diese – drittens – entlang situativer- und personenbezogener Faktoren zu erklären.

Über die Beantwortung der Forschungsfrage hinaus zielt diese Arbeit zudem darauf ab, zu klären, ob sich die von den Krisendiagnostikern vorgeschlagene ‚Medizin‘ – nämlich *mehr* Partizipation – als kurierend erweist. Dies wäre der hier vertretenen These nach nur der Fall, wenn die Partizipierenden die theoretisch postulierten ‚Symptome‘ – die demokratiefördernden Effekte – erkennen. Somit geht um nicht weniger als die Überprüfung einer zentralen Prämisse und wichtigen Rechtfertigung der partizipativen Demokratietheorie, die die demokratiefördernden Effekte, die – insbesondere auf der Individualebene – von Partizipation ausgehen, prominent betonen: “The human results that accrue through the participatory process provide an important justification for a participatory system” (Pateman, 1970: 25).

Somit verortet sich diese Arbeit an der Schnittstelle von Demokratietheorie und Evaluationsforschung onlinegestützter Beteiligungsverfahren und versucht eine fruchtbare Verbindung zwischen partizipatorischen Demokratietheorien und empirischer Evaluationsforschung herzustellen.

len. Ferner zielt die Studie darauf ab, die vitale Debatte um die Beziehung von *Internet und Demokratie* um ein empirisches Mosaik zu erweitern, indem die Nutzer onlinegestützter Partizipationsangebote unter die Lupe genommen werden.

1.2 Analytisches Vorgehen - zum Verständnis von Technik und Gesellschaft

Das hier vorgeschlagene analytische Vorgehen auf der Nutzerebene plausibilisiert sich durch die Einnahme einer sozialkonstruktivistischen- (Berger & Luckmann, 1980) bzw. einer symbolisch-interaktionistischen Perspektive (Blumer, 1981), in der allgemein davon ausgegangen wird, dass Menschen soziale Wirklichkeit durch soziales Handeln konstituieren und die Bedeutung von neuen Kommunikationstechniken sich in einem interpretativen Prozess im aktiven Kontakt mit jenen neuen Techniken entwickelt. Gemäß dieses grundlegenden Verständnisses sozial konstruierter Realität konkretisieren sich auch die demokratischen Potenziale neuer Partizipationsmöglichkeiten in der Bedeutung, die die Nutzer in der Interaktion mit diesen Angeboten konstruieren. Die Position eines radikalen Technikdeterminismus, wonach die sozialen Gebrauchsweisen einer Technik inhärent sind (Burkart, 2000: 3), wird hier zurückgewiesen. Obgleich es zu beachten gilt, welche Bedeutungspotenziale einer Technik von ihrer Konstruktionsart her zukommen können und welche sich ausschließen, wird die individuelle Bedeutungskonstruktion als das dominierende Element in der Beziehung *Mensch und Technik* verstanden.

Vor diesem Hintergrund ist die Untersuchung auf der Nutzerebene eine adäquate Vorgehensweise, wenn davon ausgegangen wird, dass es letztlich darauf ankommt, wie die Bürger die neuen Möglichkeiten in demokratischer Hinsicht bewerten. Durch das Internet ausgelöste Wandlungsprozesse müssen, der hier vertretenen Auffassung nach, in ihrem ganz individuellen Kontext und im Lichte der tatsächlichen Nutzung analysiert werden. Eine solche methodische Berücksichtigung muss vorgenommen werden, wenn man davon ausgeht, dass es weder *die* eine Demokratie (Barber, 2002: 4) noch *das* eine Internet (Braune, 2008: 12) gibt. Folglich kann keine Kausalität zwischen dem *einen* Internet und der *einen* Demokratie hergeleitet werden. Ein Verhältnis kann also nur zwischen spezifischen Angeboten des Internets – hier onlinegestützte Bürgerhaushalte – und spezifischen Facetten von Demokratie – hier Partizipationsdimension – hergestellt werden. Daher konzentriert sich die vorliegende Studie auf die Evaluation der onlinegestützten Bürgerhaushalte in Köln und Bonn aus einer demokratischen Nutzerperspektive.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel. Nachdem hier einleitend Fragestellung und Relevanz dargestellt wurden, werden im nächsten Schritt die für die vorliegende Studie relevanten Forschungsfelder der Evaluationsforschung zur E-Partizipation, der Beziehung von Internet und Demokratie sowie zu partizipativen Bürgerhaushalte skizziert (2). Im theoretischen Teil der Arbeit richtet sich der Blick auf die Rolle von Partizipation in Demokratien und partizipatorische Demokratietheorien, von denen ausgehend demokratiefördernde Effekte identifiziert werden. Zudem werden für die Hypothesenformulierung relevante Erkenntnisse der empirischen Partizipationsforschung beleuchtet (3). Im vierten Kapitel erfolgt die Darstellung des Forschungsdesigns, des zugrundeliegenden Untersuchungsmodells und der letztlich empirisch zu prüfenden Hypothesen. Zudem wird die Operationalisierung der untersuchten Variablen begründet (4). Im Anschluss wird das methodisch-statistische Vorgehen erläutert, die Ergebnisse der Onlinebefragung präsentiert und diskutiert (5). Schließlich werden die zentralen Überlegungen und Ergebnisse zusammenfassend dargestellt und kritisch resümiert (6).

2. Forschungsstand

Im folgenden Kapitel sollen die für diese Arbeit relevanten Forschungsdebatten in gebotener Kürze skizziert werden. Da die vorliegende Studie eine Evaluation von onlinegestützten Beteiligungsformaten zum Ziel hat, werden im ersten Abschnitt einige zentrale Erkenntnisse und Konzepte aus der jüngeren Evaluationsforschung zu E-Partizipationsangeboten vorgestellt, um darauf aufbauend das eigene Vorgehen zu erklären (2.1). Der zweite Abschnitt widmet sich der seit den 1990er Jahren geführten Debatte um die Beziehung von Internet und Demokratie. Nachdem verschiedenen Positionen und ausgewählte Erkenntnisse präsentiert wurden, werden auch hier entsprechende Schlüsse für die vorliegende Arbeit gezogen (2.2). Im letzten Abschnitt richtet sich der Blick auf die bisherige Forschung zu partizipativen Bürgerhaushalten, welche den Untersuchungsgegenstand dieser Studie darstellen (2.3).

2.1 Evaluationsforschung zu E-Partizipationsprojekten

Mit dem verstärkten Aufkommen onlinebasierter Bürgerbeteiligungsprojekte gibt es auch einen verstärkten Evaluationsbedarf, damit bestehende Projekte weiterentwickelt und verbessert werden können. In der Literatur wird oftmals von einer „evaluation gap“ gesprochen; einer Lücke zwischen der Evaluation von E-Partizipationsprojekten und der Geschwindigkeit, mit der neue Projekte initiiert werden (Kubicek, 2011: 23; Westholm, 2009a: 1). Auch Pratchett et al. (2009: 75) stellen fest, dass „while there is extensive academic literature on this topic, the case based evidence is actually quite limited“. Somit zeigt sich die Notwendigkeit weiterer – insbesondere empirischer – Forschung, um die besagte Evaluationslücke weiter schließen zu können.

Wie einleitend schon erwähnt, steht am Beginn jeder Evaluation idealerweise die Präzisierung dessen, was als *Erfolg* gelten soll. Je nach Perspektive und Dimensionierung kann diese Definition sehr unterschiedlich ausfallen, denn es gilt etwa zu klären, ob Erfolg aus der Sicht der Initiatoren oder der Teilnehmer zu bewerten ist oder Anhand ökonomischer oder demokratischer Maßstäbe gemessen werden soll (Rowe & Frewer, 2004: 517f.). Im Rahmen dieser Studie soll eine demokratische Nutzerperspektive eingenommen werden. Erfolg verortet sich somit in einer demokratischen Dimension und wird von den Nutzern der Angebote bewertet.

Rowe und Frewer (2004) stellen fest, dass es bislang wenige Studien gibt, die die Effekte von Partizipation strukturiert und objektiv messen. Sie halten Evaluation für unabdingbar, um herauszufinden, ob mehr Partizipationsprojekte wirklich zu einer Veränderung der politischen Kultur, hin zu einer ‚besseren‘ Demokratie führen. Gleichsam räumen Rowe und Frewer ein, dass Partizipationsevaluation kein simples Unterfangen ist. Evaluationsforschung im Bereich von Bür-

gerbeteiligung ist deshalb so komplex, weil das Konzept der Partizipation selbst komplex und wertgeladen ist, es keine übergeordneten Erfolgskriterien, keine Einigung über geeignete Methoden und wenige verlässliche Messinstrumente gibt (Rowe & Frewer, 2004: 516).

Dennoch haben in den letzten Jahren eine Reihe von Autoren onlinebasierte Beteiligungsprojekte evaluiert und versucht Analyserahmen zu konzipieren. Zu den zentralen Forschergruppen der jüngeren Evaluationsforschung gehören Kubicek, Lippa, & Koop (2011) sowie die Gruppe um Aichholzer et al. (2008). Die Formulierung dieser Analyseraster verfolgten das Ziel, einerseits die kurzfristige Frage des Erfolgs und andererseits die langfristige Frage nach den Folgen für die Demokratie empirisch zu fassen (Aichholzer et al., 2008; Kubicek et al., 2011). Im Folgenden sollen die Studien von Kubicek et al. (2011) und Aichholzer et al. (2008) in gebotener Kürze vorgestellt und auf die für diese Arbeit relevanten Aspekte eingegangen werden.

2.1.1 Zwei Vorschläge zur Evaluation von E-Partizipation⁶

Kubicek et al. (2011) fragen in ihrer Studie *Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung* danach, wie sich der Erfolg von Bürgerbeteiligungsprojekten messen lässt und welche Faktoren auf die Erfüllung der Erfolgskriterien Einfluss haben. Ihr Ausgangspunkt ist ein allgemeines Evaluationsraster der OECD zur Evaluation von Partizipationsprogrammen, welches versucht den Partizipationsprozess in einem *Input-Activities-Output-Outcome-Impact-Modell* zu strukturieren. Dieses sehr allgemeine Raster erweiternd, formulieren die Autoren eine umfangreiche Liste von Erfolgskriterien und –faktoren. *Erfolgskriterien* sind hierbei als Zielgrößen von Bürgerbeteiligung zu verstehen. Den *Erfolgsfaktoren* wird ein Einfluss auf die Ausprägung der Erfolgskriterien unterstellt (Kubicek et al., 2011: 42). Im Kriterienkatalog finden sich auch Kriterien, die sich einer demokratischen Dimension zuordnen lassen, wie etwa *Akzeptanz, Einstellungen zu Staat und Demokratie* oder *Demokratiebezogenes Verhalten*. Anhand von Auswertungsberichten zu zwölf Beteiligungsprojekten überprüfen die Autoren inhaltsanalytisch, inwiefern entsprechende Faktoren und Kriterien in den Fallbeispielen erfüllt wurden (Abbildung 1).

Die Studie von Kubicek et al. (2011) bietet einen Vergleich verschiedener Beteiligungsprojekte sowie einen ausführlichen Katalog von Erfolgskriterien und –faktoren. Wie die inhaltliche Ausgestaltung des Kriterien- bzw. Faktorenkatalogs jedoch zustande kommt (und die entsprechenden Erhebungsfragen), wird nicht systematisch hergeleitet. Damit müssen sich die Autoren derselben Kritik stellen, die sie selbst am Framework von Aichholzer et al. (2008) geübt haben: „[D]iese

⁶ Im Rahmen dieser Arbeit kann keine detaillierte Diskussion der verschiedenen Arbeiten erfolgen. Die kursorische Aufarbeitung dient dazu, die für diese Arbeit relevanten Aspekte zu benennen und weiterzuentwickeln. Die Darstellung beansprucht nicht die Analyserahmen von Kubicek et al. (2011) und Aichholzer et al. (2008) in ihrer Komplexität oder die wissenschaftliche Debatte in Gänze abzubilden.

Einteilung [erscheint] etwas willkürlich und die Zuordnung von einzelnen Kriterien nicht immer nachvollziehbar.“ (Kubicek, 2011: 41).

Abbildung 1: Datenlage ausgewählter Beteiligungsprojekte zu Erfolgskriterien und -faktoren

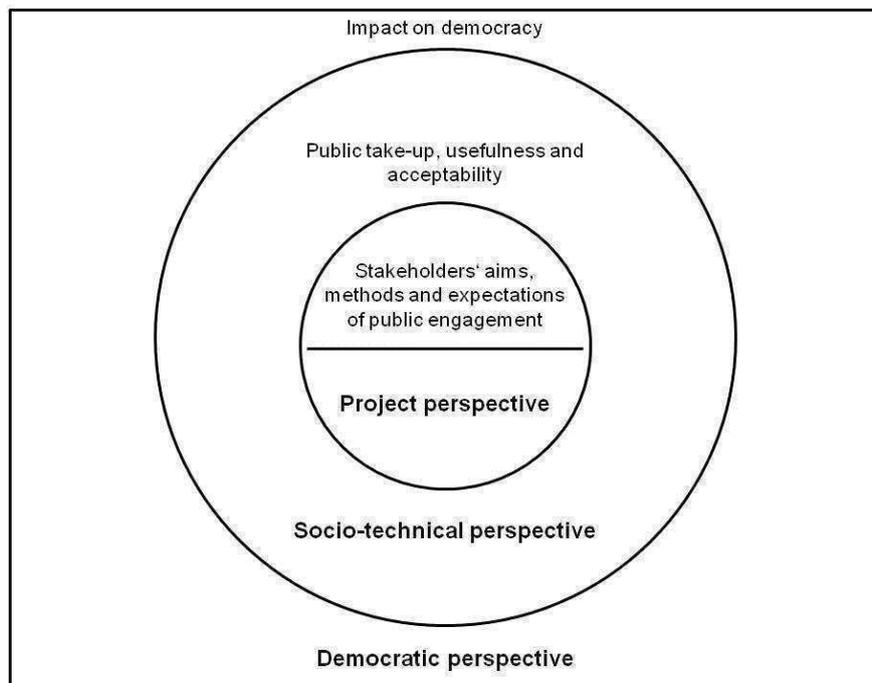
Kriterien	BHH Lichtenberg	BHH Freiburg	BHH Köln	e-PB Belo Horizonte	UN Habitat Jam	Familienfr. Wohnort HH	Stadionbad Bremen	ILP Königslutter	Listening to the City	TOMTID	Regulations.gov	Police Act Review	Gesamt
INPUT													
Anschlussfähigkeit	✓	✓	✓			✓		✓		✓	✓	✓	8
Verbindlichkeit	✓	✓	✓	✓			✓	✓					6
Professionalisierung	✓	✓	✓		✓	✓		✓		✓	✓	✓	9
Mobilisierung	✓			✓	✓	✓				✓		✓	6
Ressourceneinsatz/Kosten	✓	✓	✓		✓		✓	✓			✓	✓	8
ANGEBOT (Output)													
Angemessenheit	✓			✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓		✓	9
Akzeptabilität	✓	✓	✓		✓	✓	✓	✓			✓	✓	9
Innovationsgrad				✓	✓			✓			✓		4
Benutzbarkeit	✓	✓			✓			✓		✓	✓		6
NUTZUNG (Outcome)													
Umfang der Nutzung	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	12
Repräsentativität/ Inklusivität	✓	✓	✓		✓	✓	✓		✓	✓		✓	9
Qualität der Beiträge	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	12
Zufriedenheit der Nutzer	✓			✓	✓		✓		✓	✓			6
AUSWIRKUNGEN (Impact)													
Akzeptanz	✓			✓			✓	✓	✓	✓			6
Einstellungen zu Staat und Demokratie	✓		✓			✓	✓	✓	✓	✓			6
Demokratiebezogenes Verhalten				✓							✓		2
Wirkungen im Gegenstandsbe- reich inkl. Nachhaltigkeit	✓		✓		✓	✓	✓	✓	✓	✓			8
PROZESS													
Transparenz	✓		✓			✓	✓	✓		✓	✓	✓	8
Responsivität	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓		✓	✓		10
Nachvollziehbarkeit/ Account- ability	✓	✓	✓	✓	✓		✓	✓	✓	✓	✓	✓	11
Demokratischer Einfluss	✓	✓	✓	✓			✓			✓	✓	✓	8
Effizienz		✓					✓				✓	✓	4
METAKRITERIEN													
Überprüfbarkeit/Nachweis der Angaben	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	12

Quelle: nach Kubicek et al., 2011: 46

Aichholzer et al. (2008) haben in ihrer Studie *eParticipation Evaluation and Impact* ebenfalls versucht, ein Raster für die Evaluation von E-Partizipationsprojekten zu erstellen. Mit diesem soll langfristig geklärt werden können, ob und wie E-Partizipation Demokratie verändert. Insbesondere die Strukturierung von Beteiligungsprojekten in verschiedene Ebenen ist hierbei interessant. Wäh-

rend Kubicek et al. (2011) den Evaluationsprozess vertikal strukturieren (im Sinne einer Evaluation entlang des Beteiligungsprozesses), strukturiert die Forschergruppe um Aichholzer die Evaluation in horizontale, sich überlappende Ebenen: Projekt-, sozial-technische und demokratische Ebene. Auf der *Projektebene* wird untersucht, inwiefern die spezifischen Ziele des Projekts erreicht wurden. Die *sozial-technische Ebene* berücksichtigt, inwiefern die genutzten Instrumente dieses Ergebnis beeinflusst. Auf der *demokratischen Ebene* wird analysiert, inwiefern übergeordnete demokratische Ziele erreicht wurden. Für die demokratische Perspektive formulieren die Autoren – anscheinend ausgehend von demokratiethoretischen Überlegungen (Coppedge & Reinicke, 1990; Diamond & Morlino, 2005; Schmitter, 2005) Kriterien, an denen sie die demokratische Qualität messen wollen.

Abbildung 2: Die drei Ebenen der Evaluation



Quelle: nach Aichholzer et al., 2008: 19

Die analytische Unterscheidung in verschiedene Ebenen (Abbildung 2) verdeutlicht die Komplexität der Evaluation von Partizipationsprojekten eindrücklich. Wissenschaftliche Untersuchungen, die sich die Evaluation von Bürgerbeteiligungsprojekten zur Aufgabe machen, müssen diese Multidimensionalität berücksichtigen, um der Komplexität von Bürgerbeteiligungsprojekten gerecht zu werden. Obgleich die von Aichholzer et al. (2008) vorgeschlagene Unterscheidung in verschiedene Dimension ohne Zweifel gewinnbringend ist, lässt die Präzisierungen im Hinblick auf die konkrete Operationalisierung und die theoretische Einbettung von ohne Zweifel latenten Begriffen wie Demokratie jedoch zu wünschen übrig.

2.1.2 Schlussfolgerungen für das Forschungsvorhaben

Beide Forschergruppen treten mit ähnlichen Zielen wie diese Arbeit an, wenn sie einen Vorschlag für die Evaluation von E-Partizipationsprojekten unterbreiten wollen. Insofern stellen sowohl Kubicek et al. (20011) als auch Aichholzer et al. (2008) nützliche Anknüpfungspunkte für diese Arbeit bereit. So unterstreicht die Forschergruppe um Kubicek beispielsweise die Notwendigkeit, fundierte Kataloge von Erfolgskriterien aufzustellen und Aichholzer et al. trägt mit der Unterscheidung in verschiedenen Evaluationsebenen zu mehr analytischer Schärfe bei.

Anders als bei Aichholzer et al. (2008) und Kubicek et al. (2011) wird im Rahmen dieser Arbeit lediglich die demokratische Dimension untersucht und entsprechend nur diese Perspektive fokussiert. Somit bleibt die Evaluation insgesamt zwar unterkomplex, wird in der demokratischen Dimension jedoch fundierter und durch mehr Konstrukte gemessen. Für die Schärfung der demokratischen Dimension, soll in dieser Arbeit ein Streifzug durch die partizipatorische Demokratietheorie unternommen werden, um nützliche theoretische Referenzpunkte ausfindig zu machen, die zur Präzisierung der diffuser demokratischen Dimension beitragen können.

Mit der Konzentration auf die demokratische Evaluationsebene versucht diese Arbeit einen fundierteren Kriterienkatalog zu erstellen, als die bisher entwickelten. Während zahlreiche Studien (u.a. Aichholzer et al., 2008; Kubicek et al., 2011; Macintosh & Whyte, 2008; Westholm, 2009a) die Projekte primär aus einer praxisorientierten Perspektive evaluieren, will die vorliegende Untersuchung explizit eine normativ-theoretischen Perspektive unterstreichen. Grundsätzlich steht hinter dieser Arbeit die Annahme, dass die Frage, ob ein Projekt erfolgreich ist oder nicht, (auch) an theoretisch-normativ gesetzten und damit übergeordneten Zielen gemessen werden sollte.

2.2 Internet und Demokratie

Die Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen ist eines der Kernpotenziale des politischen Internets. Insofern kommt eine Untersuchung von onlinegestützten Bürgerhaushalten nicht umhin, die Debatte um die Beziehung von Internet und Demokratie aufzugreifen. Im folgenden Abschnitt sollen daher einige zentralen Positionen und der Forschungsstand zur Beziehung von *Internet und Demokratie* in gebotener Kürze skizziert werden. Ziel des Abschnitts ist es, die groben Linien der nunmehr fast zwei Dekaden andauernden Debatte nachzuzeichnen und einige wichtige Thesen und Argumente vorzustellen, um im Anschluss daran die Schlussfolgerungen für die vorliegende Studie zu ziehen.

Im Rahmen dieser Arbeit muss freilich selektiv vorgegangen werden. Die zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten des Internets (dazu Beck, 2006) sowie die ständige Dynamik und Innovationskraft haben mittlerweile zu einer kaum überschaubaren Literaturlage geführt. Die Komplexität des Themas manifestiert sich bereits in der Schöpfung zahlreiche Neologismen wie E-Government, E-Governance, E-Democracy oder Cyberdemocracy, die jeweils unterschiedliche Konzeptionen der Beziehung von *Internet und Politik* beschreiben (Siedschlag, 2003: 12).⁷ Entsprechend der eingenommenen Perspektive verändern sich Erkenntnisinteressen, Potenziale und Bewertungsmaßstäbe, was zu einer unübersichtlichen Breite und Tiefe der Debatte geführt hat. Auch Dahlberg (2011: 855) bemerkt: „There is currently a diversity of understandings of digital democracy being deployed within popular commentary, research, policy making, and practical initiative.“ Während Dahlberg versucht entlang vier idealtypischer politischer Positionen – *liberal-individualist*, *deliberative*, *counter-publics* und *autonomist Marxist* (Dahlberg, 2011: 855) – Klarheit in die Debatte zu bringen, soll hier die Unterscheidung in *Netzoptimisten*, *Netzpessimisten* und *Netzneutralisten* (Winkel, 2001), welche die Auswirkungen des Internets auf Demokratie unterschiedlich beurteilen, herangezogen werden, um die komplexe Diskussion möglichst übersichtlich darzustellen. Chadwick (2009) begreift die drei Positionen gleichsam als Wellen der wissenschaftlichen Diskussion. Dem frühen Enthusiasmus folgte demnach eine pessimistische Periode, während man gegenwärtig recht nüchtern auf die tatsächliche Nutzung des politischen Internets blicke (Chadwick, 2009: 11). Im Folgenden sollen die drei Positionen kurz skizziert werden ohne dass beansprucht wird, den vitalen Diskurs in seiner Breite und Differenziertheit abzubilden.

⁷ Siedschlag (2003: 12f.) charakterisiert die verschiedenen Konzepte wie folgt: *E-Government* bezieht sich in erster Linie auf online bereitgestellte Dienstleistungen von staatlichen Behörden und die Effektivierung der öffentlichen Verwaltungen. *E-Governance* geht einen Schritt weiter und hat „die netzwerkartig organisierte politische Steuerung, das Entstehen virtueller Bürgergemeinschaften und ‚entstaatlichte‘ pragmatische Problembearbeitung auf kommunaler Ebene“ (Siedschlag, 2003: 12) zum Ziel. Das Konzept der *E-Democracy* hat die technikgetriebene Erneuerung des politischen Systems zum Ziel. Der „demokratievertiefende Impetus“ beschränkt sich dabei gleichwohl auf von „oben“ her eröffnete Kanäle zur fallweisen Bürgerbeteiligung an ausgewählten politischen Projekten [...]“ (Siedschlag, 2003: 12). *Cyberdemocracy* begreift das Internet als einen eigenen politischen Raum, in dem institutionalisiert ein unmittelbarer Kontakt zwischen Bürgerschaft und Politik stattfindet. Siehe dazu auch Grunwald et al. (2006: 62ff.).

2.2.1 Netzooptimisten

Wie bereits andere technische Innovationen, wie beispielsweise Radio, Telefon oder Fernsehen, weckte auch das Internet die Hoffnung, positive Impulse für die Demokratie bereitzuhalten (Grunwald et al., 2006: 57f.; Winkel, 2001: 140). Diese Hoffnung speist sich aus der plausiblen Annahme, dass die interaktiven Eigenschaften des Internets ein breites Spektrum neuer Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen (Grunwald et al., 2006: 13; Feick, 2004: 222; Lührs et al., 2004: 1). Da Informations- und Kommunikationsprozesse sowohl auf der Artikulations-, Vermittlungs- und Entscheidungsebene die Basis von Demokratie darstellen – kurz: ohne Kommunikation Demokratie nicht möglich ist (Beck, 2006: 205) – verspricht die Veränderung dieser Informations- und Kommunikationsprozesse durch das Internet theoretisch massive Veränderungspotenziale.

Von diesen Potenzialen beseelt gehen die *Netzooptimisten* davon aus, dass sich mit der zunehmenden Verbreitung der neuen Informationstechnologie positive Effekte für die Demokratie auf allen Ebenen – Informations-, Diskussions-, Entscheidungsebene – und die politische Kultur einstellen werden (Winkel, 2001: 145; Winkel, 1999: 43). Vor allem die wissenschaftlichen Beiträge der 1990er Jahre hatten die positiven Potenziale des Internets für die Demokratie im Blick (u.a. Negroponte, 1995; Rheingold, 1993; Toffler, 1993) und traten mit der Idee an, eine „strong democracy“ im Sinne Barbers (1984) mittels der Eigenschaften des Internets verwirklichen zu können (Grunwald et al., 2006: 63). Angesichts unbefriedigender Entwicklungen in den westlichen repräsentativen Demokratien (Politikverdrossenheit, Wahlmüdigkeit und Legitimationsprobleme) erschien vielen die Nutzung des Internets als Königsweg der Problemlösung (Grunwald et al., 2006: 13). Insbesondere direktdemokratische-, partizipatorische- und deliberative Konzeptionen erlebten durch die interaktiven Eigenschaften des Internets eine Renaissance und beeinflussten die wissenschaftliche Debatte nachhaltig (Chadwick, 2009: 14; Davis, 2010: 746; Siedschlag, 2003: 10).

“The push for Internet-enabled e-democracy emerged in the early to mid-1990s, as Internet diffusion began to take off in the developed world. It is less often mentioned that the movement is situated in the broader context of the revival of participatory democracy that took place during the 1960s and 1970s. Inspired in part by oppositional social movements as well as a reappraisal of the direct democracy of Rousseau, political theorists, notably Barber, Macpherson, Pateman and Habermas, established a new agenda that has persisted well into the twenty-first century.” (Chadwick, 2009: 12f.)

Optimistische Autoren schließen demzufolge auf eine steigende politische Informiertheit der Bürger, mehr Partizipation, die bessere Repräsentation politischer Interessen sowie den Anstieg des diskursiven Niveaus in politischen Entscheidungsprozessen durch das Internet (Beck, 2006: 204; Chadwick, 2009: 15). Die Erwartung, dass das Internet zu basisdemokratischem Aktionismus motiviere, hat sich in der sogenannten *Mobilisierungsthese* niedergeschlagen (Grunwald et al., 2006: 58; Seifert, 2006: 49ff.), die eine politische Mobilisierung *durch* das Internet behauptet.

Die Entstehung einer neuen Öffentlichkeit oder von Gegenöffentlichkeiten sowie die Möglichkeiten zur Deliberation und Partizipation bildeten den Kern der wissenschaftlichen Debatte der 1990er Jahre (Chadwick, 2009: 14; Grunwald, et al. 2005: 9).⁸ Andere Bereiche, wie die politische Regierungskommunikation oder etwa die innerparteiliche Kommunikation (u.a. Davis, 2005; Rommele, 2003; Trippi, 2004; Ward et al., 2002), erfuhren indes vorerst wenig Beachtung (Beck, 2006: 212f.). Mit der Jahrtausendwende gerieten auch diese Potenziale zunehmend in den Fokus wissenschaftlicher Betrachtungen. Auf der Parlaments- und Regierungsebene sehen Optimisten vor allem die Möglichkeit, die kommunikative Verbindung zwischen Repräsentanten und Bürgern zu stärken und somit entsprechenden Verdrusserscheinungen wie dem Rückgang der Wahlbeteiligung entgegenzuwirken (Davis, 2010: 746). Auf Parteiebene erhofft man sich durch das Internet die Beziehung zwischen Parteispitze und Parteibasis zu stärken und Trends wie dem Rückgang der Parteimitgliedschaften entgegenzusteuern (Davis, 2010: 746).⁹

Neben der normativen Schieflage (Chadwick, 2009: 15) müssen sich die Optimisten den kritischen Vorwurf gefallen lassen, dass sie von einem technikdeterministischen Standpunkt aus argumentieren (Beck, 2006: 212), wenn sie von den technischen Möglichkeiten einer Innovation automatisch auf einen erhofften kulturellen Wandel schließen. Aktuelle Defizite und Widerstände, lokale Besonderheiten und die dynamischen Prozesse der sozialen Aneignung und Einbettung der neuen Technik finden keine oder nur unzureichende Berücksichtigung. Generell kann den Optimisten gegenüber bemängelt werden, dass sie soziale Prozesse, die sich im und um das Internet abspielen, einseitig deuten und vorschnell als ‚demokratisch‘ deklarieren. So werden globale Kommunikationseliten in gut organisierten Netzwerken schnell zur globalen Zivilgesellschaft verklärt (u.a. Albrow & Bradford, 2008) oder Proteste im Internet pauschal als Demokratiebewegungen interpretiert, wie es etwa jüngst in der arabischen Welt zu beobachten war.

⁸ Chadwick (2009) bemerkt kritisch, dass die Dominanz des voraussetzungsvollen deliberativen Paradigmas – und hier insbesondere Habermas Konzeption der *Public Sphere* – in der Debatte die Messlatte für die Untersuchung der neuen Kommunikationsräume und -formen recht hoch anlegt. So verwundere es nicht, dass zahlreiche Studien hinter den hohen Erwartungen zurück blieben (Chadwick, 2009: 15f.) und kritischen Stimmen Auftrieb verliehen (Davis, 2010: 747). Zukünftige Untersuchungen täten gut daran, sich von diesem Paradigma zu lösen und nicht-deliberativen Onlineverhalten – insbesondere den beobachtbaren Verhalten im Web2.0 – mehr Beachtung zu schenken (Chadwick, 2009: 26).

⁹ Für eine überblicksartige Darstellung verschiedener Forschungszeige mit Verweis auf zahlreiche Studien siehe auch Davis (2010).

2.2.2 Netzpessimisten

Die Gruppe der *Netzpessimisten* (u.a. Agre, 1997; Buchstein, 1996) erkennt keine nennenswerten Potenziale für die Demokratie in der Onlinekommunikation. Vielmehr warnen sie vor den Auswirkungen der technischen Innovationen, insbesondere vor Kommerzialisierung (u.a. Goldberg, 2010; Sclove, 2004), vermehrter Ungleichheit oder der Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit (Castells, 2002: 373; Davis, 2010: 747; Eisel, 2011: 164ff.; Sunstein, 2007: 5ff.; Winkel, 1999: 38). Die Befürchtungen der Fragmentierung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der voranschreitende Prozess der Individualisierung in modernen Gesellschaften wird durch die individuellen Potenziale des Internets zusätzlich befeuert. Eine Transformation dieser Individualisierung ins Politische birgt sodann die Gefahr, dass die integrative politische Arena der Öffentlichkeit mit einer gemeinsamen politischen Agenda verschwindet. An deren Stelle formieren sich verschiedene *single-issue*-Arenen, die ihre integrative Kraft lediglich für einen geringen Kreis an betroffenen bzw. interessierten Individuen entfalten. Die ehemals integrative politische Agenda zerfällt, was auch die Gefahr birgt, dass extreme Politiken abseits des Verfassungskonsenses im Netz aufblühen (Winkel, 1999: 39).

“According to Sunstein (2007) the internet encourages individuals to pick and choose sites in a way that reduces engagement with alternative viewpoints and undermines shared public forums. The consequences are the development of well-organized ‘smart mobs’ (Rheingold, 2002) and polarized, fragmented interest group ghettos.” (David, 2010: 747)

Die Pessimisten weisen zudem darauf hin, dass das Internet besonders im Bereich der Zugangsmöglichkeiten und der Anforderungen an die Nutzer hinsichtlich ihrer Medienkompetenz Ungleichheitsprobleme erzeugt (Beck, 2006: 204; Grunwald et al. 2006: 13; Winkel, 2007: 19). Die digitale Spaltung – entlang soziodemographischer Parameter wie Bildung, Alter, Geschlecht und sozioökonomischem Status (Beck, 2006: 212; Chadwick, 2009: 17; David, 2010: 747) – innerhalb moderner Gesellschaften sowie zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern greift das optimistische Argument der Egalität des Internets stark an. Unter diesen Umständen sei die virtuelle Demokratie nur als eine Elitendemokratie realisierbar oder überhaupt nicht (Davis, 2010: 746; Winkel, 2007: 21; Winkel, 2001: 152). Im Lichte empirischer Erkenntnisse hinsichtlich der Internetnutzung könnte eine Verstärkung der realgesellschaftlichen Ungleichheit eintreten, denn gerade diejenigen, die bislang die geringsten Teilhabemöglichkeiten haben, würden nicht von den neuen Chancen Gebrauch machen (Davis, 2010: 746; Stegbauer, 1996: 144). Tatsächlich würden die Chancen zur politischen Mitbestimmung nur von denjenigen ergriffen, die ohnehin schon überdurchschnittliche Gelegenheiten zur politischen Partizipation haben und diese nutzen (Beck,

2006: 212; Westholm, 2009b: 18ff.). Die pessimistische Kritik, dass das Internet bestehende Tendenzen, Strukturen und Motivationen in der Gesellschaft verstärke, drückt sich in der sogenannten *Verstärkungsthese* oder *Reinforcement-These* aus, welche der Mobilisierungsthese entgegengesetzt wurde (Grunwald et al., 2006: 59).

Starke Argumente beziehen die Pessimisten auch aus der Untersuchung von politischen Diskussionsforen (u.a. Mayer-Uellner, 2003; Stegbauer, 2001; 2000). Diverse Analysen von Online-Diskussionsforen zeigen, dass sich dort oftmals Gleichgesinnte versammeln, die sich lediglich gegenseitig in ihrer bereits existierenden Meinung verstärken und Andersdenkende mit wüsten Beschimpfungen – dem sogenannten *flaming* (dazu Freelon, 2010: 1179f.) – begegnen (Winkel, 1999: 34). Im Lichte solcher Ergebnisse kann schwerlich von einem Anstieg des diskursiven Niveaus oder gar Deliberation gesprochen werden. Auch Stegbauer (2000; 2001) kommt nach seiner Analyse der Kommunikationsstruktur verschiedener onlinebasierter Sozialräume zu einem eher pessimistischen Fazit. Er stellt fest, dass die Diskussionen in sogenannten Threads – eine Folge von Diskussionsbeiträgen in einem Internetforum – sich in der Regel in zahlreiche Multi-logs aufspalten und sie wenig Bezug zueinander aufweisen (Stegbauer, 2000: 23). Die Diskussionsgruppen bestehen meist nur über wenige Wochen oder Monate, wobei sich diese Gruppen nur sehr selten mit einem Thema, sondern meist mit mehreren Themen befassen (Stegbauer, 2000: 24). Der Faktor Zeit ist demnach nicht zu unterschätzen. Vor diesem Hintergrund ist die Frage berechtigt, ob die sich eher träge vollziehende demokratische Kommunikation – nicht umsonst gibt es in den meisten politischen Systemen verschiedene Lesungen im Gesetzgebungsverfahren und gewisse institutionelle Entschleunigungen – mit der dynamischen und kurzfristigen Onlinekommunikation kompatibel ist (Barber, 2002: 5f.). Mit Hinblick auf die einzelnen Akteure konstatiert Stegbauer, dass meist eine sehr geringe Anzahl von Diskutanten für die Beiträge verantwortlich ist (Stegbauer, 2000: 24). So verteilen sich 50 Prozent der Texte auf drei bis 15 Prozent der Diskutanten. Ein Großteil der User verbleibt still im Hintergrund. Stegbauer (2001) stellt schließlich fest, dass sich eine Zentrum-Peripherie-Struktur herausbildet, in der zentrale Akteure das Sozialgefüge der Kommunikationsforen dominieren (Stegbauer, 2001: 279). Die vielbeschworene Egalität des Internets, wonach jeder seine politischen Meinungen frei im Internet kundtun könne, kann Stegbauer nicht bestätigen. Die vielfach beschworenen Entgrenzungen bzw. Entstrukturierungen durch das Internet werden von Stegbauer (2000; 2001) regelrecht entzaubert, wenn er feststellt, dass sich auch im Internet durchaus begrenzende Strukturen herausbilden.¹⁰ Auch zehn Jahre nach Stegbauers Analysen müssen die Optimisten der niedrigen Beteiligung und

¹⁰ Auch Mayer-Uellner (2003) stützt im Wesentlichen die Ergebnisse Stegbauers (2000,2001).

der geringen Qualität der demokratischen Internetkommunikation ins Auge blicken (u.a. Chadwick, 2009: 16f.; Emmer, Vowe & Wolling, 2011:188ff.; Westholm, 2009b: 18ff.).

Die Kritik, die man gegenüber der pessimistischen Perspektive formulieren kann, ist der der optimistischen nicht unähnlich. In diametraler Richtung sind die Netzpessimisten ebenso dem Technikdeterminismus aufgesessen, wenn sie behaupten, dass alle Potenziale und Möglichkeiten des Mediums letztlich negativer Natur und kontraproduktiv für demokratische Politik sein werden. Auch wenn die Pessimisten vermehrt empirische Argumente vorweisen können, werden auch hier die sozialen- und politischen Lernprozesse nicht hinreichend berücksichtigt oder von vornherein ausgeschlossen (Winkel, 2001: 153). Sowohl Optimisten als auch Pessimisten haben einen zu einseitigen Blick auf die Nutzung und Auswirkungen des Internets, der der tatsächlichen sozialen Komplexität und Kreativität menschlicher Mediennutzung nicht gerecht wird.

2.2.3 Netzneutralisten

Zwischen den beiden Extrempositionen der Netzoptimisten und Netzpessimisten hat sich die moderate Position der *Netzneutralisten* formiert (u.a. Barber, 1995; Leggewie, 1998a/1998b), die dem politischen Internet ambivalent gegenüberstehen und sowohl Chancen als auch Gefahren für die Demokratie durch das Internet benennen (Beck, 2006: 204; Winkel, 2001: 6f.). Bezüglich der Chancen, die die neuen Kommunikationsmöglichkeiten bieten, folgen die Neutralisten den Optimisten, wenn sie davon ausgehen, dass potenziell Verbesserungen auf allen demokratischen Ebenen möglich sind. Das Spektrum der von ihnen angenommenen Risiken oder Fehlentwicklungen für die Demokratie knüpft an die bereits formulierten Befürchtungen der Pessimisten an. Gewarnt wird unter anderem vor einer neuen sozialen Segmentierung, also einer Aufspaltung in eine „Informationselite und digitale Habenichtse“ (Winkel, 1999: 31), der Datenschutzproblematik, das Anwachsen extremer politischer Standpunkte im Netz, der Verlust der politischen Orientierung durch die starke Differenzierung und Atomisierung der Netzöffentlichkeit (Sunstein, 2007: 5ff.; Winkel, 2001: 148) sowie der Verschüttung partizipatorischer Potentiale durch die Kommerzialisierung des Internets (Barber, 1995: 270; Goldberg, 2010: 739; Winkel, 2007: 19).

Um dem Internet maximale Chancen und minimale Gefahren abgewinnen zu können, empfehlen die Netzneutralisten eine Eindämmung der Kommerzialisierung im Netz. Sie wenden sich gegen die einseitige Netzregulierung durch den Markt und setzen auf eine Mischregulierung durch Markt, Staat und Gesellschaft (Winkel, 1999: 36). Um die digitale Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile zu vermeiden, müsse auf eine generelle Erhöhung der Medienkompetenz und der Zugangsmöglichkeiten gesetzt werden – Schulen kommt hier eine zentrale Rolle zu (Winkel, 1999:

36). Der faire, tolerante und verfassungsmäßige Umgang miteinander im Netz könne durch staatliche Regulierungen, überstaatliche Regime und/oder freiwillige Selbstkontrolle in Form eines Etikettensystems erreicht werden (Leggewie, 1998b: 216). Digitale Zeitungen und Diskussionsforen sollten von verantwortlichen Herausgebern und Moderatoren betreut werden, um das Vordringen irrationaler oder extremer Standpunkte zu verhindern, Orientierung zu geben und somit auch einer Fragmentierung der Öffentlichkeit entgegenzuwirken (Winkel, 1999: 37).

Die Neutralisten können sich im Vergleich zu den Optimisten und den Pessimisten zu Gute halten, dass sie in aller Regel nicht einem techniddeterministischen Denken verfallen sind, sondern die Dialektik von technischem Potenzial und sozialer Kreativität in ihre Argumentation integrieren, weshalb Winkel (2001: 155) auch von einem „pragmatische[n] Neutralismus“ spricht. Neutralisten wie Barber (2002) gehen der hier vertretenen Meinung nach richtig in der Annahme, dass Technologie, und somit auch das Internet, nie anders verfasst oder mehr sein kann als die Gesellschaft, die mit ihm umgeht.

„Wenn die bestimmenden Momente der Gesellschaft demokratisch und zivil sind, und wenn Kultur und Erziehung wichtiger sind als andere persönliche Werte und Besitztümer, dann werden die neuen Technologien höchstwahrscheinlich zum Nutzen einer verbesserten Demokratie, eines gestärkten zivilen Diskurses und zur Verbreitung von Bildung und Kultur eingesetzt. Sind diese bestimmenden Momente aber vor allem kommerzieller, eigennütziger, materieller und konsumistischer Natur (wie es derzeit der Fall zu sein scheint), werden auch die Technologien kommerziell, eigennützig, materiell und konsumistisch sein. Die Technologie kann uns nicht vor uns selber retten; sie kann nur sehr deutlich widerspiegeln, wer wir sind.“ (Barber 2002: 3)

Technologie ist also weniger etwas, was eine Gesellschaft radikal verändert, sondern vielmehr ein Spiegel der Gesellschaft selbst (Barber, 2002: 3; Grunwald et al., 2006: 59). Barber macht die Zukunft des Internets im Hinblick auf sein demokratisches Potenzial von der tatsächlichen Nutzung und Bedeutung abhängig und unterstreicht somit die hier eingenommene Perspektive. Die neutralistische Position ist dahingehend adäquat, weil sie davon ausgeht, dass eine kreative Wahl zwischen verschiedenen Nutzungen des Internets möglich ist (Winkel, 1999: 46).

2.2.4 Pragmatischer Neutralismus in Zeiten des Web 2.0

Während die wissenschaftliche Debatte um die Auswirkungen des Internets auf die Demokratie in den 90er Jahren meist von spekulativen Potenzialen, dann von Befürchtungen geprägt war, verzichtet die jüngere, pragmatisch neutrale Perspektive weitgehend auf extreme Konfrontation von Mobilisierungs- und Verstärkungsthese und argumentiert von einer praxisorientierten Warte

aus (Chadwick, 2009: 11; Davis, 2010: 747; Grunwald et al., 2006: 68). Im Mittelpunkt steht nun die tatsächliche Nutzung diverser Internetangebote unter Berücksichtigung der jeweiligen Kontextfaktoren.

„Das Internet ist, so der aktuelle Stand der Diskussion, weder ein eigener politischer Raum, noch hat er dazu geführt, die Politik an grundlegenden neuen Kriterien zivilgesellschaftlicher oder basisdemokratischer Politikgestaltung zu messen. Wie sich Demokratie weiterentwickelt [...] hängt nicht von der Qualität und der Form der Technologie ab, sondern von der Güte der jeweiligen politischen Institutionen und dem Naturell der jeweiligen Bürgerschaft (Barber, 2001a).“ (Grunwald et al., 2006: 68).

Ob der stetig steigenden Nutzungspraxis und der zunehmenden Integration des Internets in den Alltag moderner Gesellschaften in den letzten Jahren ist eine empirische Erdung möglich und auch schon vermehrt betrieben worden (Grunwald et al., 2006: 19). Die jüngere Debatte kann nicht nur von einer stärkeren empirischen Basis her argumentieren, sondern integriert auch das Phänomen vermehrter interaktiver und kollaborativer Nutzerpraktiken im Internet (u.a. Chadwick, 2009; Hilbert, 2009; Hui & Hayllar, 2010, Stegbauer & Jäckel, 2008), in dem Nutzer gleichsam zu individuellen oder kollektiven Produzenten werden und eigene Inhalte kreieren. Begrifflich wurde dieses Phänomen im von O'Reilly (2005) geprägten Terminus des *Web 2.0* eingefangen, der die Evolution vom passiven Konsuminternet – dem Web 1.0 – hin zu einer neuen Form des aktiven Mitmachinternets beschreiben soll. Gleichsam gilt der Begriff „als Chiffre, um eine Reihe von Veränderungen zusammenzufassen, die die Geschäftsmodelle, Prozesse der Softwareentwicklung und Nutzungspraktiken des Internets berühren (Schmidt, 2008: 19).“¹¹ Zu den markantesten Charakteristika des Web 2.0 zählen der *Plattformcharakter* des Internets, indem Netzwerkanwendungen im Browser genutzt werden, die *kollektive Intelligenz*, die aus der Kooperation vieler Nutzer entsteht, die zunehmende Wichtigkeit von offen zugänglichen *Datenmassen* und deren kollektive Verwaltung und beständige *Experimentierfreudigkeit* etwa in Open-Source-Projekten (Chadwick, 2009: 19ff.).

Social-Software-Systeme unterstützen die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen einer hohen Anzahl von Akteuren (Stegbauer & Jäckel, 2008: 7). Oftmals handelt es sich dabei um populäre Webseiten, auf denen mehrere Millionen Teilnehmer parallel aktiv sein können. Die wohl bekanntesten Angebote sind sogenannte Soziale Netzwerke (u.a. Facebook, MySpace, Xing), Weblogs, Wikis oder Sharing-Angebote für Videos oder Bilder (u.a. You-Tube, Flickr), welche die aktive Einbeziehung ihrer Nutzer als Produzenten zum elementaren Kern haben. Aus

¹¹ Der Zusatz ‚Web 2.0‘ spielt auf die Benennung von Softwareversionen an und steht für den Übergang zu einer grundlegend veränderten Version (Schmidt, 2008: 19).

dem kreativen Potenzial der millionenfachen Nutzung gehen Dynamiken hervor, die die Social-Media-Sphäre „als eine Art Medienlabor“ (Stegbauer & Jäckel, 2008: 8) charakterisieren, welche die wissenschaftliche Betrachtung noch lange binden wird, wobei sozialwissenschaftliche Analysen bei diesen aktuellen Entwicklungen im Social Web die grundsätzliche Dualität von Struktur und Handeln (Giddens, 1984) berücksichtigen müssen (Schmidt & Welker, 2008: 12).¹²

Das Kooperationspotenzial von Web 2.0-Applikationen, das etwa durch Wikipedia eindrucksvoll illustriert wird, ist freilich auch für politische Partizipationsprozesse relevant und nicht zu unterschätzen. Auch onlinegestützte Bürgerhaushalte lassen sich als eine Web 2.0-Applikation begreifen, da eine Vielzahl von Nutzern dazu aufgerufen wird, Inhalte in Form von Vorschlägen, Kommentaren und/oder Abstimmungen zu erstellen.

2.2.5 Schlussfolgerungen für das Forschungsvorhaben

Nachdem die Debatte grob skizziert wurde, gilt es nun, das Gesagte mit dem vorliegenden Forschungsvorhaben zu verbinden. Dabei sollen die *pragmatische Perspektive* der Neutralisten (1), die *demokratischen Potenziale* der Optimisten (2) und aus pessimistischer Sicht die *Ungleichheitsproblematik* (3) kurz gewürdigt werden.

(1) Die zunehmende Konzentration der Forschung auf die tatsächliche Nutzung des Internets ist mit der Verbreitung des Web 2.0 nahezu unumgänglich geworden. Nach der vorangegangenen Betrachtung sollte klar geworden sein, dass technikdeterministische Ansätze gleichwohl mit normativ überladenen Erwartungen oder schwarzmalerischen Befürchtungen an der Realität vorbei zielen. Die vorliegende Arbeit nimmt deshalb ganz bewusst im Sinne eines *pragmatischen Neutralismus* (Winkel, 2001: 155) die *Nutzer onlinegestützter Bürgerhaushalte* in den Blick.

Während eine Vielzahl von Arbeiten (u.a. Freelon, 2010; Mayer-Uellner, 2003; Stegbauer, 2000/2001) vor allem inhaltsanalytisch vorgeht und die Beiträge in Foren auswerten oder sich mit der Soziodemographie und dem Nutzungsverhalten von Bürgern beschäftigen (u.a. Emmer & Vowe, 2004; Emmer, Vowe & Wolling, 2011; Pohl, 2007), ist hier von Interesse, welche Bedeutung das Format onlinegestützter Bürgerhaushalte für seine Nutzer hat. Es wird demnach nicht das primäre Ziel dieser Studie sein, zu ermitteln und zu bewerten, welche Personen sich politisch online einbringen oder Foren und Beiträge auf deliberative Merkmale wie Zivilität, wechselseitige Bezugnahme oder Argumentationsdichte hin zu überprüfen, sondern

¹² Für einen ausführlichen Überblick zum Begriff und den Möglichkeiten des Web 2.0 siehe auch die Sammelbände von Meckel (2008), Stegbauer und Jäckel (2008) oder Zerfuß, Welker und Schmidt (2008).

zu erfahren, welche demokratische Bedeutung die Nutzer ihrer Onlineaktivität beimessen und wie dies erklärt werden kann.

- (2) Aus der optimistischen Perspektive übernimmt die Studie die proklamierten demokratischen Potenziale. Die Untersuchung prüft – auf der individuellen Ebene – die grundlegende These, dass das Internet zu einer Verbesserung bestehender demokratischer Strukturen und Prozesse führen kann. Dies wäre gemäß der pragmatischen Perspektive dann der Fall, wenn die Nutzer onlinegestützter Bürgerhaushalte demokratiefördernde Assoziationen im Bezug auf das Partizipationsangebot aufweisen. Welche Assoziationen dies im Detail sind, wird im Theorieteil (3.) genauer zu klären sein.
- (3) Von der pessimistischen Position übernimmt die Studie die Sensibilität für die vielfach beschriebenen Probleme und Hindernisse bei der ‚demokratischen‘ Internetnutzung. Etwa die *Ungleichheitsproblematik*, wie sie auch in der *Verstärkungsthese* (2.2.2) zum Ausdruck kommt und die auch in der vorliegenden Studie Berücksichtigung finden wird. Dass es sich bei der untersuchten Gruppe der *tatsächlichen Nutzer* bereits um eine elitäre Auswahl handelt, wird in der vorliegenden Studie bewusst in Kauf genommen und an anderer Stelle thematisiert.

2.3 Partizipatorische Bürgerhaushalte

Im weiten Feld der onlinebasierten Beteiligungsmöglichkeiten konzentriert sich diese Studie auf eine der am weitesten verbreiteten Formen, den partizipatorischen Bürgerhaushalt. Was genau macht einen Bürgerhaushalt zu einem Bürgerhaushalt? Welche Möglichkeiten und welche Grenzen von Partizipation hat er? Diese Fragen sollen hier beantwortet werden, indem ein knapper Überblick zum Stand der Forschung gegeben wird. Dazu geht dieser Abschnitt zuerst auf Charakteristika von Bürgerhaushalten ein, dann wird ein knapper Überblick über den Ursprung aller Bürgerhaushalte in Porto Alegre gegeben, bevor auf Bürgerhaushalte in Deutschland und die entsprechende Forschung eingegangen wird.

2.3.1 Definition und Charakteristika

Die ersten Bürgerhaushalte kamen Ende der 80er Jahre auf. Trotzdem ist die Forschung zu diesem Thema noch relativ spärlich (Sintomer, Herzberg, & Röcke, 2011). In der Literatur finden sich vor allem Studien und Aufsätze zum Ursprung aller Bürgerhaushalte, dem Bürgerhaushalt in Porto Alegre, Brasilien (u.a. Avritzer, 2009; Baiocchi, 2005; Nylén, 2003; Wampler, 2008). Die Publikationen zu deutschen und europäischen Bürgerhaushalten sind noch recht übersichtlich und bleiben deskriptiv. Das derzeit umfassendste Überblickswerk *Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie* (Sintomer et al., 2011) etwa hat das Ziel, europäische Bürgerhaushalte zu typologisieren, um Vergleiche zu ermöglichen. Es gibt einen Überblick über Verfahrensweisen und Ergebnisse europäischer Bürgerhaushalte, erhebt jedoch nicht den Anspruch, Unterschiede zwischen den verschiedenen Verfahrensweisen und Ergebnissen zu erklären.

Die Forschergruppe um Sintomer hat auch das erste Mal eine wissenschaftliche Definition getroffen, um Klarheit darüber zu schaffen, was unter einem Bürgerhaushalt zu verstehen ist und welche Charakteristika ihn ausmachen:

„Allgemein formuliert ist ein Bürgerhaushalt ein Verfahren, das Bürgern die Beteiligung an der Planung von Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Mittel ermöglicht.“ (Sintomer et al., 2011: 42)

Fünf weitere Kriterien müssen Bürgerbeteiligungsprojekte laut Sintomer et al. (2011) erfüllen, um als Bürgerhaushalt zu gelten:

- Der Fokus des Verfahrens liegt auf finanziellen Angelegenheiten. Es geht primär um die Diskussion um begrenzte Ressourcen.

- Die Beteiligung findet auf der Ebene der gesamten Stadt oder einem Bezirk mit eigenen politisch-administrativen Kompetenzen statt (die Quartiersebene allein ist nicht ausreichend).
- Es handelt sich um einen auf Dauer angelegten Prozess. Eine Veranstaltung oder ein Referendum über Finanzfragen zählen nicht dazu.
- Die Beratung und Entscheidung der Bürger beruht auf einem Diskussionsprozess im Rahmen besonderer Treffen oder Foren. Die Öffnung einzelner Sitzungen im Rahmen bestehender Haushaltsverfahren gegenüber Bürgern ist kein Bürgerhaushalt. Die Organisatoren müssen über die Ergebnisse der Diskussion Rechenschaft ablegen (Sintomer et al., 2011: 42).

Die deutschen Publikationen zu Bürgerhaushalten, die zumindest in Teilen über eine deskriptive Analyse hinausgehen, sind bislang noch sehr spärlich. Obgleich sich eine Reihe von Autoren (u.a. Holtkamp; Märker & Wehner, 2011; Vorwerk, Märker, & Wehner, 2008) mit der Thematik befassen, kann das Feld noch als unterforscht gelten. Den durchführenden Kommunen fehlen in der Regel die Ressourcen für eine ausführliche und unabhängige Evaluation der Beteiligungsverfahren, so dass die empirische Forschungslage in diesem Bereich nach wie vor als unbefriedigend gilt. Problematisch ist zudem die oftmals einseitig negative Polemik die Bürgerhaushalte als zu teure und ineffiziente Methode der Haushaltsplanung sehen. Dazu gehören etwa Dr. Stephan Eisel, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, der besonders den Bürgerhaushalt Bonn öffentlich kritisiert (www.stephaneisel.de) und Lars Holtkamp, Professor an der Fern-Universität Hagen und Kommunalpolitiker, der Bürgerhaushalte als „Aushöhlung der Ratskompetenzen“ bezeichnet (Holtkamp, 2001: 1).

2.3.2 Der Ursprung aller Bürgerhaushalte: Porto Alegre

Als Ende der 1980er Jahre ein Bündnis linker Parteien in der 1,3 Millionen Einwohner Stadt Porto Alegre (Brasilien) die Bürgermeister-Wahl gewann, war sie mit einem Problem konfrontiert: Die Mehrheit in der Gemeindeversammlung stellte die politische Opposition (in Brasilien gibt es auch auf kommunaler Ebene ein präsidentielles System). Deshalb entwickelte die von der Arbeiterpartei angeführte Regierung neue Partizipationsstrukturen, die die Beteiligung von Bürgern an Haushaltsentscheidungen ermöglichte (Sintomer et al., 2011: 31ff.). Zudem waren die Ausarbeitung des Haushaltsplanes und die Verwendung der Haushaltsgelder als dunkle Angelegenheiten in Verruf geraten. Durch den Bürgerhaushalt sollte zum einen mehr Transparenz geschaffen werden und zum anderen auch Bürger in sozialen Milieus zur Beteiligung ermutigt werden, die sonst ungehört blieben (Josowic, 2002: 38).

Nach einigen Jahren der Weiterentwicklung des Konzepts bezieht sich der Bürgerhaushalt in Porto Alegre inzwischen auf städtische Investitionen und beinhaltet zwei Komponenten: Zum einen werden in jeder Bürgerhaushalt-Region (d.h. sozial zusammenhängende Wohngebiete) Prioritäten diskutiert und definiert. Zum anderen sind jedem Fachbereich der Verwaltung bestimmte Versammlungen und Komitees zugeordnet. Durch die Verknüpfung von räumlicher und thematischer Dimension ist es möglich, Probleme in einzelnen Stadtteilen zusammen mit gesamtstädtischen Themen zu erörtern. Die Prioritäten aus den räumlich und thematisch definierten Ausschüssen werden anschließend in einem Bürgerhaushalt-Rat, in dem Vertreter aller Ausschüsse sitzen, in eine Rangfolge gebracht und mit der Stadtverwaltung diskutiert. Der Prozess läuft nach einem formalisierten Plan ab, der jedes Jahr neu diskutiert wird (Sintomer et al., 2011: 31ff.).

Anders als bei herkömmlichen politischen Gremien beteiligen sich am Bürgerhaushalt in Porto Alegre insbesondere die unteren Bevölkerungsschichten, außerdem engagieren sich Frauen stärker als Männer. Die Beteiligung lag 1990 bei knapp 1.000, 1999 bei 14.000 und 2002 bei mehr als 17.000 Menschen. Ob der guten Erfahrungen hat sich das Verfahren in den 90er Jahren in vielen Teilen Lateinamerikas verbreitet. Im Jahr 2006 haben 1.200 von 16.000 lateinamerikanischen Gemeinden einen Bürgerhaushalt durchgeführt (Sintomer et al., 2011: 32ff.). Aufgrund dieser außergewöhnlich hohen Zahl von teilnehmenden Bürgern und der Tatsache, dass er besonders von den sozial schwächsten Bevölkerungsschichten genutzt wird, gilt Porto Alegre weltweit als Vorbild (Nanz & Fritsche, 2012: 47).

Josowic (2002) hat das Beteiligungsverfahren Porto Alegre untersucht und in Bezugnahme auf partizipatorische Demokratietheorien Voraussetzungen und daraus folgende demokratische Funktionen definiert, die erfüllt werden müssen, damit Partizipation bestmöglich stattfinden kann (Abbildung 3). Jedoch werden sowohl die sieben benannten Funktionen, als auch die neun aufgestellten Voraussetzungen theoretisch nur unzureichend hergeleitet bzw. recht knapp erläutert (Josowic, 2002: 25, 82). Auch die Erfüllung der einzelnen Funktionen wird sehr subjektiv analysiert: Als Indikator für die Funktion „Gleichheit“ etwa zieht Josowic heran, dass durch einen Beschluss des Bürgerhaushalts nun mehr ärmere Bezirke in Porto Alegre einen Wasseranschluss haben und an die Kanalisation angeschlossen sind (Josowic, 2002: 90). Es liegt auf der Hand, dass dies eine wenig überzeugende wissenschaftliche Operationalisierung dafür ist, ob durch den Bürgerhaushalt mehr Gleichheit geschaffen wurde.

Abbildung 3: Voraussetzungen, Funktionen und Probleme: Bürgerhaushalts in Porto Alegre

Vorraussetzungen	Funktionen	Probleme
Kleine Einheiten	Kontrolle	Überlastung des Systems
Relative Homogenität der Bevölkerung	Schutz vor Machtmissbrauch durch politische Eliten	Verstärkung der Ungleichheit
Abwesenheit von unüberwindbaren Interessenkonflikten	Integration in die Gesellschaft	Gemeinsamer Wille der Bürger
Ökonomische Unabhängigkeit der Bürger	Gleichheit	-
Bereitschaft der Regierung	Erziehung der Bürger	-
Erkennen der Interessen	Demokratisierung	-
Artikulation der Interessen – fachliche Kompetenz	Effektivität	-
Motivation	-	-
Dialog	-	-

Quelle: nach Josowic, 2002: 20

Josowics Überlegungen sind für diese Studie dennoch von Bedeutung, weil das Ziel ihrer Arbeit „die Umsetzung der partizipatorischen Demokratietheorie am Beispiel des OP [Bürgerhaushalts] in PortoAlegre analysier[en]“, (Josowic, 2002: 1) zu wollen, dem vorliegenden Vorhaben sehr ähnlich ist. Diese Arbeit knüpft an die von Josowic formulierte Idee an, den Erfolg von Bürgerhaushalten entlang normativ theoretischer abgeleiteter Kategorien zu messen.

Was Josowic zudem überzeugend analysiert, ist die Tatsache, dass durch den Bürgerhaushalt in Porto Alegre Bevölkerungsteile mobilisiert werden, die sich ansonsten wenig beteiligen: der weibliche und männliche Anteil der Teilnehmer ist ausgeglichen, während in den Führungspositionen der Bürgergremien mehr Männer vertreten sind. Außerdem nehmen überwiegend sozial schwache Schichten teil: Circa 50 Prozent der Beteiligten kommen aus Bevölkerungsschichten, die Josowic als „sozial extrem schwach“ definiert. Sie bezieht bei der Definition sowohl Bildung als auch Einkommen mit ein. Die Delegierten der Repräsentantenforen kommen einerseits aus der Gruppe der Akademiker, andererseits aus der Gruppe der Hauptschüler (Josowic, 2002: 77f.). Die Analyse zeigt, dass Bürgerhaushalte in bestimmten Kontexten eine starke Wirkung – auch im Sinne der partizipativen Demokratietheorien – haben können.

2.3.3 Bürgerhaushalte in Deutschland

Auch wenn die Grundidee des Bürgerhaushalts in Brasilien zuerst erprobt und schließlich etabliert wurde, war es konzeptionell eher die neuseeländische Stadt Christchurch, die als Vorbild für die deutschen Bürgerhaushalte fungierte. Ihr Konzept wurde 1993 von der Bertelsmann Stiftung ausgezeichnet. Nach diesem Vorbild, dem der Grundgedanke einer marktliberalen Modernisierung der Verwaltung zugrunde lag, wurde 1998 mit Hilfe des Projekts „Kommunen der Zukunft“ in einigen Kleinstädten in Süd- und Westdeutschland erstmals ein Bürgerhaushalt durchgeführt (Vorwerk, Märker, & Wehner, 2008: 115f.). Die Bundeszentrale für politische Bildung (2012) verzeichnet in ihrem *Statusbericht Bürgerhaushalt.org* einen starken Anstieg aktiver Kommunen in den letzten Jahren. Während im Jahr 2008 lediglich 24 der 237 beobachteten Kommunen einen partizipativen Bürgerhaushalt durchgeführt hatten, stieg die Anzahl im Jahr 2012 auf 72 Kommunen an (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012: 4).

Deutsche Bürgerhaushalte basieren im Allgemeinen auf drei Säulen bzw. Phasen: Information, Konsultation und Rechenschaft. In der Informationsphase werden den Bürgern haushaltsrelevante Information – oftmals in Broschüren oder über Internetportale – zugänglich gemacht. Ziel ist es hier den Teilnehmern einen Überblick über die Haushaltslage und die finanziellen Spielräume zu geben. In der Konsultationsphase gibt es für Bürger entweder die Möglichkeit, selbst Vorschläge zu machen oder über Vorschläge der Verwaltung abzustimmen oder eine Kombination aus Beidem (Vorwerk et al., 2008: 116). In der letzten Phase erhalten die Bürger eine Rückmeldung über die getroffenen haushaltspolitischen Entscheidungen und darüber, inwieweit Ideen aus der Konsultationsphase berücksichtigt wurden.

Sintomer et al. (2011) haben versucht, Europäische Bürgerhaushalte zu typologisieren und haben dabei sechs verschiedene Typen definiert.¹³ Da alle deutschen Bürgerhaushalte Sintomer et al. zufolge Typ drei – ‚Konsultation öffentlicher Finanzen‘ – zugeordnet werden können, wird dieser Typ hier näher erläutert:¹⁴

¹³ (1) *Porto Alegre in Europa*: Einige spanische und italienische Städte haben das Modell von Porto Alegre weitestgehend auf ihre Kommune übertragen. (2) *Bürgernahe Partizipation*: Die Logik von (häufig schon bestehenden) Quartiersbeiräten wird auf die gesamte städtische Ebene übertragen. (3) *Konsultation öffentlicher Finanzen*: s.u. (4) *Privat-/ öffentlicher Verhandlungstisch*: Gegensätzliches Modell zu Porto Alegre, weil Unternehmen neben Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle einnehmen. (5) *Gemeinwesenfonds auf Quartiers- und Stadtebene*: Zivilgesellschaftliche Gruppen entscheiden über die Verteilung eines Gemeinwesenfonds. (6) *Partizipation organisierter Interessen*: Entscheidungsträger diskutieren mit Vertretern aus Vereinen, Gewerkschaften und lokalen Einrichtungen über öffentliche Finanzen (Sintomer et al., 2011).

¹⁴ Die relative Gleichheit der deutschen Bürgerhaushalte ist nicht zufällig. An der Entwicklung der deutschen Bürgerhaushalte waren eine Reihe von Stiftungen, Agenturen und Netzwerken (u.a. Bertelsmann-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Kommunale Gemeinschaftsstelle) beteiligt, so dass die Verfahren im Vergleich zu anderen Beteiligungstypen konzeptionell sehr ähnlich sind (Vorwerk et al., 2008: 118).

Die Besonderheit dieses Typs liegt darin, dass Bürger hier lediglich eine konsultative Rolle einnehmen. Häufig werden zufällig ausgewählte Bürger persönlich eingeladen, um den Einfluss lokaler Vereine und Interessensgruppen zu verringern (Sintomer et al., 2011: 89f.). Die größte Stärke dieses Typs ist, laut Sintomer et al. (2011), dass durch die erhöhte Transparenz des Haushalts Partizipation und Modernisierung miteinander verbunden werden und so auch grundlegende Diskussionen über finanzielle Fragen Platz finden. Häufig, aber nicht immer, sind Internetportale Teil des Verfahrens. Zu den Schwächen zählen die Autoren, dass die Partizipation mehr als ein Teil der Modernisierung als Ziel an sich gesehen wird, dass die Zivilgesellschaft ein eher geringes Gewicht hat und die deliberative Qualität der Verfahren meist niedrig ist (Sintomer et al., 2011: 89f.). Zu beachten ist, dass Bürgerhaushalte, insbesondere in ihrer deutschen Form, niemals Entscheidungsrechte beinhalten. Sie bleiben immer konsultativ (Nanz & Fritsche, 2012: 46).

2.3.4 Schlussfolgerungen für das Forschungsvorhaben

Das Beispiel des Bürgerhaalts in Porto Alegre hat gezeigt, dass die Beteiligung von Bürgern an haushaltspolitischen Entscheidungen auch positive Auswirkungen auf das demokratische Gemeinwesen erzeugen kann (u.a. Baiocchi, 2005; Josowic, 2002; Nylén, 2003; Wampler, 2008). Dieses Beispiel stützt also die These, dass Bürgerhaushalte durchaus eine Chance für die Verbesserung von Demokratie sein können. In dieser Arbeit wird untersucht, ob die in Brasilien bereits nachgewiesenen demokratischen Erfolge auch in Deutschland sichtbar sind, bzw. von den Partizipierenden wahrgenommen werden. Dabei ist zu beachten, dass die Befugnisse von Teilnehmern an deutschen Bürgerhaushalten weniger weit reichen als die des brasilianischen Bürgerhaushalts.

Den demokratischen Erfolg von Bürgerhaushalten mittels aus den partizipatorischen Demokratietheorien entnommenen Kategorien zu messen – wie es etwa Josowic (2002) versucht hat – wird hier als eine vielversprechende Herangehensweise betrachtet. Die Studie von Josowic dient in der vorliegenden Arbeit demnach als Inspiration, wobei keine Replikation angestrebt wird. Vielmehr gilt es, einen theoretisch fundierten Kriterienkatalog auszuarbeiten, der über den von Josowic (2002) vorgeschlagenen Katalog hinausgeht.

3. Theoretische Fundierung

Nachdem im vorangegangenen Kapitel der Forschungsstand zur *Evaluation von E-Partizipationsangeboten*, die Debatte um die Beziehung von *Internet und Demokratie* sowie der Forschungsstand zu *partizipativen Bürgerhaushalten* skizziert wurden, soll in diesem Kapitel die Konstruktion des theoretischen Fundaments vorgenommen werden, von dem ausgehend die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgen soll. Ziel dieses Kapitels ist es, die im vorangegangenen Abschnitt beschriebene *demokratische Evaluationsdimension* mit theoretischem Inhalt zu füllen und ihr somit zu mehr theoretischer Schärfe zu verhelfen. Genauer geht es darum, theoretisch basierte Kategorien zu erhalten, in denen sich der *Erfolg* onlinegestützter Bürgerhaushalte konkretisiert und empirisch ermitteln lässt. Am Ende der theoretischen Ausführungen soll daher ein Katalog von *demokratiefördernden Effekten* stehen.

Das Kapitel gliedert sich in fünf Teile. Da im Rahmen dieser Studie onlinegestützte Partizipationsformate untersucht werden, wird zu allererst geklärt, was man unter dem Begriff der politischen Partizipation versteht (3.1). Danach erfolgt eine kurze Orientierung im breiten Feld der Demokratietheorie, wobei der Begriff der Partizipation im Mittelpunkt steht, um schließlich zu partizipatorischen Demokratietheorien zu gelangen, welche die aktive Beteiligung der Bürger abseits von Wahlen in den Mittelpunkt stellen (3.2). Im dritten Abschnitt werden partizipatorische Demokratietheorien etwas genauer vorgestellt (3.3). Im nächsten Abschnitt geht es darum, zu erfassen, welche theoretisch postulierten Auswirkungen Partizipation entfalten kann. Diese aus der Theorie extrahierten demokratiefördernden Effekte werden im nächsten Schritt katalogisch aufgeführt und erläutert (3.4). Schließlich werden einige Faktoren, von denen ein Einfluss auf die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten vermutet wird, aus der empirischen Partizipationsforschung hergeleitet, die im Kontext der vorliegenden Studie einer ersten exploratorischen Überprüfung unterzogen werden sollen (3.5).

3.1 Zum Begriff der Partizipation

Die politische Beteiligung von Bürgern ist eine essentielle Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Verba, Scholz und Brady (1995: 1) beschreiben eine demokratietheoretische Binsenweisheit wenn sie behauptet „Citizen participation is the heart of democracy. Indeed, democracy is unthinkable without the ability of citizens to participate freely in the governing process“. Die Teilhabe der Bürger am politischen Entscheidungsprozess ist das minimale Kriterium, das es zu erfüllen gilt, wenn man ein Gemeinwesen als ‚demokratisch‘ bezeichnen will. Diese Notwendigkeit erschließt sich bereits aus dem Wort ‚Demokratie‘, welches sich aus dem griechischen

Begriff ‚demos‘ – Volk oder Volksmasse – und dem Begriff ‚kratein‘ – herrschen oder Macht ausüben – zusammensetzt (Waschkuhn, 1998: 3).

Die Abhängigkeit demokratischer Systeme von der Mitwirkung seiner Bürger konstituiert somit ein zentrales Forschungsfeld der empirischen Demokratieforschung (Fuchs, 2000: 250; Teorell, 2006: 787) und motivierte umfangreiche Arbeiten im Bereich der politischen Partizipationsforschung (u.a. Almond & Verba, 1963; Barnes & Kaase, 1979; Klingemann & Fuchs, 1995; Verba et al., 1995; Verba, Nie & Kim, 1978). Während die empirische Partizipationsforschung vor allem Formen, Voraussetzungen und Auswirkungen politischer Beteiligung in den Blick nimmt (Schmidt, 2010: 246), betrachtet die Demokratietheorie Partizipation aus einer primär normativen Perspektive.¹⁵ Dabei wird die Beziehung von *Demokratie und Partizipation* innerhalb der demokratietheoretischen Debatten alles andere als einheitlich gezeichnet (vgl. 3.2.2).¹⁶ Obgleich zwischen den Demokratietheoretikern Einigkeit darüber besteht, dass Partizipation die zentrale Voraussetzung für Demokratie ist (Steinbrecher, 2009: 15), so gelangen sie doch zu recht unterschiedlichen Auffassungen darüber, wer in welchem Maße, über welche Kanäle und mit welcher Intensität am politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen soll (Merkel & Petring, 2011: 2). Auch Walk (2008: 87) merkt an, dass der Partizipationsbegriff je nach Perspektive durchaus unterschiedlich verstanden und interpretiert werden kann:

„Es macht einen Unterschied, ob sich dem Beteiligungsbegriff aus einer legitimatorischen, einer repräsentativen oder einer emanzipatorischen Perspektive heraus angenähert wird. Hinter diesen drei Zuschreibungen stehen komplexe Wertegebäude und Denkrichtungen, in denen die Funktionen von BürgerInnenengagement für demokratische Systeme deutlich unterschiedlich interpretiert werden.“

Die Zentralität des Begriffs für die Politikwissenschaft hat somit zu einer gewissen definitiven Unbestimmtheit beigetragen, denn je nach eingenommener Perspektive, Forschungsinteresse und theoretischem Demokratieverständnis wird politische Partizipation recht unterschiedlich definiert (Teorell, 2006: 788; von Alemann, 1978: 16f.). Verschiedene Definitionen lassen sich illustrativ auf einem Kontinuum verorten, an dessen Enden einerseits ein sehr eingeschränktes, andererseits ein sehr ausgedehntes Verständnis von politischer Partizipation steht (Steinbrecher, 2009: 27). Beispielhaft für ein eingeschränktes Verständnis sind etwa empirische Partizipati-

¹⁵ An dieser Stelle sei erwähnt, dass auch die vermeintlich „empirischen“ oder „realistischen“ Demokratietheorien (u.a. Downs, 1957; Schumpeter, 1950) keineswegs frei von Normativität argumentieren. Zwar mögen sie ein realistisches Bild der politischen Umstände zeichnen, wenn sie etwa beobachten, dass der allgemeine Bürger wenig Interesse an Politik zeigt. Diesen Zustand jedoch als wünschenswert bzw. systemstabilisierend zu deklarieren und Politik zur Sache einer politischen Elite zu erklären, ist letztlich eine normative Argumentation. In diesem Sinne sind alle Demokratietheorien normativ (Waschkuhn, 1998: 2).

¹⁶ Für eine differenzierte Darstellung verschiedener Partizipationsverständnisse siehe auch von Alemann (1978: 22-34).

onsstudien, die lediglich die Wahlbeteiligung oder den Wahlakt in den Blick nehmen (u.a. Campbell et al., 1980; Campbell, Curin & Miller, 1971) oder Demokratietheorien wie die von Schumpeter (1950), welche die partizipative Rolle des Staatsbürgers auf die (Aus)Wahl von politischem Personal limitiert (Teorell, 2006: 788). Auf der anderen Seite finden sich Definitionen, die nahezu jede Form von politikbezogenem Handeln und Denken des Individuums als politische Partizipation betrachten. So versteht etwa Radtke (1976: 16) unter politischer Partizipation „die mentale und/oder sensorische, d.h. die geistige, gedankliche und/oder durch Verhalten sichtbare Beschäftigung mit Politik“ und Barbers Theorie einer *Starken Demokratie* begreift partizipatorische Politik gar als Lebensform (Barber, 1994: 99-129).

Obgleich unterschiedliche Vorstellungen und Ideen über das *was* und *wie* von Partizipation existieren, kommt man nicht umhin, definitorische Klarheit herzustellen. Im deutschsprachigen Raum ist vor allem die Definition von Kaase (1994) weit verbreitet, der auch die vorliegende Arbeit folgt:¹⁷

„Partizipation in der Politik bedeutet alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen und/oder selbst zu treffen.“ (Kaase, 1994: 442)

Ferner konkretisiert sich das *was* unter politische Partizipation zu verstehen ist anhand dreier Merkmale.¹⁸ Erstens, durch die *freiwillige Teilnahme* an entsprechenden Aktivitäten, zweitens werden jene Aktivitäten von *Bürgern* – also nicht von Berufspolitikern – durchgeführt und drittens wird die Absicht verfolgt mit den Aktivitäten *Einfluss* auf das politische System zu nehmen (Mayer-Uellner, 2003: 19; Walk, 2008: 89).¹⁹ Somit sind auch onlinegestützte Bürgerhaushalte als eine Form von Partizipation zu bewerten, da die Teilnahme freiwillig, durch Bürger und mit der Absicht entsteht, Einfluss auf die finanzpolitischen Entscheidungen der Stadt zu nehmen.

¹⁷ Mit dieser Definition stellt Kaase auch den Bezug zu englischsprachigen Definitionen her, wie sie etwa von der Forschergruppe um Verba (1995) vorgeschlagen wurden: “By political participation we refer simply to activity that has the intent or effect of influencing government action – either directly by affecting the making or implementation of public policy or indirectly by influencing the selection of people who make those policies” (Verba et al., 1995: 38).

¹⁸ Steinbrecher (2009: 27ff.) weist darauf hin, dass der politische Partizipationsbegriff vom sozialen Partizipationsbegriff abzugrenzen ist. Für eine detaillierte Diskussion siehe Steinbrecher (2009).

¹⁹ Um die Formen von Partizipation unterscheiden zu können, wird oftmals eine Differenzierung entlang der vier dichotomen Dimensionen *verfasst-unverfasst*, *direkt-indirekt*, *legal-illegal* und *legitim-illegitim* und vorgenommen. Da diese Unterscheidungsheuristik nicht zentral für die vorliegende Studie ist, wird auf eine detaillierte Erörterung verzichtet. Siehe hierzu auch Steinbrecher (2009: 39ff.).

3.2 Partizipation in der Demokratietheorie

Nachdem definitorische Klarheit für den zugrundegelegten Partizipationsbegriff dieser Studie hergestellt wurde, richtet sich der Blick nun auf den Stellenwert von Partizipation im weiten Feld der Demokratietheorie. Dabei wird der analytischen Auffassung gefolgt, dass sich verschiedene Demokratietheorien entlang ihrer partizipatorischen Funktionen und -Ansprüche unterscheiden lassen (Gabriel, 1991: 327; Steinbrecher, 2009: 33; von Alemann, 1978: 21; Walk, 2008: 72). Es stellt sich die Frage, wie verschiedene Theorie- und Denkströmungen die Beziehung von Regierungsmacht und der Aktivität der Bürger charakterisieren und welche Funktionen die aktive Beteiligung von Bürgern für die jeweilige Theorie übernehmen.

Da jede Demokratietheorie ein gewisses Maß an Partizipation vorsehen muss, um als *Demokratietheorie* gelten zu können, kann generell gefragt werden, wie die neuen kommunikativen Möglichkeiten des Internets dieses Maß an Partizipation potenziell beeinflussen könnten (Meißelbach, 2009: 76).²⁰ Die vorliegende Studie will jedoch nicht verschiedene Demokratietheorien auf ihre partizipativen Ansprüche und Funktionen hin abklopfen, um sodann zu fragen, inwieweit diese auch im und durch das Internet – in all seiner Vielfalt – erfüllt oder befördert werden könnten.²¹ Vielmehr geht es darum, konkret zu fragen, welche demokratiethoretische Strömung für die empirische Untersuchung von onlinegestützten Bürgerhaushalten und die vorliegende Forschungsfrage nutzbar gemacht werden kann. Somit beginnt die Suche nach einer adäquaten theoretischen Grundlage aus dem großen Fundus der Demokratietheorie mit der Frage, welche Theorie die lebensweltlichen Kontexte moderner Gesellschaften berücksichtigt, die Beteiligung von Bürgern an konkreten politischen Entscheidungen prominent in den Mittelpunkt stellt und empirisch überprüfbare Kategorien politischer Partizipation benennt.

3.2.1 Orientierung im Dickicht der Demokratietheorie

Demokratietheorien gibt es mannigfach. Um in einem ersten Schritt eine ganze Reihe an Theorien von der Betrachtung auszuschließen, bietet sich eine historische Differenzierung an. Auf der Suche nach einer Demokratietheorie, welche die lebensweltlichen Kontexte moderner Massengesellschaften berücksichtigt, können die sogenannten *klassischen Demokratietheorien* (Schmidt, 2010: 25-160) vorerst vernachlässigt werden, da diese ihre Demokratiemodelle für Kleinstaaten bzw.

²⁰ Für eine überblicksartige Darstellung von vier verschiedenen demokratischen Denkströmungen und ihren jeweiligen Internet-Potenzialen siehe auch Dahlberg (2011).

²¹ So würden beispielsweise die in partizipatorischer Hinsicht wenig anspruchsvolle, weil nur auf die turnusmäßige Wahl beschränkten *Kompetitiven Demokratietheorien* (Schmidt 2010: 181-209) wie die von Schumpeter (1950) oder Downs (1957) die Potenzial des Internets vor allem im Hinblick auf steigende Effizienz bewerten. Aus Sicht der kompetitiven Theorien spräche nichts gegen einen entsprechend freien, geheimen und gesicherten Wahlakt über das Internet, um die Kostennutzenrelation des Wahlaktes zu optimieren (Meißelbach 2009: 81).

Kleingemeinwesen entworfen (Walk, 2008: 77). Im Gegensatz zu klassischen Demokratietheorien, die allesamt vor dem 20. Jahrhundert entstanden und sich in entsprechenden lebensweltlichen Kontexten wiederfanden, gehen die *modernen Demokratietheorien* von einer demokratisch entwickelten nationalen Staatsverfassung mit allgemeinem Männer- und Frauenwahlrecht sowie Parteienwettbewerb aus (Schmidt, 2010: 161). Obgleich die klassischen Theorien auch heute immer noch Bezugspunkt wissenschaftlicher Reflektion sind und sich auch moderne Theorien im Lichte klassischer Traditionen verorten lassen, scheinen die historischen Entstehungskontexte abseits moderner Nationalstaaten, verfassten Menschen- und Bürgerrechten und vergleichsweise schwach differenzierten Gesellschaften, eine Transformation in die heutige Zeit nur mit großen Einschränkungen zuzulassen. Die historische Exklusion einiger Demokratietheorien schafft jedoch nur bedingt Klarheit, denn auch moderne Demokratietheorien zeichnen ihre Vorstellung über die Rolle von Partizipation von durchaus unterschiedlichen Standpunkten aus.

„Das Kontinuum unterschiedlicher Partizipationsvorstellungen reicht von Joseph Alois Schumpeter (1950) bis zu den radikaldemokratischen Vorstellungen der 68er-Bewegung in Berkeley, Paris und Berlin und ihrer akademischen Übersetzung durch die nordamerikanischen Politikwissenschaftler Carol Pateman (1970) oder Benjamin Barber (1984).“ (Merkel & Petring 2011: 2)

Für eine differenziertere Betrachtungsweise des komplexen Feldes schlägt Scharpf (1975) aufbauend auf der Systemtheorie von Easton (1965) vor, Demokratietheorien danach zu unterscheiden, „ob sie das politische System primär von seinen *Inputs* oder von seinen *Outputs* her zu rationalisieren versuchen.“ (Scharpf, 1975: 21). Demnach betonen *output-orientierte* Theorien eher die Entscheidungsseite, Funktionalität und die Qualität der Leistungen, die ein politisches System bereitstellt. *Input-orientierte* Demokratietheorien nehmen dagegen eher die Beteiligungsseite und den politischen Willensbildungsprozess in den Blick (Waschkuhn, 1998: 25).²² Auch der zentrale Begriff der Legitimität wird je nach Perspektive unterschiedlich verstanden. Die input-orientierte Perspektive betont demnach die Herrschaft *durch* das Volk. Politische Entscheidungen sind dann legitim, wenn sie aus den Präferenzen der Bürger abgeleitet werden können (Scharpf, 1999: 16). Hingegen ist für die output-orientierte Theorie die Herrschaft *für* das Volk zentral. Legitim ist eine Entscheidung dann, „wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördert.“ (Scharpf, 1999: 16).²³

²² Neben der Input-Output-Unterscheidung hat sich auch die oftmals äquivalent genutzte Unterscheidung zwischen *partizipatorischen*- (= Input) und *realistischen- bzw. funktionalen*- (= Output) Demokratietheorien durchgesetzt (Steinbrecher, 2009: 30).

²³ An dieser Stelle sollte angemerkt werden, dass die Unterscheidung in In- und Output-Theorien nur bedingt scharf ist. Denn auch Input-Theorien schielen auf den Output, wenn sie unterstellen, dass durch die Fokussierung auf die Inputs bessere Outputs generiert werden. Man sollte die Input-Theorien folglich nicht so verstehen, als ob die Outputs am Ende zweitrangig seien. Vielmehr wird unterstellt, dass durch maximale Bürgerbeteiligung bessere politische Entscheidungen getroffen werden.

Entsprechend der unterschiedlichen Fokussierung sehen Output-Theorien neben regelmäßigen, allgemeinen und freien Wahlen keine Notwendigkeit für weitere Partizipation. Im Gegensatz dazu fordern die Input-Theorien eine möglichst breite Bürgerbeteiligung am Meinungs-, Willensbildungs-, Entscheidungs-, Durch- und Umsetzungsprozess (Waschkuhn, 1998: 25).

„Wichtigster Ausgangspunkt ist die Frage, wie das politische System eingerichtet werden müsse, wenn Entscheidungen möglichst unverfälscht aus der gleichen Partizipation der Bürger hervorgehen sollen. Ausgangspunkt ist also die Frage der Bürgerbeteiligung, anknüpfend an den Wortsinn der ‚Demokratie‘, nämlich ‚Herrschaft des Volkes‘. Hier ist die Wurzel radikaldemokratischer Modelle.“ (Waschkuhn, 1998: 18)

Autoren der input-orientierten Demokratieschule treten daher regelmäßig für die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente ein, auch, wenn sie nicht grundsätzlich für eine direkte Demokratie votieren. Als Orientierungspunkte dienen oftmals die athenische Polis oder die „town meetings“ der Neuengland Kolonien (Waschkuhn, 1998: 18).

Konsequenterweise setzen input-orientierte Theorien großes Vertrauen in die politische Urteilsfähigkeit und -Kompetenz der Bürger. Neben hohem politischem Interesse und hoher politischer Informiertheit wird die vernünftige Reflektion im Sinne des Gemeinwohls unterstellt (Steinbrecher, 2009: 31). Im krassen Gegensatz dazu charakterisieren output-orientierte Theoretiker die Bürger als politisch desinteressierte und egoistische Zeitgenossen, welche nach einer rationalen Kostennutzenabwägung zu der Entscheidung gelangen, dass politische Beteiligung nicht lohnenswert sei (Schmidt, 2010: 186f.). Schumpeter (1950: 416), als ein prominenter Vertreter der realistischen (output) Theorieschule, bescheinigt dem Menschen das Zurückfallen „auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistungen, sobald er politisches Gebiet betritt“ und folgert daraus, dass die Partizipation der Bürger sich im Wahlakt erschöpfen sollte, um Politik effektiv und rational betreiben zu können. Die Gegensätzlichkeit zwischen in- und output-orientierten Theorien wird insbesondere im zugrundegelegten Menschenbild deutlich. Hier stehen sich das fundamentale menschliche Interesse an politischer Selbstbestimmung (input) und der politisch apathische Bürger (output) diametral gegenüber.

Nimmt man diese groben Unterscheidungsheuristiken zur Hilfe, so wird deutlich, dass sich die Partizipationsform onlinegestützter Bürgerhaushalte konsistenterweise dem input-orientierten bzw. dem partizipativen Theorielager zuordnen lässt. Im Lichte dieser Theoriefamilie sind onlinegestützte Bürgerhaushalte als eine zu begrüßende partizipative Maßnahme zu verstehen. Die Orientierung an output-orientierten Demokratietheorien scheint für das vorliegende Forschungsprojekt nicht zielführend, denn diese würde keine Notwendigkeit darin sehen, Bürgern abseits

von turnusmäßigen Wahlen weitere Partizipationskanäle zu eröffnen (Toerell, 2006: 787). Im Gegenteil dazu würden einige Verfechter dieser Theorierichtung eher ein dysfunktionales Moment in der vermehrten Partizipationspraxis ausmachen (Steinbrecher, 2009: 32).

Somit konzentriert sich der Blick auf Demokratietheorien, „die das politische System nicht von der Qualität ihrer Leistungen, sondern von den in den politischen Prozeß eingehenden Willensäußerungen und artikulierten Interessen her“ (Scharpf, 1975: 25) beurteilen und entsprechend Wert auf die umfangreiche Beteiligung von Bürgern legen (Steinbrecher, 2009: 30). Theorien, die der aktiven Beteiligung von Bürgern Gewicht beimessen, können im Rahmen dieser Studie nutzbar gemacht werden, weil sie einen normativen Rahmen bereitstellen, aus dem sich wiederum empirisch überprüfbare Kategorien ableiten lassen (Toerell, 2006: 788). Die theoretischen Arbeiten zur *partizipatorischen Demokratie* liefern hier ein breites Reservoir, welches es zu durchforsten lohnt.

3.3 Partizipatorische Demokratietheorien

Die dem input-orientierten Theorielager zuzurechnenden *partizipatorischen Demokratietheorien* treten allgemein mit der Forderung an, überall dort, wo Herrschaft ausgeübt wird, also dort wo allgemein verbindliche Entscheidungen getroffen werden, die Betroffenen an diesen Entscheidungen zu beteiligen (Wiesendahl, 1981: 103). Anhänger dieser Theorieströmung zielen vor allem auf die „Beteiligung möglichst vieler, über möglichst vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben, Seinen-Teil-Geben und innerer Anteilnahme am Schicksal eines Gemeinwesens“ (Schmidt, 2010: 236). Die Fokussierung auf Beteiligung am politischen Prozesses vereint eine ganze Reihe unterschiedlicher Theorien, die Schmidt (2010: 236f.) unter dem Label *beteiligungszentrierte Demokratietheorien* zusammenfasst.²⁴

Mit der Forderung nach maximaler Mitbestimmung der Bürger reflektieren die partizipatorischen Theoretiker ein *klassisches Demokratieverständnis*. Dieses rekurriert auf den Kern des demokratischen Regierens, wonach das Volk über sich selbst herrschen soll. Die von Abraham Lincoln

²⁴ Schmidt (2010: 237) fasst hierunter auch deliberative Demokratietheorien wie sie etwa Habermas (1992) oder Fishkin (1991; 2003) beschrieben haben. Die Beziehung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von deliberativer- und partizipatorischer Theorie werden indes kontrovers diskutiert (hierzu Hilmer, 2010). Während einige Autoren deliberative- und partizipatorische Theorien als nahezu äquivalent betrachten (u.a. Fung, 2004) sehe andere Autoren fundamentale Unterschiede zwischen den beiden Theorien (u.a. Mutz, 2006). Die vorliegende Studie folgt der Auffassung, dass Deliberation ein kommunikativer Modus bzw. eine Form partizipatorischer Politik ist (Hilmer, 2010: 51ff.). Deliberation konzentriert sich hierbei vor allem auf die Art und Weise der Kommunikation in Partizipationsprozessen, insbesondere im Meinungs- und Willensbildungsprozess (Walk, 2008: 82). Partizipatorische Theorien haben hingegen vor allem die generelle Ausweitung von Einflussnahme bzw. Entscheidungsmacht im Blick (Schmidt, 2010: 237). Gemeinsam ist beiden Theorien die Fokussierung auf die Inputs des politischen Prozesses (Schmidt, 2010: 237). Im Rahmen dieser Arbeit wird daher auf eine detaillierte Vorstellung deliberativen Theorien verzichtet (siehe hierfür: Löscher, 2005). Dennoch gilt es zu berücksichtigen, dass partizipatorische Theorien durchaus deliberative Elemente aufweisen (u.a. Barber, 1994) und somit wichtige Funktionen in partizipatorischen Theorien übernehmen. Insbesondere die Arbeiten von Habermas (u.a. 1992) werden daher im Folgenden kursorisch herangezogen.

geprägte Formel wonach Demokratie “government of the people, by the people, for the people” (nach Schmidt, 2010: 19) sei, trifft den Kern dessen, was hier gemeint ist. Bürger sollen überall dort, wo sie von Entscheidungen betroffen sind, selbst (mit)entscheiden. Partizipation zielt auf klassische demokratische Leitideen und das klassischen Legitimitätsverständnis, wonach Entscheidungen nur dann legitim sind, wenn sie den Willen der politischen Gemeinschaft reflektieren und sich die Identität von Herrschenden und Beherrschten als normatives Ideal abzeichnet (Wiesendahl, 1981: 104).

„Partizipation ist ein Annäherungswert für die klassischen demokratischen Normen Mündigkeit, Humanität, Selbstentfaltung, Freiheit von Zwang, Machtgleichgewicht, Teilhabe an Herrschaft und die Identität von Herrschenden und Beherrschten. Partizipation beschreibt weniger ein Äquivalent für die genannten demokratischen Leitideen als vielmehr eine Zone, die zwischen unkontrollierter und unbegrenzter Herrschaft auf der einen Seite und dem Wunsch nach Selbstbestimmung und Identität auf der anderen Seite steht.“ (Wiesendahl, 1981: 104)

Über den Mechanismus von Partizipation könnten – so die These – bestehende Abhängigkeitsverhältnisse abgebaut und sich der Norm der Selbstbestimmung angenähert werden. Somit ist den partizipatorischen Theorien die Forderung gemein, den Kern von Demokratie – nämlich die Selbstbestimmung des Volkes – nicht außer Acht zu lassen (Pelinka, 1976: 38), ohne das eine Abschaffung aller repräsentativen Institutionen gefordert würde.

Die partizipatorischen Theorien verstehen sich folglich als *kritische Gegenentwürfe* zu einem Zustand, der als Mangel von Beteiligungschancen wahrgenommen wird. Gleichsam reflektieren sie die zunehmende Forderung nach mehr Partizipation in westlichen Demokratien seit den 1960er Jahren (Schmidt 2010: 236, von Alemann, 1978: 36). Die kritische Opposition zu den realistischen oder liberalen Demokratietheorien, welche eine von Eliten geprägte repräsentative Demokratie favorisieren, nimmt in zentralen Arbeiten einen prominenten Platz ein (u.a. Barber, 1994; Pateman, 1970). Obgleich nur die wenigsten Autoren für eine radikale bzw. ausschließlich direkte Demokratie eintreten, sind sie sich doch darin einig, dass die alleinige Existenz repräsentativer Institutionen nicht ausreicht und um direktdemokratische Elemente ergänzt werden müsse (Barber, 1994: 100; Pateman, 1970: 43; Teorell, 2006: 790; Walk, 2008: 79). Düstere Krisenszenarien zeichnend begreifen die Autoren *mehr* Partizipation als die letzte Möglichkeit etwaige Krisen überwinden zu können (Wolfe, 1986: 1).

„Wenn ich den Liberalismus für die Unzulänglichkeiten der Demokratie mitverantwortlich mache, beabsichtige ich nicht, den Liberalismus anzugreifen. Liberale Institutionen leiden unter wenig Übeln, die nicht durch eine starke Dosis Partizipation und Reaktivierung der Bürger heilbar wären.“ (Barber, 1994: 9).

Insofern wird die hier zu Beginn aufgestellte These, wonach das Eröffnen zusätzlicher Partizipationskanäle seitens der Politik als Reaktion auf die vielfach beschriebenen Krisensymptome begriffen werden kann, durch die Literatur gestützt bzw. genau so empfohlen (Zittel, 2005: 2).

Ein weiteres einendes Merkmal der partizipatorischen Demokratietheorien ist ein optimistisches, von Vernunft geprägtes Menschenbild. Während Autoren wie Barber (1988) davon ausgehen, dass die Menschen die Fähigkeit den *Ich-Denkstil* vom *Wir-Denkstil* zu unterscheiden a priori mitbringen, gehen anderen Autoren wie Warren (1992) davon aus, dass die nötigen Kompetenzen sich in Lern- und Aufklärungsprozessen einstellen werden. Unterstellt wird ein fundamentales Interesse an Politik, das Verlangen nach Selbstregierung und die entsprechende Bereitschaft Zeit dafür aufzuwenden (Waschkuhn, 1998: 27). Mit dem Menschenbild ist gleichsam ein zentraler Kritikpunkt der partizipatorischen Demokratietheorie benannt. Nicht weniger kritisch sind weitere Funktionsvoraussetzungen der partizipatorischen Demokratie. Zu nennen ist hier etwa die bereits von Rousseau formulierte Notwendigkeit einer gewissen sozialen und politischen *Gleichheit* der Bürger (Kornelius & Roth, 2004: 20). Hinzu tritt eine ganze Reihe an *kommunikativen Kompetenzen* (Schmidt, 2010: 243), die dann notwendig sind, wenn partizipative Demokratie gleichsam als diskursive Demokratie (u.a. Barber, 1994) verstanden wird. Hierzu zählt nicht zuletzt auch „die schwierige Kunst des Zuhörens“ (Barber, 1994: 170).

Soviel sei an dieser Stelle zu den generellen Charakteristika dieser Denkschule gesagt. Seit den 1960 Jahren haben zahlreiche Autoren (u.a. Bachrach & Botwinick, 1992; Barber, 1984; Gould, 1988; Macpherson, 1977; Pateman, 1970; Warren, 1992, 2001) verschiedene Varianten und Facetten einer partizipatorischen Theorie beschrieben und somit zu einem gewissen theoretischen Pluralismus beigetragen. Im Folgenden soll die jüngere Theoriegeschichte skizziert werden, um im Anschluss den für die vorliegende Studie interessanten Kern dieser Theorieschule herauszuarbeiten und empirisch überprüfbare Kategorien zu gewinnen.

3.3.1 Kleine Theoriegeschichte

Eine theoriegeschichtliche Aufarbeitung müsste konsequenterweise mit dem klassischen Fundament beginne, auf das sich eine Vielzahl moderner Theoretiker stützt. Dieses bereitet etwa Jean Jacques Rousseau und John Stuart Mill (Warren, 1993: 209f.; Wolfe, 1986: 1), welche oftmals den

theoretischen Ausgangspunkt partizipatorischer Arbeiten darstellen (u.a. Bachrach & Botwinick, 1992; Barber, 1984; Mansbridge, 1999; Pateman, 1970). Im Rahmen dieser Arbeit muss jedoch auf eine detaillierte Darstellung der klassischen Autoren verzichtet werden, weshalb die knappe Nachzeichnung der Theoriegeschichte partizipatorischer Theorien in den 1960er Jahren beginnt.²⁵

Die Blütezeit der intellektuellen Reflektionen zur partizipativen Demokratie ist eng mit den Protestbewegungen der 1960er Jahre verbunden, in der sich Studierende und Bürger in vielen Teilen der Welt gegen die bestehenden politischen Strukturen auflehnten. Insbesondere Universitäten boten zu dieser Zeit intellektuelle Rückzugsräume für Gedanken, die eine Politik der Beteiligung entwarfen. Als Wortschöpfer der „partizipativen Demokratie“ gilt Arnold Kaufmann, der 1960 erstmals in dem Aufsatz *Human Nature and Participatory Politics* prominent die Forderung nach „participatory democracy“ erhob (Hilmer, 2010: 45). Kaufmann war Teil der radikalen Studentenbewegung der Universität von Michigan, die 1962 das *Port Huron Statement* verfasste, welches den Begriff der partizipativen Demokratie in den zeitgenössischen Sprachgebrauch hob und philosophische Inspiration für die *Neue Linke Bewegung* in den USA darstellte (Mansbridge, 1999: 312).

“It [the Port Huron Statement] argued that political participation would bring people ‘out of isolation and into community’ and would encourage ‘independence, a respect for others, a sense of dignity and a willingness to accept social responsibility.’ “ (Mansbridge, 1999: 321, zitiert aus dem *Port Huron Statement*)

Während das *Port Huron Statment* vergleichsweise konkret benennt, welche demokratiefördernden Effekte von politischer Partizipation ausgehen können, bleibt Kaufman hier kryptisch, obgleich er keinen Zweifel daran lässt, dass Partizipation Großes vollbringen kann.

„Evidently influenced by John Dewey, C. Wright Mills, and Paul Goodman, Kaufman argues that the benefit of participatory politics is ‘the contribution it can make to the development of human powers of thought, feeling, and action.’” (Hilmer, 2010: 45)

Zehn Jahre nach der Wortschöpfung Kaufmans veröffentlichte Carole Pateman (1970) das wohl einflussreichste Werk dieser Denkschule. In *Participation and Democratic Theory* entwirft sie – ausgehend von Rousseau, Mills und Cole und im Kontrast zu elitären (Schumpeter) und pluralistischen (Dahl) Theoretikern ihre Theorie der partizipativen Demokratie (Hilmer, 2010: 45). Klarer als

²⁵ Für eine detaillierte Nachzeichnung der klassischen Wurzeln der partizipatorischen Demokratietheorie siehe auch Mansbridge (1999: 293ff.), Pateman (1970: 22ff.) oder Bachrach und Botwinick (1992: 19ff.).

Kaufman benennt Pateman vier potenzielle Effekte, die Partizipation hervorbringen kann: *Politische Selbstwirksamkeit*, *Kooperationsinn*, *vermehrte Akzeptanz von Entscheidungen* und die *Entwicklung eines demokratischen Charakters*, welcher sich in der Form von vermehrter Autonomie und der Resistenz gegen autoritäre Hierarchien ausdrücke (Pateman, 1970: 42ff.). Patemans Arbeit hat nicht primär das Politische- bzw. das Regierungssystem im Blick, sondern konzentriert sich vor allem auf den industriellen Sektor (Pateman, 1970: 45ff.). Hier ließen sich die Fähigkeiten erlernen, welche man zur Partizipation auf den regierungspolitischen Ebenen benötige (Hilmer, 2010: 46; Mansbridge, 1999: 31). Die Hauptfunktion von Partizipation ist daher in der demokratischen Erziehung auszumachen, welche gleichsam ein autopoetisches Element bereitstellt.

“The major function of participation in the theory of participatory democracy is therefore an educative one, educative in the very widest sense, including both the psychological aspects and the gaining of practice in democratic skills and procedures. Thus there is no special problem about stability of a participatory system; it is self-sustaining through the educative impact of the participatory process.” (Pateman, 1970: 42)

Empirisch betrachtet Pateman das Beispiel selbstverwalteter Arbeitskontexte in Jugoslawien. Auch wenn die empirischen Schlüsse vage bleiben, zeigt Patemans Studie die potenziellen sozialen-, politischen- und ökonomischen Vorteile partizipatorischer Demokratie, die sich in partizipativ ausgestalteten Systemen – hier dem Arbeitsplatz – einstellen können (Hilmer, 2010: 46). Die zentrale These, die Pateman – rekurrierend auf Rousseau – formuliert, ist die Verbindung zwischen der Ausgestaltung von Institutionen und den Eigenschaften der von ihnen umgebenen Individuen (Pateman, 1970: 22).

Crawford Brough Macpherson (1977) liefert sieben Jahre nach Patemans Arbeit den Versuch, einem partizipatorischen System Strukturen zu geben. Während sich Pateman vor allem auf die partizipatorischen Entwicklungsprozesse konzentriert, interessiert Macpherson sich für die Frage, wie man bestehende politische Institutionen demokratisieren – sprich für mehr Partizipation öffnen – könne, um den besagten Entwicklungen zur Geltung zu verhelfen (Hilmer, 2010: 46). Seine Antwort besteht aus einer Mischform von repräsentativen und direktdemokratischen Elementen. „There will have to be some kind of representative system, not completely direct democracy.“ (Macpherson, 1977: 95). Genauer entwirft er eine pyramidenförmige Struktur an deren Basis direktdemokratische Mechanismen existieren und delegierende Repräsentation auf den darüber liegenden Ebenen (Macpherson, 1977: 106). Auch wenn Macpherson nicht absolut von der Funktionsfähigkeit seiner Idee überzeugt ist, ist er doch optimistisch, dass ein derart strukturierter System einen demokratischen Fortschritt darstellt. „This may seem a far cry from democratic

control. But I think it is the best we can do.” (Macpherson, 1977: 109). Dieser Optimismus speist sich aus der direktdemokratischen Basis des Pyramidenmodells, welche den Bürgern in ihren lokalen Gemeinschaften und am Arbeitsplatz die Möglichkeit gebe, auch die darüber liegenden Ebenen zu kontrollieren, da die Delegierten direkt von den Bürgern beauftragt werden (Hilmer, 2010: 47). Somit sei ein Kerngedanke der partizipatorischen Demokratie verwirklicht: direkte Partizipation in der lokalen Gemeinde und am Arbeitsplatz, bei gleichzeitiger Integration politischer Parteien und Berufspolitiker in die Basis der Pyramide (Hilmer, 2010: 47).

Die bislang umfangreichste Arbeit lieferte Benjamin Barber (1984) mit *Strong Democracy*. Umfangreich ist Barbers Werk in mehrerlei Hinsicht. Seine Ausführungen übersteigen mit über 300 Seiten die bisher illustrierten Arbeiten um ein vielfaches. Zudem beeindruckt seine Argumentation sowohl auf einer theoretischen, als auch auf der praktischen Reform-Ebene. Schließlich liefert Barber die weitestgehende Vision einer partizipatorischen Demokratie, die sich nicht auf das politische System, die Gemeinde oder den Arbeitsplatz beschränkt, sondern die Gesellschaft als Ganzes einnimmt (Hilmer, 2010: 48). Die visionäre Komponente erschließt sich nicht zuletzt aus dem Untertitel der englischen Erstausgabe: „Participatory Politics for a new Age“ (Barber, 1984: Titel).

Die Entwicklung der partizipatorischen Demokratie von Barber erfolgt in drei Schritten. Im ersten Schritt liefert er unter der Überschrift „Magere Demokratie“ eine düstere Krisendiagnose moderner westlicher Demokratien. Diese Krise führt er auf das elitäre Denken der liberalen Tradition zurück, deren Institutionen die Beteiligung der Bürger ausgetrocknet hätten (Buchstein & Pohl, 2006: 284; Waschkuhn, 1998: 103). Im zweiten Teil wendet sich Barber der *Starken Demokratie* zu, welche „der Idee einer sich selbst regierenden Gemeinschaft von Bürgern verpflichtet“ ist (Waschkuhn, 1998: 103).

„Sie [die starke Demokratie] lässt sich formal definieren als partizipatorische Politik, wobei Uneinigkeit bei Fehlen eines unabhängigen Grundes durch Teilhabe an einem Prozeß fortwährender, direkter Selbstgesetzgebung und durch die Schaffung einer politischen Gemeinschaft aufgelöst wird, die es vermag, abhängige, private Individuen in freie Bürger und partikulare wie private Interessen in öffentliche Güter verwandeln.“ (Barber, 1994: 120f.)

Es wird deutlich, dass Barber dem Partizipationsprozess einiges zutraut. Genauer ist es das politische Gespräch, welches sowohl Reden, Zuhören und Schweigen beinhaltet und für Barber von zentraler Wichtigkeit ist (Barber, 1994: 168ff.). Eine *starke Demokratie* ist gleichsam eine diskursive – eine deliberative – Demokratie (Waschkuhn, 1998: 104). Erst über das fortwährende politische Gespräch sind Konsens, Vergemeinschaftung und Toleranz zu erreichen (Barber, 1994: 174).

Ähnlich wie Pateman (1970) attestiert auch Barber dem diskursiven Partizipationsprozess eine selbsterzieherische Wirkung (Wolfe, 1986: 13), die letztlich genau das hervorbringe, was seine starke Demokratie benötige. „[N]ach dem Motto: Demokratie erzeugt Demokratie“ (Waschkuhn, 1998: 106).²⁶

Im letzten Kapitel wendet sich Barber schließlich einer konkreten Reformagenda zu und erläutert zwölf institutionelle Reformvorschläge (Barber, 1994: 241 ff.), welche es in jener vorgeschlagenen Reihenfolge umzusetzen gelte (Buchstein & Pohl, 2006: 286).²⁷ Barber geht es darum, eine „unrealistische Überbeanspruchung der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden und ihnen zugleich eine Chance zu geben, wenigstens eine Zeit lang an zumindest einigen öffentlichen Angelegenheiten teilzuhaben.“ (Buchstein & Pohl, 2006: 286). Obgleich Barber im ersten Teil seiner Arbeit recht schonungslos mit der liberalen Tradition umgeht, zeugen seine Reformvorschläge davon, dass er letztlich nicht darauf bedacht ist, die repräsentativen Institutionen gänzlich aufzulösen, sondern diese lediglich um partizipative Institutionen zu ergänzen.²⁸

Auch wenn Autoren wie Carol Gould (1988) die umfangreiche Perspektive Barbers fortsetzten, indem sie ein fundamentales *Neudenken von Demokratie* beschrieben, in dem demokratische Entscheidungsfindungsprozesse sich nicht auf die politische Sphäre beschränken, sondern auch auf die ökonomische- und soziale Sphäre ausgeweitet werden sollten (Gould, 1988: 1)²⁹, verlor die US-amerikanische Politikwissenschaft ab Mitte der 1980er Jahre zunehmend das Interesse an der progressiven Strömung (Hilmer, 2010: 48).³⁰ Peter Bachrach und Aryeh Botwinick (1992) erkannten diesen Trend und versuchten in ihrem Buch *Power and Empowerment* eine Restaurierung der partizipatorischen Theorie. Dabei blieben sie jedoch hinter den umfangreichen Arbeiten von Barber (1984) oder Gould (1988) zurück, indem sie partizipatorische Demokratie – ähnlich wie Pateman (1970) – vor allem im ökonomischen Sektor etablieren wollten (Hilmer, 2010: 48). Bachrach und Botwinick fügten der Debatte jedoch auch eine interessante Perspektive hinzu,

²⁶ Während Barber (1994) dem kommunikativen Prozess – genauer dem politischen Sprechen, -Zuhören und -Schweigen (Barber, 1994: 168 ff.) – ausführlich Beachtung schenkt, wird er bei anderen Autoren (u.a. Pateman, 1970; Bachrach & Botwinick, 1992; Macpherson, 1977) stiefmütterlich oder gar nicht betrachtet. Barbers Arbeit weist daher durchaus theoretische Nähe zu deliberativen Theorien (u.a. Habermas, 1992) auf.

²⁷ Interessant ist hierbei, dass Barber bereits Mitte der 1980er Jahre die Potenziale technischer Informations- und Kommunikationsmedien reflektierte (Barber, 1994: 241 ff.).

²⁸ Diese realistische Abschwächung seiner Theorie legt ihm etwa Waschkuhn (1998: 106) als „Angst vor der eigenen (demokratietheoretischen) Courage“ aus. Waschkuhn kritisiert Barber zudem dahingehend, dass einige seiner Äußerungen „ambivalent, wenn nicht kontradiktorisch“ (Waschkuhn, 1998: 107) seien, da er einerseits die liberale Tradition im ersten Teil scharf kritisiert und schließlich im Reformteil (Teil III.) sehr restriktiv bleibe.

²⁹ „This book proposes a fundamental rethinking of theory of democracy. It presents the philosophical foundations of a theory that argues that democratic decisions-making not only should apply to politics but should extended to economic and social life as well.“ (Gould, 1998: 1).

³⁰ Hilmer (2010: 51 ff.) führt diesen Rückgang nicht zuletzt auf immer stärker in die Debatte rückende deliberativen Demokratietheorien zurück. Die seit den 1980er Jahren populäre Strömung habe die partizipatorische Theorie mehr oder weniger ersetzt, was auf eine – für Hilmer nicht unproblematische – Gleichsetzung bzw. Vermischung der beiden Denkschulen zurückzuführen sei. Hilmer recurriert dabei ausschließlich auf die US-amerikanische Debatte.

indem sie den Schlüssel für eine Wiederbelebung der partizipatorischen Demokratie in der marxistischen Idee des Klassenkampfes – als Treiber des sozialen Wandels – verorten (Bachrach & Botwinick, 1992: X im Vorwort). Demnach müsse es gelingen, der arbeitenden Klasse vor Augen zu führen, dass ihre Interessen mitnichten mit denen der regierenden Klasse übereinstimmen, um so den sozialen Wandel hin zu einer partizipativen Gesellschaft anzustoßen.

3.3.2 Das gemeinsame Vertrauen in den Partizipationsprozess

Nach der holzschnittartigen Nachzeichnung der Theoriegeschichte gilt es nun, den für diese Arbeit relevanten Kern der partizipatorischen Demokratietheorien freizulegen. Gemeinsam sind den skizzierten Arbeiten neben einem *klassisches Demokratie- und Legitimitätsverständnis*, der *Kritik am bestehenden demokratischen System* und einem *optimistisches Menschenbild*, das Vertrauen darauf, dass der Partizipationsprozess nicht spurlos an den Partizipierenden vorübergeht. Die Forderung, dass Bürger mehr direkte Entscheidungskompetenzen haben sollten, untermauern Partizipationstheoretiker unter anderem argumentativ damit, dass politische Beteiligung zu erstrebenswerten persönlichen und sozialen Auswirkungen führe (Gabriel, 1991: 336; Steinbrecher, 2009: 35; Toerell 2006: 794; Warren, 1992: 8), die in repräsentativen Demokratien nicht in dieser Form erreicht würden. Diese Auswirkungen hätten wiederum funktionale Spill-Over-Effekte auf die Demokratie an sich und wirken alles in allem demokratiefördernd.

„Apart from their focus on direct decision making, the distinguishing feature of participatory democrats is their argument that this kind of participation fosters desirable personal and social qualities in democratic citizens. [...] Pateman (1970: 42) argues that: ‘One might characterize the participatory model as one where maximum input (participation) is required and where output includes not just policies (decisions) but also the development of the social and political capacities of each individual, so that there is “feedback” from output to input.’ Thus, selfrealization or self-development is the primary consequentialist criterion proffered by participatory democrats [...]” (Teorell, 2006: 794f.)

Die für diese Arbeit wichtigste Gemeinsamkeit partizipatorischer Theorien ist das Vertrauen auf jene Auswirkungen, die hier unter dem Begriff der *demokratiefördernden Effekte* zusammengefasst werden sollen (siehe 3.4). In ihnen liegen empirisch überprüfbare Thesen, mit denen sich partizipative Prozesse auf der individuellen Einstellungsebene evaluieren lassen.

Die *demokratiefördernden Effekte* beinhalten all jene Einstellungen, Gefühle, Entwicklungs- und Lernprozesse, welche sich laut den Partizipationstheoretikern in einem partizipatorischen System einstellen sollen. Beispielsweise sind hier die vier Effekte zu nennen, die Pateman (1970: 42ff.)

herausarbeitet. Ein partizipatorisch ausgestaltetes System führe demnach zu mehr *Politischer Selbstwirksamkeit, Kooperationsinn im Sinne von Gemeinwohlorientierung, vermehrter Akzeptanz und zur Entwicklung eines demokratischen Charakters*. Auch für Barber (1994: 120f.) besteht kein Zweifel daran, dass der partizipative Prozess *Konsens, Toleranz* und somit letztlich *Vergemeinschaftung* zu stiften vermag. Ebenso Walk (2008), der deutlich macht, dass der Mechanismus der Partizipation zahlreiche Funktionen übernimmt. Partizipation diene demnach „als Interessenfindung, Interessenäußerung, Interessenausgleich, Kommunikation, als wechselseitige Bildung und als Mittel der Verständigung und Einigung“ (Walk, 2008: 79). Eine Zusammenfassung all dieser Thesen findet sich in der von Warren (1992) formulierten Idee der *Self-Transformation*, die besagt, dass „Bürger im Prozess der Beteiligung, Aussprache und öffentlichen Willensbildung zum verantwortungsbewussten Staatsbürger“ (Schmidt, 2010: 241) reifen.

Hinter dieser Argumentation steht die zentrale These der partizipatorischen Demokratietheorien, dass die Bürger einer politischen Gemeinschaft und die Institutionen, von denen sie umgeben sind, nicht getrennt voneinander betrachtet werden können (Walk, 2008: 79). Es wird eine Beziehung zwischen der Ausgestaltung der Institutionen und den persönlichen Eigenschaften und Einstellungen des Individuums postuliert. Der Vater dieses Gedankens und klassischer Referenzpunkt ist kein geringerer als Jean-Jacques Rousseau.

„Rousseau’s entire political theory hinges on the individual participation of each citizen in political decision making and in his theory participation is very much more than a protective adjunct to a set of institutional arrangements; it also has a psychological effect on the participants, ensuring that there is a continuing interrelationship between the working of institutions and the psychological qualities and attitudes of individuals interacting within them.” (Pateman, 1970: 22).

Diese behaupteten Effekte sind gleichsam eine zentrale Begründung für die Forderungen nach mehr Partizipation: “The human results that accrue through the participatory process provide an important justification for a participatory system” (Pateman, 1970: 25). Das zentrale Argument für mehr Partizipation, konkretisiert sich somit in jenen proklamierten demokratiefördernden Effekten, welche sich durch Partizipation einstellen sollen. Jene Effekte stellen gleichsam das autopoietische Element partizipatorischer Systeme bereit, welche die Eigenschaften die es benötigt selbst hervorbringt und reproduziert (kritisch hierzu Wolfe, 1986).

“Once the participatory system is established, and this is a point of major importance, it becomes self-sustaining because the very qualities that are required of individuals if the system is to work successfully are those that the process of participation itself develops and fosters; the more the individual citizen participate the better able he is to do so.” (Pateman, 1970: 25).

3.4 Funktionen und Effekte politischer Partizipation

Zum Ende dieses Kapitels richtet sich der Blick nun auf die *demokratiefördernden Effekte* von Partizipation. Auch wenn einige Autoren recht unklar darüber Auskunft geben, was nun genau die der Demokratie zuträglichen Folgen von Partizipation seien – so etwas Kaufman (1969: 184) „the development of human powers of thought, feeling, and action” – lässt sich mit einem suchenden Blick in die Literatur ein recht konstanter Kanon an *Funktionen* und *Effekten* von Partizipation erkennen. *Funktionen* bezeichnen hierbei theoretisch skizzierte Auswirkungen von Partizipation, welche auf der *Aggregat-Ebene* funktional sind. Beispielsweise Legitimität, die aus dem Partizipationsprozess hervorgeht. Dahingegen sind *Effekte* hier als die Auswirkungen definiert, welche sich durch Partizipation beim Individuum einstellen. Sie sind somit auf der *Individual-Ebene* angesiedelt. Die Wahl der Begrifflichkeiten *Funktion* oder *Effekt* hängt somit von der eingenommenen analytischen Perspektive ab. Sie beschreiben letztlich jedoch dasselbe, da sich etwa das Gefühl der Legitimität erst beim Individuum einstellen muss, um letztlich Funktionalität auf der Aggregat-Ebene zu entfalten. Die Identität von Effekten und Funktionen manifestiert sich auch in der These der Autopoiesis partizipatorischer Systeme (Waschkuhn, 1998: 107). Sobald das partizipatorische System einmal etabliert ist, generiert es die individuellen Effekte, welche das System funktionieren lassen (Pateman, 1970: 25). In der vorliegenden Arbeit rücken diese demokratiefördernden Effekte in den Vordergrund, da diese einer individuellen Befragung zugänglich sind. Sie stellen die *abhängige Variable* der Untersuchung da, die es im Folgenden zu systematisieren gilt.³¹

Ein Ziel dieser Arbeit ist es, die aus partizipatorischen Demokratietheorien ableitbaren demokratiefördernden Effekte empirisch auf der individuellen Ebene zu prüfen. Somit schickt sich diese Arbeit an, die etwa von Mansbridge (1999: 291) formulierte These „that Participation make better citizens“ kritisch zu hinterfragen. Obgleich die Partizipationsforschung durchaus normativ motivierte Fragen formuliert, wenn sie die Formen, Voraussetzungen und Auswirkungen politischer Beteiligung in den Blick nimmt, sind die normativen Thesen der partizipatorischen Demokratietheorie bislang selten empirisch erforscht worden.

“The study of mass political participation has grown into one of the most important subfields of political science. [...] Although usually inspired by normative concerns, however, the field remains surprisingly loosely coupled to normative theories of democracy.” (Teorell, 2006: 787)

³¹ Die von den partizipatorischen Demokratien benannten demokratiefördernden Effekte zielen dabei primär auf Wirkungen politischer Beteiligung auf das Individuum. Der methodischen Diskussion in 5.5 vorgreifend sei darauf hingewiesen, dass die theoretische Konzeptionalisierung damit ein longitudinales Design nahelegt, um tatsächliche Wirkungen zu messen. Dies konnte im Rahmen dieser Studie jedoch nicht umgesetzt werden. In der hier erfolgten Querschnittsstudie konnte demnach nur die ‚Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten‘ erhoben, kausale Wirkungen jedoch nicht gemessen werden.

Die normative Demokratietheorie ist dabei in zweierlei Hinsicht von enormem Wert für die empirische Partizipationsforschung. Zum einen zeigt sie die Fragen auf, die in der empirischen Forschung gestellt werden müssen, zum anderen stellt sie Bewertungsstandards bereit, auf die sich die empirische Forschung beziehen kann (Teorell, 2006: 788).

Die demokratiefördernden Effekte werden wiederholt, wenn auch nicht immer definitorisch klar in der theoretischen Literatur benannt und sollen hier abschließend zusammengefasst werden. Zum einen benennt die Literatur zur partizipatorischen Demokratietheorie eine Reihe von Effekten, die dem von Warren (1992) beschriebenen Prozess der Self-Transformation zuzuordnen sind und sich der Theorie nach durch den Prozess der Partizipation beim Individuum einstellen sollen. Um den Prozess jedoch ganzheitlich betrachten zu können, müssen die vorgelagerten Voraussetzungen für diese Transformationseffekte berücksichtigt werden. Zu diesen Voraussetzungen zählt etwa das subjektive Gefühl, dass ein politisches System einen gewissen Grad an Responsivität aufweist und artikulierte Interessen potenziell Einfluss entwickeln können. Diese ‚vorgelagerten Effekte‘ beschreiben in erster Linie das subjektive Bild, welches die Bürger vom partizipatorischen System haben. Sie werden strenggenommen so nicht von der partizipatorischen Theorie formuliert, sondern sind viel mehr implizit gedachte Voraussetzungen. Die katalogische Darstellung beginnt mit den Voraussetzungseffekten (1-5) und geht dann zu den Transformationseffekten (6-13) über.

- 1) *Individuelle Präferenzartikulation*: Die hier zugrundegelegte Definition von Partizipation (siehe 3.1) verdeutlicht, dass Partizipation als ein Akt verstanden werden kann, durch den Bürger versuchen, das politische System für ihre Interessen zu sensibilisieren (Steinbrecher, 2009: 33f.; Teorell, 2006: 789). Empirisch konkretisiert sich dieser Effekt in der Frage, ob die Bürger das Gefühl haben, dass ihre Präferenzen über den entsprechenden Partizipationskanal – hier onlinegestützte Bürgerhaushalte – gehört werden und potenziell zur Umsetzung gelangen könnten (Steinbrecher, 2009: 36; Teorell, 2006: 792; Gabriel, 1991: 332).
- 2) *Faire Präferenzartikulation*: Weitgehende soziale und politische Gleichheit zwischen den Beteiligten ist eine wesentliche Funktionsvoraussetzung partizipatorischer Demokratie (Kornelius & Roth, 2004: 20). Neben der individuellen Präferenzartikulation ist somit relevant, ob die Beteiligten den Eindruck haben, dass alle Ideen und Interessen gleichberechtigt nebeneinander stehen und keine Bevorzugung – etwa von Eliten – stattfindet, die zu einer Verzerrung der Präferenzartikulation führen würde (Teorell, 2006: 792; Gabriel, 1991: 332).

- 3) *Kollektive Einflussnahme auf Politik*: Ein weiterer Effekt konkretisiert sich in der Frage, ob die Partizipierenden das Gefühl haben, gemeinsam als Bürger tatsächlich einen Einfluss auf Politik nehmen zu können. Denn letztlich verpuffen die Potenziale politischer Partizipation, wenn jegliche Inputs – gefühlt oder tatsächlich – ohne Wirkung bleiben (Toerell, 2006: 794).
- 4) *Transparenz*: Die Offenheit politischer Systeme und die damit einhergehende politische Beteiligung möglichst vieler an möglichst vielem führt zu mehr Transparenz (Kornelius & Roth, 2004: 20). Es liegt auf der Hand, dass politische Beteiligung Einblicke in den politischen Prozess ermöglichen sollte. Nur wer weiß, um was es geht, welche Optionen möglich und welche unmöglich sind, wird politische Entscheidungen beeinflussen können. Partizipierende sollten also den Eindruck haben, dass ihnen alle relevanten Informationen und Option vorgelegt wurden.
- 5) *Kontrolle*: Erweiterte Partizipation trägt zur Herstellung von Öffentlichkeit bei und erschwert somit Manipulationen im Schatten der Intransparenz (Hollihn, 1978: 22). Somit stellt sich die Frage, ob die Partizipierenden den subjektiven Eindruck haben, dass sie durch die Eröffnung zusätzlicher Partizipationskanäle besser nachvollziehen und kontrollieren können, was politisch diskutiert und eventuell entschieden wird.
- 6) *Politische Selbstwirksamkeit*: Vor allem Pateman (1970: 45ff.) hat den Transformationseffekt der *political efficacy* hervorgehoben. Er wird gemeinhin als das Gefühl beschrieben, dass persönliches politisches Engagement einen – mindestens potenziellen – Einfluss auf den politischen Prozess nimmt (Pateman, 1970: 46). Dabei ist es freilich schwer zu sagen, ob politische Partizipation zu politischer Selbstwirksamkeit führt, oder politische Selbstwirksamkeit zu politischer Partizipation (Walk, 2009: 35; Pateman, 1970: 46). Empirisch erhärtet ist in jedem Fall ein positiver Zusammenhang dieser beiden Variablen (Pateman, 1970: 46; Almond & Verba, 1963: 140ff.).
- 7) *Wissenszuwachs*: Dass Partizipation zu einem Zuwachs von Wissen bei den Partizipierenden führt, ist ein weiterer formulierter Effekt politischer Partizipation (Warren, 1992: 8). Auch die Untersuchung von Parry et al. (1992: 286ff.) deutet darauf hin, dass politische Beteiligung zu einem höheren Wissensniveau über Politik führt. Partizipierende müssten folglich nach der Teilnahme an einem partizipativen Prozess neues Wissen über die Materie aber auch über den politischen Prozess an sich erworben haben (Steinbrecher, 2009: 35).
- 8) *Gemeinwohlorientierung*: Ein weiterer oftmals behaupteter Effekt von Partizipation ist die Orientierung der partizipierenden Bürger hin zum Gemeinwohl (Schmidt, 2010: 241; Steinbrecher,

2009: 34f.; von Alemann & Strünck, 1999: 116; Walk, 2008: 79). Die These der Partizipationstheoretiker ist, dass partizipatorische Politik in der Lage sei, partikulare Interessen in gemeinschaftliche Interessen umzuwandeln (Barber, 1994: 120f.). Bürger seien in der Lage, den Ich-Denkstil vom Wir-Denkstil zu unterscheiden (Barber, 1988: 210) und würden entsprechend das Gemeinwohl im Partizipationsprozess fokussieren. Diese Gemeinwohlorientierung führt konsequenterweise zu einer stärkeren gesellschaftlichen Integration (Pateman, 1970: 63) und Identifikation mit der politischen Gemeinschaft (Steinbrecher, 2009: 34).

- 9) *Stärkung der Legitimität*: Dass erst eine partizipatorisch ausgestaltete Politik tatsächliche Legitimität erzeuge, ist eines der zentralen Argumente der Partizipationstheoretiker (Teorell: 2006: 796; von Alemann & Strünck, 1999: 115); Walk, 2008: 98;). Entscheidungen sind folglich nur dann legitim, wenn sie den Willen der politischen Gemeinschaft reflektieren (Wiesendahl, 1981: 104) und dies sei wohl am besten möglich, wenn die Gemeinschaft selbst diskutiert, welchen Regeln sie sich unterwerfen wolle. Insbesondere Habermas (1992) hat diesen Aspekt immer wieder betont und die Legitimität von Normen an die rationale Übereinkunft durch vernünftige Kommunikation geknüpft. Für Habermas ist Kommunikation der zentrale Mechanismus für soziale Integration, politischen Interessenausgleich und Legitimität (Albrecht, 2010: 9). „Gültig sind genau die Handlungsnormen, denen alle möglicherweise Betroffenen als Teilnehmer an rationalen Diskursen zustimmen können“ (Habermas, 1992: 138).³²
- 10) *Besser informierte Entscheidungen*: Der zentrale Gedanke hinter diesem Effekt geht davon aus, dass eine unaufgeregte politische Diskussion letztlich zu besser informierten Entscheidungen führt (Fishkin 1991: 1). Durch die Erweiterung des Kreises der an der Entscheidung beteiligten Individuen werden mehr Ideen und Informationen in den Entscheidungsprozess eingespeist, was letztlich zu einer besser informierten Entscheidung führt (Hollihn, 1978: 18). Um diesen Effekt auf der Individualebene nachweisen zu können, müssten Partizipierende den Eindruck haben, dass die im Partizipationsprozess aggregierten Information eine bessere Entscheidung ermöglichen, als es ohne die partizipativen Inputs der Fall gewesen wäre.
- 11) *Anstieg von Akzeptanz*: Eine wesentliche Intention bei der Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten ist die Steigerung der Akzeptanz für die getroffenen Entscheidung (Feick, 2007: 224). Auch die Partizipationstheoretiker führen dieses Argument immer wieder ins Feld, wenn sie behaupten, dass Partizipation – und hier insbesondere der deliberative Modus – dazu führe, dass die politischen Entscheidungen mehr Akzeptanz von den Beteiligten erwarten können (Mansbridge, 1999: 314; Pateman, 1970: 43, 63; Toerell 2006: 797). Die Trennung von der

³² Für eine detaillierte Nachzeichnung der deliberativen Argumentation siehe auch Lösch (2005).

stärkeren Legitimität ist hier freilich nicht scharf. Vielmehr liegen diese beiden Effekte eng beinander, denn es scheint plausibel anzunehmen, dass wenn eine Norm als legitim anerkannt wird, diese gleichermaßen akzeptiert und entsprechend befolgt wird.

- 12) *Toleranz*: Weiterhin wird in der Literatur oftmals ausgeführt, dass sich partizipative Politik positiv auf die Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Sichtweisen auswirkt (Barber, 1994: 171; Warren, 1993: 209; Warren; 1992: 8). Insbesondere Barber (1994) führt explizit aus, dass über die Kunst des gegenseitigen und einfühlsamen Zuhörens Toleranz für die Sichtweise des Anderen entsteht. „Der einfühlsame Zuhörer wird seinem Gesprächspartner ähnlicher, während beide ihre Unterschiedlichkeit durch gegenseitiges Verstehen überbrücken.“ (Barber, 1994: 171).
- 13) *Prüfung der eigenen Interessen*: Schließlich führen Partizipationstheoretiker an, dass der partizipative Prozess die Bürger darin unterstütze, sich ihrer eigenen Präferenz und Interessen klar zu werden (Kornelius & Roth, 2004: 20). Diese These fußt auf der Auffassung, dass Interessen und Präferenzen sozial-diskursiv konstruiert und nicht – wie es etwa liberale Demokratietheoretiker zeichnen – a priori vorgegeben sind (Dahlberg, 2011: 860; von Alemann & Strünck, 1999: 115f.; Warren, 1993: 216).³³ Im deliberativen „Prozess erwerben Bürger mehr Wissen und mehr Sensibilität für eigene und fremde Interessen und somit Verantwortung für das Gemeinwesen.“ (Kornelius & Roth, 2004: 21). Auch hier wird deutlich, wie eng die verschiedenen Effekte miteinander verknüpft sind und sich wechselseitig bedingen.

³³ Insbesondere Habermas hat diesen These immer wieder – psychologisch fundiert – unterstrichen, um die „Kraft“ von Diskursen zu untermauern (dazu Warren, 1993: 216ff.).

3.5 Empirische Partizipationsforschung

Nachdem im vorherigen Abschnitt ein umfangreicher Katalog an demokratiefördernden Effekten erstellt wurde, gilt es in einem nächsten Schritt Faktoren zu identifizieren, die die Zustimmung zu diesen Effekten beeinflussen könnten.

Erste Hinweise für etwaige Erklärungsfaktoren können dabei aus bisherigen Ergebnissen der empirischen Partizipationsforschung gezogen werden. Diese beschäftigt sich vornehmlich mit der Frage: „Wie, warum und mit welchem Effekt beteiligen sich Menschen an Politik?“ (Milbrath & Goel, 1977: 34). Unter dieser Leitfrage eröffnet sich ein Forschungsfeld, das seinen Ursprung in der Mitte des 20. Jahrhunderts hat und unter anderem durch Repräsentanten wie Allmond und Verba (1963)³⁴, Milbreth und Goel (1977)³⁵ und Barnes und Kaase (1979)³⁶ geprägt wurde. Im deutschsprachigen Raum sind hier vor allem Uhlinger (1988), der das Partizipationsverhalten der Bundesrepublik erstmals in verschiedene Dimensionen aufteilte und Gabriel (1997), der das partizipative Verhalten der Bürger in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung betrachtete, zu nennen.

Die empirische Partizipationsforschung machte es sich zur Aufgabe, Hinweise für die Formen, Voraussetzungen und Auswirkungen politischer Beteiligung erstmalig empirisch zu erforschen. (Schmidt, 2010: 246). Als theoretische Grundlage hierfür dienten beteiligungszentrierte Demokratietheorien, deren Leistungsfähigkeit es empirisch zu überprüfen galt (Schmidt, 2010, 244). So konnten im Rahmen dieser Forschung beispielsweise Faktoren identifiziert werden, die erklären, warum sich ein Bürger politisch beteiligt. Wenn man die Annahme trifft, dass diese Faktoren nicht nur einen Einfluss darauf haben, warum jemand sich politisch beteiligt, sondern auch darauf, wie er sein Beteiligungsverhalten anschließend bewertet, können die Ergebnisse der empirischen Partizipationsforschung für die folgende Studie nutzbar gemacht werden.

³⁴ Eine der ersten Studien zum politischen Verhalten führten Allmond und Verba 1963 mit ihrer Studie *The Civic Culture* durch. Als besonders prägend für die weitere Partizipationsforschung galt hier der Begriff der politischen Kultur: „The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation“ (Allmond& Verba, 1963: 14 f.).

³⁵ Milbreth und Goel (1977: 12) teilten den Partizipatorischen Raum in sechs Formen der politischen Aktivität: Zum einen Wählen, Partei- und Wahlkampfarbeit, Gemeindeaktivitäten (im Sinne einer Gemeinwohlorientierung; Lösungsbeschlüsse in der Gruppe erüieren, etc.), Kontaktaktivitäten (Kontaktierung von Repräsentanten des politischen Systems, bzw. Verwaltung), Protestaktivitäten (Teilnahme an Demonstrationen, etc.) und kommunikative Aktivitäten (Schreiben von Leserbriefen, Teilnahme an politischen Diskussionen).

³⁶ In ihrer Studie *Political Action* (1979) nahmen die Forscher eine dichotome Einordnung der Partizipationsformen vor, in eine konventionelle (Teilhabe an politischen Diskussionen oder Wahlen) und eine unkonventionelle (Teilnahme an Demonstrationen oder Boykotten).

Dabei muss beachtet werden, dass die Untersuchung von Bürgerhaushalten bezüglich der ‚demokratischen Güte‘ aus Sicht der Bürger so noch nicht geleistet wurde (Kubicek et. al, 2011:13). Die Auswahl der folgenden Faktoren weist daher einen exploratorischen Charakter auf.

3.5.1 Bewertung der demokratiefördernden Effekte

Im Folgenden werden einzelnen Faktoren für die die empirische Partizipationsforschung einen Einfluss auf das Partizipationsverhalten von Bürgern vermutet benannt und erläutert, wie und warum diese für die vorliegende Studie nutzbar gemacht werden können.

1) *Politisches Interesse*: Für eine funktionierende Demokratie sind politisch interessierte Bürger eine notwendige Voraussetzung, denn das politische Interesse gilt nicht nur als Voraussetzung für die politische Stabilität eines Landes, sondern beeinflusst auch die aktive Teilhabe eines Bürgers. Kornelius und Roth (2004: 117) konstatieren in ihrer Studie: „Je größer das politische Interesse, desto aktiver das Partizipationsverhalten“.

Das politische Interesse ist jedoch nicht bei jedem Bürger gleich stark ausgeprägt. Oft ist das Interesse für Politik ein selektiver Prozess, denn viele beschaffen sich nur dann politische Informationen, wenn sie eine Sache für wichtig halten. Gabriel stellt gleichsam fest: „Je stärker eine Person an einer bestimmten Angelegenheit Anteil nimmt, desto eher nimmt sie Informationen über die Sache auf und versteht diese“ (Gabriel, 2005:475). Einhergehend mit einem höheren Interesse für bestimmte politische Belange wird die Annahme getroffen, dass damit auch die Fähigkeit eines Bürgers wächst, einen Sachgegenstand besser zu verstehen und gleichsam kritischer zu durchleuchten (Van Deth, 2004: 275).

Diese Ergebnisse der empirischen Partizipationsforschung können für die vorliegende Studie nutzbar gemacht werden. Es wird angenommen, dass je mehr sich ein Bürger für die Politik (in seiner Stadt) interessiert, desto größer ist sein Verständnis hierfür und desto kritischer bewertet er die demokratiefördernden Effekte des durch die Stadt initiierten Bürgerhaushaltes.

2) *Zufriedenheit*: Zu einer funktionierenden Demokratie gehört ein breites Einverständnis der Bevölkerung mit den Idealen, Strukturen und Verfahrensregeln, die diese Staatsordnung kennzeichnen (Kaase, 1996: 253). Diese Zufriedenheit mit den demokratischen Strukturen eines Landes wird in zahlreichen Studien als Einflussfaktor für die aktive politische Partizipation der Bürger benannt. (u.a. Barnes & Kaase, 1979; Gabriel, 1996; Kornelius & Roth, 2004): Je positiver Bürger die demokratischen Prinzipien in einem politischen Systems bewerten, desto partizipationswilliger sind sie (u.a. Westle, 1990: 417ff.; Gabriel, 2000: 40 ff.). Auch Van Deth

(2004: 29) konnte in seiner Studie *European Social Survey* feststellen, dass es, neben der persönlichen Lebenslage, auch die institutionellen Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt werden, sind, die eine zentrale Determinante für die Zufriedenheit einer Person darstellen.

In dieser Studie wird folgend davon ausgegangen, dass, einhergehend mit einer größeren Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System, die Bürger auch mit den darin verankerten Partizipationsformen bzw. dem Stellenwert von Partizipation zufriedener sind. Daher wird davon ausgegangen, dass, je zufriedener die Bürger mit ihrer Stadtpolitik sind, desto positiver bewerten sie die demokratiefördernden Effekte des Bürgerhaushaltes.

- 3) *Politisches Vertrauen*: Das Vertrauen in den politischen Apparat seitens der Staatsbürger zählt zu einer der zentralen Voraussetzungen für den Erhalt demokratischer Regierungssysteme (Van Deth, 2004: 229). In der Partizipationsforschung wird das Vertrauen in die institutionellen Strukturen ebenfalls als Einflussfaktor auf die politische Partizipation untersucht und gilt als eine starke Determinante für aktive Partizipation (u.a. Steinbrecher, 2009: 88; Putnam, 2000: 137). Vor allem bei der Teilhabe an legalen politischen Partizipationsformen – zu denen auch der Bürgerhaushalt zu zählen ist – konnte empirisch aufgezeigt werden, dass ein hoher Grad an politischer Systemunterstützung bzw. Vertrauen in die institutionellen Strukturen vorliegt (Allenspach, 2012: 180).

Diese Ergebnisse, die hier von der Partizipationsforschung formuliert worden sind, werden für die Studie zur Untersuchung der Bürgerhaushalte in den folgenden Zusammenhang gebracht: Die Zustimmung der Bürger zu den demokratiefördernden Effekte divergiert je nach geschenktem Vertrauen in die Politik. Das heißt, je höher das institutionelle Vertrauen ist, desto positiver bewerten die Bürger die demokratiefördernden Effekte des Bürgerhaushaltes.

- 4) *Allgemeine politische Selbstwirksamkeit*: Unter den Begriff der allgemeinen politischen Selbstwirksamkeit kann auch der Begriff der ‚internal efficacy‘ gefasst werden, also das individuelle politische Kompetenzbewusstsein im politischen System (Steinbrecher, 2009: 61). Dabei wird in der empirischen Partizipationsforschung angenommen, dass Bürger, die sich als politisch kompetenter einschätzen und sich selbst als einflussreich auf das politische System wahrnehmen, eher dazu geneigt sind, politisch aktiv zu werden, als jene, die ihren Einfluss als gering einschätzen (Steinbrecher, 2009: 61). Der Efficacy eines Bürgers wird in der Forschungsliteratur zudem eine systemstützende Wirkung für ein demokratisches System zugesprochen (Balch, 1974: 4).

Die Erkenntnisse, die sich aus der politischen Partizipationsforschung ableiten lassen, sind auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie übertragbar. Es scheint plausibel anzunehmen, dass, je höher ein Bürger die eigene Selbstwirksamkeit im politischen System einschätzt, desto eher erkennt er auch die demokratiefördernden Potenziale des Bürgerhaushaltes.

- 5) *Responsivität des politischen Systems*: Ähnlich wie der zuvor erörterte Begriff wird die Responsivität des politischen Systems oft unter dem Begriff ‚external Efficacy‘ betrachtet. Darunter wird die Bewertung der Offenheit des politischen Systems auf die Einflussnahme der Bürger verstanden (Steinbrecher, 2009: 61). Die grundlegende Annahme in der Forschungsliteratur basiert darauf, dass, je positiver jemand die Responsivität des politischen Systems bewertet, desto partizipationsfreudiger ist er auch (Steinbrecher, 2009: 61). So betrachten auch Barnes und Kaase (1979: 488) die Efficacy als einen wichtigen Einflussfaktor für ein gesundes demokratisches System. „A paucity of efficacious feelings is said to be injurious both to the health of participatory democracy and [...] to that of individual citizens within such system“.

Auch wenn es in der empirischen Partizipationsforschung bisher nicht gelang, einen eindeutigen Trend für den Zusammenhang zwischen der externen Efficacy und dem Partizipationsverhalten empirisch zu belegen (Steinbrecher, 2009: 62), wird in der vorliegenden Studie dennoch den Annahmen von Barnes und Kaase (1979) gefolgt. Denn es scheint plausibel anzunehmen dass, je responsiver die Bürger den Rat und die Verwaltung ihrer Stadt wahrnehmen, desto eher stimmen sie den demokratiefördernden Effekten ihres Bürgerhaushaltes zu.

- 6) *Einstellung zur politischen Partizipation*: Die empirische Partizipationsforschung sieht in der Einstellung der Bürger zu politischer Partizipation ein weiteres Motiv für politische Beteiligung (Fischer & Kohr, 1980). Ob ein Bürger politischer Partizipation einen hohen Wert beimisst oder diese eher ablehnt, ist damit ein zusätzlicher Faktor, der in der vorliegenden Studie betrachtet werden soll. Wird politischer Partizipation ein hoher gesellschaftlicher Stellenwert zugesprochen, so wird erwartet, dass auch das Bürgerbeteiligungsprojekt positiver bewertet und den demokratiefördernden Effekten eher zugestimmt wird.

- 7) *Aktive Partizipation*: Bürger, die sich auch abseits des Wählens politisch für eine Sache engagieren, sind eher dazu geneigt, auch weitere Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen. So kommen Milbreth und Goel (1977: 110) zu dem Schluss: “[T]hose who are organizationally involved participate in politics at rates far greater than citizens who are not so involved“. Es ist davon auszugehen, dass in der Studie befragte Probanden eher eine aktive Gruppe an Partizi-

pierenden sind und die meisten bereits Erfahrungen mit Politik gemacht haben (vgl. 5.2.). Dieser Erfahrungsschatz lässt darauf schließen, dass die Bürger sich bereits häufiger mit Beteiligungsformen auseinandergesetzt haben und sich dadurch ein Wissen über das Sujet aneignen konnten. Sie haben eine realistischere Einschätzung gegenüber der Verfahrensweise von Partizipationsprojekten und keine überzogenen Erwartungen an die damit verbundenen Resultate (Van Deth, 2004: 275). Somit wird für die Studie die Annahme getroffen, dass, je größer die aktive politische Partizipation eines Bürgers, desto kritischer bewertet dieser das Beteiligungsprojekt und die damit verbundenen demokratiefördernden Effekte.

8) *Soziodemographische Merkmale*. Bereits in ihrem Standardmodell haben Verba und Nie (1972: 123-137) darauf hingewiesen, dass die Beteiligungsmotivation auch stark von sozioökonomischen Faktoren geprägt ist. Eine gute materielle Ressourcenausstattung und ein damit verbundenes hohes Bildungsniveau wirken sich positiv auf das Partizipationsverhalten aus. Daneben sind auch demographische Faktoren wie Alter und Geschlecht zu beachten. Für das Geschlecht hat sich gezeigt, dass sich Frauen in einem geringeren Ausmaß, vor allem bei konventionellen Partizipationsformen (ausgenommen der Wahlbeteiligung), beteiligen als Männer (Milbrath & Goel, 1977: 116). Bei der Untersuchung des Alters hat sich gezeigt, dass vor allem der Personenkreis ab 60 Jahren sich mehr beteiligt als jüngere Altersgruppen, was Verba und Nie (1972: 138ff.) als ‚start-up-slow-down‘-Modell bezeichnen.

Auch die soziodemographischen Merkmale werden in der vorliegenden Studie, wie in vielen Studien, miterhoben. Dies dient vor allem dazu, die teilnehmenden Probanden besser zu beschreiben und Aussagen über deren Charakteristika treffen zu können.

Dieser Katalog veranschaulicht einige, für diese Studie als relevant betrachtete Faktoren, die einen Einfluss auf die Bewertung der demokratiefördernden Effekte haben könnten. Dabei hat dieser Katalog keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In vielen Studien der empirischen Partizipationsforschung wird beispielsweise auch die Parteiidentifikation als ein wichtiges Konstrukt zur Erklärung für Partizipation gesehen (Steinbrecher, 2009: 63). Auf der kommunalen Ebene scheint dieser jedoch eine weit weniger große Bedeutung beigemessen zu werden, wenn Klein (1997:421) verlautet, dass „[d]ie Parteipolitisation der Kommunalpolitik offensichtlich Grenzen und [...] ihren Zenit überschritten hat“. Auf kommunalpolitischer Ebene sind zunehmend Wählervereinigungen präsent, die sich themenspezifisch zusammensetzen oder versuchen, besonders vernachlässigte Interessen durchzusetzen (Klein, 1997: 421) Aufgrund der eher themenzentrierten Politik in Kommunen wird etwa die Parteiidentifikation daher nicht in den Kategorienkatalog aufgenommen.

4. Methodische Umsetzung

Nachdem im vorangegangenen Kapitel das theoretische Fundament dieser Studie gelegt, die demokratiefördernden Effekte hergeleitet und mögliche Einflussfaktoren erörtert wurden, soll im Folgenden die methodische Umsetzung der Studie dargestellt werden.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde eine standardisierte Onlinebefragung durchgeführt. Die Entscheidung für eine standardisierte Onlinebefragung als Methode fiel dabei, neben allen pragmatischen Vorteilen dieser (dazu Schnell, Hill & Esser, 2011: 369ff.), vor allem mit Blick auf die Erreichbarkeit der hier definierten Zielgruppe: Die Evaluationen der bisherigen Haushalte in Köln und Bonn (vgl. Kapitel 4.1) haben gezeigt, dass eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmer die Onlineplattformen zur Beteiligung genutzt haben und andere Beteiligungsmöglichkeiten nur wenig genutzt wurden. Ein weiterer Vorteil, der sich aus einem standardisierten Vorgehen ziehen lässt, ist die Möglichkeit, viele Bürger befragen zu können und so genauere Erkenntnisse über Bewertungsunterschiede der Bürger zu erhalten.

Im Folgenden soll nun das konkrete methodische Vorgehen dargestellt und begründet werden. Dazu werden in einem ersten Schritt die untersuchten Bürgerhaushalte näher vorgestellt (4.1). Dabei werden neben den im vorherigen Kapitel theoretisch beschrieben, eher *personenbezogenen* Faktoren auch *situative* Faktoren identifiziert, die sich aus dem prozessualen Aufbau der Bürgerhaushalte ergeben und als zusätzliche Einflussfaktoren in der Befragung mitbedacht werden müssen (4.2). In einem zweiten Schritt kann dann ein finales Untersuchungsmodell aufgestellt und die getroffenen Annahmen als empirisch zu überprüfende Hypothesen zusammenfassend dargestellt werden (4.3). In einem dritten Schritt folgt die Darstellung der konkreten methodischen Umsetzung. Dabei werden zunächst die zur Erhebung der einzelnen Variablen genutzten Messinstrumente beschrieben (4.4). Anschließend wird auf die Dramaturgie des Fragebogens (4.5) eingegangen sowie der Befragungsablauf erläutert (4.6).

4.1 Beschreibung der Bürgerhaushalte Köln und Bonn

4.1.1 Bürgerhaushalt Köln

Die Stadt Köln hat im Jahr 2007 (für das Haushaltjahr 2008/09) erstmals einen Bürgerhaushalt durchgeführt. In der Literatur wird häufig der Begriff *Kölner Modell* genutzt, was indiziert, dass der Kölner Bürgerhaushalt Vorbild und Leitmodell für andere Städte war (Märker & Wehner, 2011: 202; Vorwerk, Märker, & Wehner, 2008: 116).

Zwar gab es im Jahr 2007 schon eine Reihe deutscher Städte, die einen oder mehrere Bürgerhaushalte durchgeführt hatten, Köln war jedoch die erste Großstadt, in der Bürger zur Mittelverteilung ihrer Stadt befragt wurden (Blauhut, 2011: 213). Das Kölner Modell zeichnet sich laut Vorwerk et al. (2008: 116f.) durch die intensive Nutzung des Internets, die Einbindung des Kölner Call-Centers und die Konzentration auf Bürgervorschläge aus.

Bislang gab es drei Kölner Bürgerhaushalte: 2007, 2009 und 2011 (für die Haushaltsjahre 2008/09, 2010/11 und 2012/13). Sie bezogen sich nicht auf den gesamten Haushalt, sondern es wurden jeweils drei Schwerpunktthemen diskutiert:

- 2008/09: Straßen/ Wege/ Plätze, Grünflächen, Sport (Etat: acht Millionen)
- 2010/11: Bildung/Schule, Umweltschutz (Etat: zehn Millionen)
- 2012/13: Kinder/Jugend, Wirtschaftsförderung, Kultur, Sparen allgemein (Etat: k.A.).

Beim ersten Kölner Bürgerhaushalt beteiligten sich 10.552 Personen, beim zweiten Mal waren es noch 9.887 und beim dritten Mal 7.174. Die Zahl der Teilnehmenden hat also stetig abgenommen – was nicht heißt, dass die Qualität der Vorschläge besser oder schlechter geworden ist.

Die Themen der Bürgerhaushalte wurden in Folge einer repräsentativen schriftlichen Bürgerbefragung vor dem ersten Haushalt ausgewählt. Nach einigen Jahren soll sich die Themenauswahl wiederholen. Um sich zu den drei Themenkomplexen zu äußern, gab es drei Partizipationswege: Schriftlich über spezielle Formulare, telefonisch über das Kölner Call-Center und online über das Internetportal www.buergerhaushalt.stadt-koeln.de (Stadt Köln, 2011).

Die Stadt Köln hat eine Informationsbroschüre herausgegeben, mit der die Bürger nicht nur über den Ablauf des Beteiligungsprozesses informiert werden, sondern auch über die politischen Ziele, die die Stadt mit der Einführung des Bürgerhaushalts verfolgt. Die Stadt will laut Broschüre den städtischen Etat für die Bürgerschaft interessanter machen, mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen

und so den Dialog zwischen Einwohnern, Politik und Verwaltung intensivieren. Außerdem erhofft sich die Stadt Entscheidungshilfen für die Politik (Stadt Köln, 2011: 7).

Der Kölner Bürgerhaushalt bestand, wie die meisten anderen deutschen Bürgerhaushalte (Sintomer, Herzberg, & Röcke, 2011), aus drei Phasen:

1. *Information* der Bevölkerung durch eine Informationsbroschüre, das Internetportal und eine Telefonhotline.
2. *Konsultation und Dialog*. In den ersten drei Wochen konnten über die drei Partizipationswege Vorschläge eingereicht werden, in der vierten, abschließenden Woche konnten diese nur noch bewertet und kommentiert werden. Um Vorschläge zu bewerten war eine Anmeldung erforderlich, um Vorschläge einzureichen und zu kommentieren nicht.
3. *Prüfung der Vorschläge*. Nach der vierwöchigen, aktiven Phase des Haushalts prüfte die Stadtverwaltung die Vorschläge. Danach gab es Vorberatungen in Fachausschüssen und Bezirksberatungen. Anschließend entschied der Rat über die Anregungen. In Betracht gezogen wurden jeweils 25 Vorschläge pro Kategorie, also 100 insgesamt. Abschließend verfasste der Rat einen Rechenschaftsbericht, in dem auf die Vorschläge eingegangen wird (Stadt Köln, 2011: 8f.).

Obwohl die Stadt auch Angebote zur offline-Partizipation angeboten hat, lag der Anteil der Beteiligung via Internet im Schnitt bei 98 Prozent (Zebralog, 2011: 12).

4.1.2 Bürgerhaushalt Bonn

Wie viele andere deutsche Städte kämpft die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn mit einer prekären Haushaltslage. Nach der Kommunalwahl 2009 haben sich Politik und Verwaltung der Stadt Bonn das Ziel gesetzt, die Beteiligung von Bonner Bürgern am politischen Prozess zu erweitern. Daraufhin wurde das *Zentrum für Evaluation und Methoden* der Universität Bonn beauftragt, eine Studie durchzuführen, welche Themen und Formen von Bürgerbeteiligung Bonner Bürger bevorzugen würden. Die Studie zeigte, dass den Bürgern besonders bei der Verwendung kommunaler Finanzmittel Mitbestimmung wichtig war. Für den Haushalt 2011/12 wurde deshalb erstmals ein Bürgerhaushalt ins Leben gerufen (Zebralog, 2011).

Bislang gab es zwei Bonner Bürgerhaushalte: 2010 und 2011, also für die Haushaltsjahre 2011/12 und 2012/13. Der erste Bürgerhaushalt bezog sich auf den gesamten Haushalt, war jedoch – anders als in Köln – auf Sparvorschläge limitiert. Die Teilnehmer konnten zum einen über 100 Sparvorschläge der Verwaltung bewerten und zum anderen selbst Sparvorschläge machen. Beim

zweiten Mal gab es keine Verwaltungsvorschläge mehr; die Bürgervorschläge sollten sich auf die Themenbereiche ‚Natur- und Landschaftspflege‘ und ‚Sportförderung‘ konzentrieren (Zebralog, 2012). Die Verwaltung hat für die Vorschläge der Bürger Einsparpotenziale geschätzt, kommentierte sie teilweise und beantwortete Fragen (Zebralog, 2011: 4ff.).

Die Stadt Bonn hat ebenfalls eine Informationsbroschüre herausgegeben, mit der die Bürger nicht nur über den Ablauf des Beteiligungsprozesses informiert werden, sondern auch über die politischen Ziele, die die Stadt mit der Einführung des Bürgerhaushalts verfolgt. Beim ersten Mal nahmen 12.739 Bürger teil, beim zweiten Mal nur noch 1.556. Im Auswertungsbericht des Verfahrens spekulieren die Autoren unter anderem, dass die stark gesunkene Teilnehmerzahl mit der Änderung des Ablaufs (keine Verwaltungsvorschläge mehr) zusammenhängt (Zebralog, 2012: 12ff.).

Der Bonner Bürgerhaushalt bestand ebenfalls aus drei Phasen:

1. *Information* der Bevölkerung durch eine Informationsbroschüre, das Internetportal (www.bonn-packts-an.de) und eine Telefonhotline.
2. *Konsultation und Dialog*. In den ersten drei Wochen konnten über die drei Partizipationswege Vorschläge eingereicht werden und online über sie abgestimmt werden. Die Stadt hatte beim ersten Verfahren zudem öffentliche Internetterminals zur Verfügung gestellt, so dass auch Bürger ohne Internetzugang teilnehmen konnten. Zu bestimmten Zeiten half ein Mitarbeiter der Stadt interessierten Bürgern außerdem bei der Benutzung, damit auch weniger internetaffine Personen die Möglichkeit hatten, online abzustimmen und zu kommentieren. In der vierten, abschließenden Woche konnten sowohl Bürger- als auch Verwaltungsvorschläge nur noch bewertet und kommentiert werden. Um Vorschläge einzureichen, zu kommentieren und zu bewerten war eine Anmeldung erforderlich.
3. *Prüfung der Vorschläge*. Durch die Bewertungen entstand eine Rangliste der Bürgervorschläge. Die 75 bestbewerteten Vorschläge wurden nach Abschluss der Onlinephase fachlich durch die Verwaltung geprüft und gingen dann in die politischen Gremien. Abschließend hat der Rat einen Rechenschaftsbericht verfasst, in dem auf die Vorschläge eingegangen wurde (Zebralog, 2011).

Für den ersten Bonner Bürgerhaushalt wurde ausgewertet, dass von 11.116 registrierten Nutzern nur 95 Personen über die von der Stadt zur Verfügung gestellten Internetterminals teilge-

nommen haben. Per Post oder telefonisch sind nur 14 Eingaben eingegangen, dazu kamen 3.000 Postkarten aus einer Aktion der Bonner Sozialverbände (Zebralog, 2011: 11f.).

4.1.3 Unterschiede der beiden Bürgerhaushalte

Da beide Bürgerhaushalte von der Agentur Zebralog begleitet wurden und sich deutsche Bürgerhaushalte insgesamt sehr ähneln (Sintomer et al., 2011), sind die Unterschiede im Verfahren nur gering: Beim ersten Bonner Bürgerhaushalt gab es Verwaltungsvorschläge, beim Kölner Bürgerhaushalt nicht. Außerdem ist der Bonner Bürgerhaushalt eher als Spar- bzw. Konsolidierungshaushalt angelegt. Beim zweiten Mal konnten in Bonn zwar auch Ausgabevorschläge zu zwei vorgegebenen Themenfeldern gemacht werden, diese Möglichkeit wurde aber von den Teilnehmern kaum angenommen (Zebralog, 2012: 14). Der Kölner Bürgerhaushalt bezog sich von Anfang an auf drei Themenbereiche, der Bonner Bürgerhaushalt bezog sich dagegen beim ersten Mal auf den gesamten Haushalt. Insgesamt lässt sich also sagen, dass sich die beiden Bürgerhaushalte in ihren Verfahren nur marginal unterscheiden, so dass eher auf das Teilnahmeverhalten bezogene, *situative* Faktoren als *prozessbezogene* Faktoren in die Analyse mit einbezogen werden müssen.

4.2 Situative Faktoren

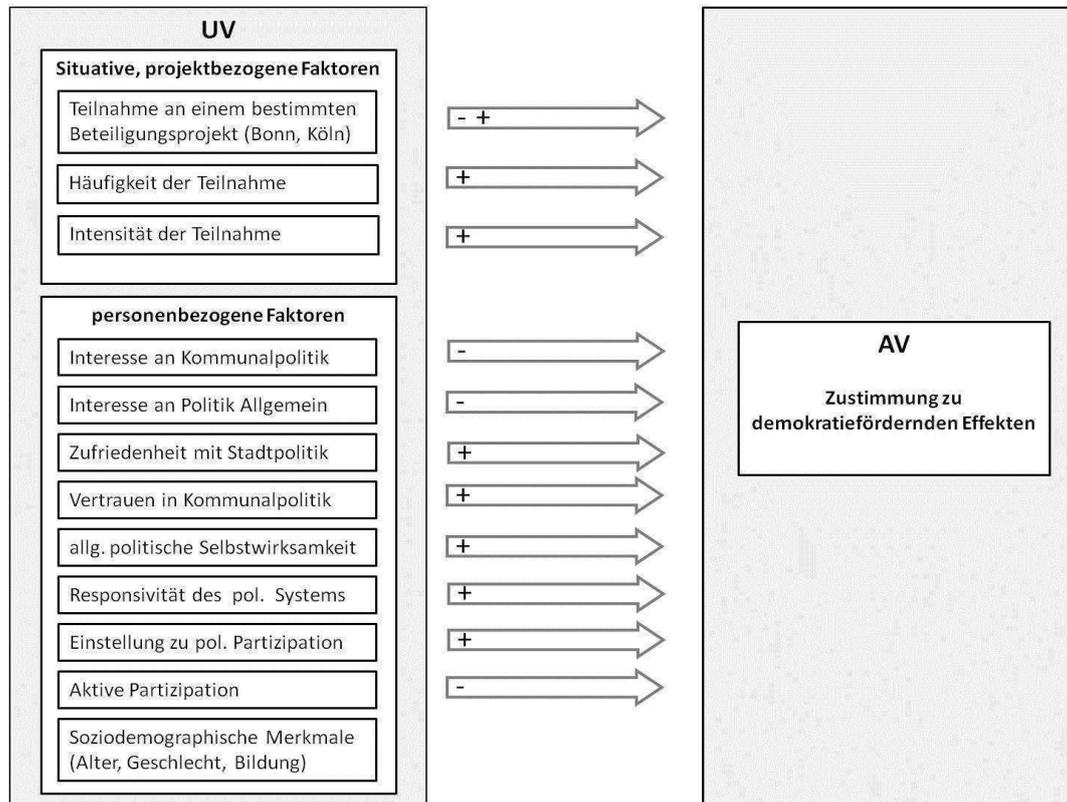
Demnach lassen sich insgesamt drei weitere situative Faktoren identifizieren, die als Einflussfaktoren mit aufgenommen werden müssen. Als erster Faktor wird dabei die *Teilnahme an einem bestimmten Bürgerhaushaltsprojekt* erhoben, das heißt, in welchem der beiden Städte die Befragten teilgenommen haben. Aufgrund der geringen Verfahrensunterschiede zwischen den beiden Projekten konnte dabei objektiv zunächst keine genaue Annahme über mögliche Bewertungsunterschiede getroffen werden. Als zweiter situativer Einflussfaktor wird die *Häufigkeit der Teilnahme* erhoben, das heißt, ob ein Befragter nur an einem der Bürgerhaushalte teilgenommen oder sich auch am zweiten bzw. am dritten beteiligt hat. Es wird angenommen, dass Bürger, die sich schon mehrfach an einem Bürgerhaushalt beteiligt haben, ihre Teilnahme generell positiver bewerten und daher auch den demokratiefördernden Effekten eher zustimmen. Als dritter Faktor wird die *Intensität der Teilnahme* gemessen. Damit ist die Annahme verbunden, dass Bürger, die sich intensiv mit Bürgerhaushalten auseinandersetzen und viel Zeit in ihre Teilnahme investieren, dies nur tun, wenn sie das Projekt generell positiv bewerten. Es wird daher angenommen, dass jemand, der sich intensiv an den Bürgerhaushalten beteiligt auch den demokratiefördernden Effekten des Projekts eher zustimmt.

Die teilweise thematische Spezialisierung der Bürgerhaushalte in den einzelnen Verfahren wurde in der Studie nicht berücksichtigt. Zwar ist davon auszugehen, dass manche Bürger durch eine thematische Fokussierung des Bürgerhaushaltes eher zur Teilnahme motiviert werden, dennoch scheint es wenig plausibel anzunehmen, dass die thematische Ausrichtung Einfluss auf die Zustimmung der Befragten zu demokratiefördernden Effekte nimmt.

4.3 Hypothesen

Diese sowie die in Kapitel 3.5 getroffenen Annahmen zusammenfassend, kann folgendes Untersuchungsmodell für die empirische Überprüfung aufgestellt werden:

Abbildung 4: Untersuchungsmodell



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 4 fasst alle identifizierten Einflussfaktoren zusammen, die als unabhängige Variablen konzeptionalisiert werden und durch die jeweils ein Einfluss auf die abhängige Variable ‚Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten‘ vermutet wird. Die Plus- und Minuszeichen geben dabei an, ob ein positiver oder negativer Zusammenhang angenommen wird. Ausformuliert werden demnach folgende Hypothesen aufgestellt, die mithilfe der Befragung statistisch überprüft werden sollen:

H₁: Je häufiger sich ein Teilnehmer am Bürgerhaushalt beteiligt hat, desto eher stimmt er den demokratiefördernden Effekten zu.

H₂: Je intensiver sich ein Teilnehmer am Bürgerhaushalt beteiligt hat, desto eher stimmt er den demokratiefördernden Effekten zu.

H₃: Je höher das politische Vertrauen, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₄: Je höher die generelle Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₅: Je positiver die generelle Einstellung zu politischer Partizipation, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₆: Je höher die empfundene Selbstwirksamkeit, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₇: Je höher die wahrgenommene Responsivität der Kommunalpolitik, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₈: Je höher die aktive politische Beteiligung, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten *nicht* zu.

H₉: Je höher das politische Interesse, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten *nicht* zu.

4.4 Operationalisierung³⁷

Um die aufgestellten Hypothesen zu prüfen, wurden die darin enthaltenen Variablen operationalisiert und so der Messung zugänglich gemacht. Im Folgenden sollen die hier zur Messung genutzten Fragen vorgestellt und deren Wahl begründet werden.

Für die Messung der abhängigen Variablen musste dabei eine neue Skala entwickelt werden. Dazu wurde für jeden aus der Theorie hergeleiteten demokratiefördernden Effekt ein passendes Item formuliert. Mit 14 Items entstand so eine relativ lange Itembatterie, die auf die Befragten eine ermüdende Wirkung hätte haben können.³⁸ Um dennoch das Problem der Aquieszenz vermeiden bzw. kontrollieren zu können, wurden für die Items zur Messung der Selbstwirksamkeit sowie der Gemeinwohlorientierung jeweils ein zusätzliches Item mit gespiegelter Itemformulierung entwickelt und als Gegenteil in die Skala aufgenommen. Insgesamt umfasste die

³⁷ Für die genaue Ansicht des Fragebogens siehe Anhang 1.

³⁸ Bei der Formulierung der Items musste einerseits darauf geachtet werden, dass diese die zu messenden Effekte abbilden, andererseits mussten die Items für die Teilnehmer der hier untersuchten Projekte beantwortbar sein, sich also auf die spezifischen Bürgerhaushalte beziehen. Die daraus resultierende Problematik wird hier anderer Stelle noch zu diskutieren sein.

Skala zur Messung der abhängigen Variable also 16 bzw. 18 Items.³⁹ Gerade weil die Skala neu entwickelt wurde, musste auch vermieden werden, dass die Befragten die Befragung abbrechen, weil sie die Items nicht beantworten können. Es wurde deshalb neben der fünf-stufigen Antwortskala auch die Antwort ‚weiß nicht‘ zugelassen.

Bei der Operationalisierung der unabhängigen Variablen, vor allem der latenten Konstrukte der personenbezogenen Faktoren, wurde sich hingegen in Teilen an schon bestehenden und damit auch getesteten Skalen orientiert. Da das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie in der Bewertung eines kommunalpolitischen Partizipationsprojekts liegt, schien es dabei angebracht, auch die politischen Einstellungen, die hier als Einflussvariablen erhoben werden, in Bezug auf den kommunalpolitischen Kontext zu erheben. Denn es ist stark anzunehmen, dass die Teilnehmer der Bürgerhaushaltsprojekte diese nicht losgelöst von ihren sonstigen Erfahrungen mit der Kommunalpolitik wahrnehmen. Die in Teilen übernommenen Skalen wurden im Folgenden daher immer für die kommunalpolitische Ebene angepasst.

Die *Zufriedenheit* der Befragten mit der Stadtpolitik wurde über die Frage: ‚Wie zufrieden sind Sie im Großen und Ganzen mit der Stadtpolitik in Köln bzw. Bonn?‘ gemessen. Die Antworten wurden auf einer fünfstufigen Antwortskala von ‚sehr zufrieden‘ bis ‚überhaupt nicht zufrieden‘ erfasst.

Bei der hier formulierte Frage wurde sich an der Operationalisierung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (Glöckner-Rist, 2012) orientiert, in der die Frage zur Zufriedenheit mit den Leistungen aktueller Regierungen in ähnlicher Weise, dann in Bezug auf die Bundes bzw. Landesebene, Anwendung findet. Die Frage wurde hier für die Befragung auf kommunaler Ebene angepasst. Die Antwortkategorien wurden ebenfalls modifiziert, nachdem der durchgeführte Pretest zeigte, dass die Unterscheidung zwischen ‚sehr zufrieden‘ und ‚ziemlich zufrieden‘ als nicht trennscharf wahrgenommen wurde.

Das politische *Vertrauen in die Stadtpolitik* wurde über zwei Fragen operationalisiert. Zum einen wurde den Befragten die Frage gestellt ‚Wie sehr vertrauen Sie darauf, dass Rat und Verwaltung der Stadt Köln bzw. Bonn im Sinne der Bevölkerung handeln?‘. Die Antworten der Befragten wurden über eine vierstufige Antwortskala erhoben. Die zweite Frage, über die das Vertrauen in die Stadtpolitik gemessen wurde, war: ‚Ganz allgemein gesprochen: Würden Sie sagen, dass Ihre Stadt nur zum Besten einiger weniger Interessengruppen regiert wird, oder würden Sie sagen,

³⁹ Beim Bürgerhaushalt der Stadt Bonn, hat 2011 auch die Verwaltung Vorschläge zur Abstimmung eingebracht. Um zu gewährleisten, dass die Befragten, die an diesem Haushalt teilgenommen haben, in der Lage sind die Items zu den Effekten ‚Information‘ und ‚Transparenz‘ zu beantworten, mussten hier für diese beiden Effekte jeweils zwei Items formuliert werden.

dass Ihre Stadt zum Wohle aller Bevölkerungsgruppen regiert wird?^c. Die Antworten wurden hier entsprechend dichotom erfasst.

In dieser Weise wurde das Konstrukt politisches Vertrauen erstmals in der *Political Action Studie* von Barnes und Kaase (1979) operationalisiert. In vielen weiteren Studien (u.a. Fuchs, 1981; Müller, 1979; Allbrecht, Kaase & Klingemann, 1980) wurde die Vorgehensweise von Barnes und Kaase (1979) für unterschiedliche Kontexte adaptiert. Beide Fragen wurden entsprechend des kommunalpolitischen Fokus angepasst. Zusätzlich wurde das erste Item im Zuge des Pretests leicht verändert, da es zu Verständnisproblemen seitens der Befragten gekommen ist und findet, wie oben bereits genannt, in der Studie Verwendung.

Das Konstrukt *politisches Interesse* wurde mithilfe der Frage: ‚Der Bürgerhaushalt in Köln bzw. Bonn bietet den Bürger_Innen die Gelegenheit, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Wie sehr interessieren Sie sich außerhalb solcher Projekte für Politik im Allgemeinen bzw. für Kommunalpolitik?‘ operationalisiert. Die Antworten wurden anhand einer fünfstufigen Antwortskala von ‚sehr stark‘ bis ‚überhaupt nicht‘ gemessen. Auch diese Frageformulierung findet ihren Ursprung im ALLBUS (Glöckner-Rist, 2012). Um zu überprüfen, ob sich die Befragten tatsächlich in ihrem allgemeinen Politikinteresse und ihrem Interesse für Kommunalpolitik unterscheiden, wurde sich dafür entschieden, die Frage nicht allein auf das kommunalpolitische Interesse zu beschränken, sondern beide politische Ebenen mit aufzunehmen.

Die Variable *Einstellung zu politischer Partizipation* wurde in Anlehnung an die Studie *Politisches Verhalten und empirische Sozialforschung* von Fischer und Kohr (1980) operationalisiert, welche in weiteren Studien repliziert und angewendet wurde (u.a. Buse, Nelles & Oppermann, 1978). Von den ursprünglich acht Items, die Fischer und Kohr (1980) zur Messung formulierten, fanden fünf in der vorliegenden Studie Anwendung. Drei Items, die die Rolle der Parteien und Interessensverbände im politischen System thematisierten, schienen für die Erfassung des Konstrukts im Kontext von Bürgerbeteiligungsprojekten wenig geeignet (vgl. 3.5.1).

Die Variablen *politische Selbstwirksamkeit* sowie wahrgenommene *Responsivität des kommunalpolitischen Systems* wurden jeweils über drei Items operationalisiert. Bei beiden Skalen wurde sich an den von Barnes und Kaase (1979) verwendeten Skalen zur Messung der Konstrukte orientiert, deren Operationalisierungen in vielen weiteren Studien repliziert worden sind (u.a. Allerbeck et al., 1980; Fuchs, 1981; Müller, 1979). Um die Fokussierung auf die kommunalpolitische Ebene zu verdeutlichen, wurde der Begriff ‚Regierung‘ durch den umgangssprachlichen, leicht verständlichen Begriff ‚Stadtpolitik‘ ersetzt.

Die Messung der drei zuletzt genannten Variablen erfolgte in einem Frageblock auf einer vierstufigen Antwortskala von ‚stimme voll und ganz zu‘ bis ‚stimme überhaupt nicht zu‘. Damit wurde die Variable *Einstellung zu politischer Partizipation* hier abgestuft erhoben, als in der Studie von Fischer und Kohr (1980), die die Antworten dichotom erhoben.

Die Variable *aktive politische Partizipation* wurde über die Frage ‚Es gibt für den Einzelnen ja viele Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. Wie ist das bei Ihnen? Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie schon einmal genutzt?‘ operationalisiert. Als Antwortmöglichkeiten waren die ‚Mitarbeit in einer Bürgerinitiative‘, die ‚Mitgliedschaft in einer Partei‘, die ‚Teilnahme an einer Demonstration‘ sowie die ‚Teilnahme an einer Unterschriftensammlung‘ vorgegeben, ein offenes Antwortfeld ermöglichte, eine weitere Einflussmöglichkeit anzugeben. In der Frageformulierung wurde sich dabei an Kornelius und Roth (2004) orientiert, wobei die Antwortmöglichkeiten für das hier verfolgte Erkenntnisinteresse reduziert und durch das offene Antwortfenster ergänzt wurden.⁴⁰

Die Operationalisierung der situativen Faktoren *Teilnahmehäufigkeit* und *Teilnahmeintensität* ergab sich aus den entsprechenden Antwortkategorien. Die Teilnahmehäufigkeit wurde über die Frage ‚Wann haben Sie am Bürgerhaushalt der Stadt Köln bzw. Bonn teilgenommen?‘ operationalisiert. Neben den vergangenen Bürgerhaushalte wurde zusätzlich die Antwortkategorie ‚nie‘ ermöglicht.⁴¹ Die Intensität der Teilnahme wurde mittels der Frage ‚Wenn Sie sich an den letzten Bürgerhaushalt erinnern, an dem Sie teilgenommen haben, welche der folgenden Beteiligungsmöglichkeiten haben Sie dabei genutzt?‘ erhoben. Die Antwortkategorien orientierten sich an den Aktivitätsmöglichkeiten auf der jeweiligen Onlineplattform (passive Beobachtung, Bewertung von Vorschlägen, Kommentierung von Vorschlägen, Verfassen eigener Vorschläge, Anliegen und Fragen an die Stadtverwaltung richten).⁴²

⁴⁰ Die Unterscheidungen, die Kornelius und Roth (2004) zusätzlich für einige Antwortkategorien getroffen haben (z.B. genehmigte vs. nicht genehmigte Demonstrationen, etc.), wurden hier nicht berücksichtigt.

⁴¹ Hier wurde im Fragebogen ein Filter eingebaut. Denjenigen, die zwar den jeweiligen Newsletter zum Bürgerhaushalt abonniert haben, daran jedoch bisher nicht teilgenommen haben, wurde auf der folgenden Seite noch die Möglichkeit gegeben, die offenen Fragen (s.u.) zu beantworten. Anschließend endete die Befragung.

⁴² Bei der Operationalisierung der Soziodemographie wurde sich am Vorgehen klassischer Studien orientiert (zum Beispiel ALLBUS, 2010).

4.5 Fragebogaufbau

Nachdem die Operationalisierung der einzelnen Variablen nachvollziehbar gemacht wurde, soll im nächsten Schritt kurz der Aufbau des Fragebogens beschrieben und begründet werden.

Um die Befragten zu Beginn an das Thema ‚Bürgerhaushalt‘ heranzuführen, wurde zunächst nach der *Teilnahmehäufigkeit* und *Teilnahmeintensität* gefragt; Fragen also, die sich auf das eigene Handeln der Befragten bezogen und daher leicht zu beantworten waren. Auch die anschließende Frage nach der Zufriedenheit der Probanden mit der Stadtpolitik bezog sich direkt auf deren Alltagserfahrungen und die Frage nach dem *Vertrauen* gegenüber Rat und Verwaltung der Stadt schloss daran direkt an.

Die Itematterie zur Erhebung der darauf folgenden *abhängigen Variable* wurde bewusst in der ersten Hälfte des Fragebogen platziert, um Abbrüche aufgrund einer langen Itematterie gegen Ende der Befragung zu vermeiden. Die 16 bzw. 18 Items wurden im Rahmen der Onlinebefragung auf drei aufeinander folgenden Browser-Seiten aufgeteilt. Um eine Verzerrung der Daten durch Responsesets zu vermeiden, wurden die einzelnen Items randomisiert. Im Anschluss daran wurde bewusst die Frage nach dem *politischen Interessen* gestellt; eine Frage, die wieder einen selbstreferentiellen Bezug aufweist und somit einfach zu beantwortet sein sollte.

Um den Fragebogen insgesamt möglichst einheitlich und übersichtlich zu gestalten, wurden die Variablen Einstellung zu *politischer Partizipation*, *politischer Selbstwirksamkeit* und *wahrgenommener Responsivität des kommunalpolitischen Systems* in einer Itematterie, aufgeteilt auf zwei Browser-Seiten abgefragt. Auch hier wurden die einzelnen Items randomisiert. Gegen Ende der Befragung wurden Fragen zur eigenen Person gestellt. Neben der Frage nach der *aktiven Partizipation* der Befragten wurden hier die *soziodemographischen Merkmale* wie Geschlecht, Alter und Bildung abgefragt.

Auf Wunsch des Kooperationspartners ZebraLog, der im Rahmen dieser Studie die Umsetzung der Befragung ermöglichte, wurde den Befragten abschließend die Möglichkeit gegeben, in offenen Antwortfeldern Wünsche und Konzeptionsvorschläge für zukünftige Bürgerhaushalte zu formulieren und Gründe anzugeben, warum sie an einem der zwei bzw. drei initiierten Haushalte nicht teilgenommen haben.

4.6 Durchführung

Der standardisierte Onlinefragebogen wurde mithilfe der Software *Unipark* erstellt. Diese ermöglicht es, einen Fragebogen nach einem selbstkonstruierten Layout zu erstellen und den Datenerhebungsprozess digital mitzuverfolgen.

Bevor die Befragung durchgeführt wurde, wurde der Fragebogen zunächst einem Pretest unterzogen. Da es keine Theorie zur Konstruktion eines Fragebogens gibt, die als Leitfaden fungieren kann, muss jeder Fragebogen vor Beginn der eigentlichen Datenerhebung in einem Pretest empirisch getestet werden (Schnell et al., 2011: 340). Der Pretest diente hier vor allem dazu, zu überprüfen, ob die Fragen verständlich formuliert waren und zu testen, ob die geschätzte Dauer der Befragung von 10 Minuten angemessen war. Der Pretest für die vorliegende Studie wurde im Zeitraum vom 13. bis einschließlich 17. Juli 2012 durchgeführt, wobei 15 Test-Probanden an der Überprüfung des Fragebogens teilgenommen haben.⁴³

Nach der Pretest-Phase wurden die Fragebogen-Links an den Kooperationspartner ZebraLog verschickt, der die Links in seinen Newslettern an die Teilnehmer der Bürgerhaushalte platzierte. Über diesen Newsletterverteiler wurden Kölner und Bonner Bürger erreicht, welche an mindestens einem der in der jeweiligen Stadt initiierten Bürgerhaushalte teilgenommen haben. Durch das Anklicken des Links wurden die Befragten zur Fragebogenmaske weitergeleitet.

Insgesamt haben sich in Bonn im ersten 12.739 und im zweiten Jahr 1.556 Personen am Bürgerhaushalt beteiligt. In Köln belaufen sich die Zahlen für den ersten Bürgerhaushalt auf 10.552, für den zweiten auf 9.887 und für den dritten auf 7.174 Teilnehmer. Dabei haben aus beiden Städten insgesamt 6.149 Bürger (Bonn: 4.458; Köln: 1.691) den Newsletter abonniert. Diese Gruppe bildet somit die Stichprobe dieser Untersuchung. Die Auswahl der Probanden erfolgte damit nicht zufällig, sondern durch die Newsletterabonnenten selbst.

Die Newsletter wurden am 19. Juli 2012 versendet. In der ersten Phase haben sich in Köln rund 94 Teilnehmer am Fragebogen beteiligt, in Bonn konnte, auch bedingt durch die Anzahl der Bonner Newsletterabonnenten, eine Teilnehmerzahl von 158 erzielt werden. In einem zweiten Anlauf wurde nochmals eine Newsletter-Erinnerung an alle Abonnenten geschickt, die zu einer deutlichen Steigerung der Beteiligungszahlen führte. Nach der Nachfassaktion, vom 3. bis einschließlich 9. August 2012, konnte der Zählerstand 886 verwertbare Datensätze vorweisen. In Bonn haben sich insgesamt 535 Personen an der Umfrage beteiligt, in Köln 351. Hierbei handelt es sich um die Bruttobeteiligung der Umfrage, also inklusive der Teilnehmer, die ‚nie‘ an einem der Bürgerhaushalte in Köln und Bonn teilgenommen haben und sich nur aus Interesse für den Newsletter angemeldet hatten. Diese machten in Bonn 168 und in Köln 48 der befragten Teilnehmer aus.

⁴³ Durch den Pretest wurden kleine Veränderungen am Fragebogen vorgenommen, die zu einem besseren Verständnis der Befragten dienten. Zum einen wurden Antwortkategorien einzelner Items vereinheitlicht, Fragen verständlicher formuliert (vgl. 4.4) und Hinweise erteilt, wenn Mehrfachnennungen im Fragebogen möglich waren. Zudem konnte der Pretest bestätigen, dass die veranschlagte Zeit von zehn Minuten ausreichte.

5. Ergebnisse

Nachdem in Kapitel 4 das dieser Studie zugrunde liegende Untersuchungsmodell erläutert, die zu testenden Hypothesen formuliert und das empirische Vorgehen dargestellt wurde, sollen nun die Ergebnisse der durchgeführten Onlinebefragung dokumentiert und interpretiert werden. Einleitend wird dazu zunächst die Stichprobe der Untersuchung bezüglich ihrer soziodemographischen Kennwerte beschrieben. Unter Einbezug externer Daten soll dabei die Aussagekraft der hier zu analysierenden Daten kritisch diskutiert werden, um die Einordnung der Auswertungsergebnisse in diesem Kapitel zu erleichtern (5.1). Vor der eigentlichen Datenanalyse erfolgt die Beschreibung der vorgenommenen Datentransformationen (5.2). Die anschließende Datenauswertung umfasst einen einleitenden deskriptiven Teil, in dem die Verteilungen der Daten beschrieben und in den Kontext der Untersuchung eingeordnet werden. Zudem wurden auch einige bivariate Analysen durchgeführt, um erste Hinweise auf Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen aufzuzeigen und so einen genaueren Eindruck der Daten zu vermitteln (5.3). Anschließend werden das Vorgehen und die Ergebnisse der multivariaten Datenanalyse beschrieben, anhand derer die aufgestellten Hypothesen überprüft und die Forschungsfrage beantwortet wurde (5.4).⁴⁴ Die Auswertung abschließend werden die statistischen Auswertungsergebnisse inhaltlich interpretiert und kritisch diskutiert (5.5).

5.1 Kennwerte und Aussagekraft der Stichprobe

Insgesamt haben 886 Personen (Bonn: 535; Köln: 351) vollständig an der Befragung teilgenommen. Damit konnte, bezogen auf die Stichprobe aller Newsletterabonnenten (Bonn: 4458; Köln: 1691) eine Rücklaufquote von 14,4 % (Bonn: 12,0 %, Köln: 20,8 %) erreicht werden.⁴⁵ Die Auswertung der Beteiligungsstatistiken der Befragungssoftware zeigte, dass weitere 459 Personen den Link zu der Befragung zwar geöffnet, die Befragung dann jedoch meist bereits nach der Begrüßung abgebrochen haben. Unter den wenigen Teilnehmern, die während der Befragung diese abbrechen, konnte keine typische Abbruchfrage identifiziert werden. Es scheint also, als könnten die Abbrüche größtenteils auf individuelle Faktoren zurückgeführt werden und nicht auf die Art und Weise des Fragebogaufbaus oder der Frageformulierung. Ob es sich bei denjenigen, die gar nicht an der Befragung teilnahmen tatsächlich um klassische Verweigerer handelt (dazu

⁴⁴ Im Rahmen der gesamten Auswertung wurde aufgrund der Lesbarkeit des Textes weitgehend darauf verzichtet, entsprechende Tabellen im Text zu platzieren. Alle zugehörigen Auswertungstabellen finden sich im Anhang 2 dieser Arbeit.

⁴⁵ Da die Rücklaufquoten bei Onlinebefragungen wie bei Befragungen generell immer von vielen verschiedenen Faktoren abhängig sind, scheint hier ein Vergleich mit einer durchschnittlichen Beteiligungsquote von Onlinebefragungen wenig sinnvoll (Theobald, 2000). Gemessen an der Tatsache, dass sich der Abonnentenkreis der genutzten Newsletter über die letzten Jahre erweitert hat und sicher einige inzwischen das Interesse an den Informationen verloren haben sowie daran, dass die Befragung mitten in die Ferien- und Urlaubszeit fiel, kann die hier erreichte Rücklaufquote jedoch durchaus positiv bewertet werden.

Schnell et al., 2011: 300ff.) oder diese über die angegebene E-Mail-Adresse bzw. den Newsletter nicht erreicht werden konnten, konnte hingegen nicht genauer geklärt werden.

Insgesamt muss bei der Analyse der hier vorliegenden Daten davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Befragungsteilnehmern um ein verzerrtes Abbild der Grundgesamtheit (alle Teilnehmer der Bürgerhaushalte in Köln und Bonn) handelt. Es ist zu vermuten, dass sich die Grundgesamtheit sowohl von der Gesamtheit der Newsletterabonnetten (selbstselektierte Stichprobe) als auch von der Gruppe der letztlich Befragten unterscheidet. Um überhaupt Angaben darüber machen zu können, inwiefern die Ergebnisse der Befragung in der Lage sein können, Aussagen über die Grundgesamtheit (Teilnehmer in Köln und Bonn) zu treffen, müssten die Ausprägungen einiger Merkmale der Stichprobe mit der Verteilung der Grundgesamtheit verglichen werden. Bei der Anmeldung zur Teilnahme an den Bürgerhaushalten werden die soziodemographischen Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung aller Teilnehmer erfragt. Die Anmeldung zum Newsletter hingegen verläuft, bis auf die Angabe der E-Mail-Adresse, anonym, sodass entsprechende Daten für einen direkten Vergleich der soziodemographischen Merkmale der Stichprobe mit denen der Grundgesamtheit bzw. mit denen der Befragten nicht vorliegen. Das, was aufgrund der vorliegenden externen Daten⁴⁶ geleistet werden kann, ist ein Vergleich der soziodemographischen Merkmale der Befragungsteilnehmer mit den durchschnittlichen Merkmalsverteilungen der Teilnehmer, die sich an den Bürgerhaushaltsprojekten beteiligt haben.

Ein solcher Vergleich zeigt, dass sich die Verteilungen in ihren zahlenmäßigen Anteilen natürlich unterscheiden, in ihrer Tendenz insgesamt jedoch sehr ähnlich ausfallen. Während bei den untersuchten Bürgerhaushalten im Durchschnitt ähnlich viele Männer wie Frauen teilgenommen haben, ist unter den Befragten der Anteil der Männer mit 65,1 % höher als der der Frauen (34,9 %). Bei der Altersverteilung ist der Unterschied weniger deutlich: Der Vergleich der Altersgruppen suggeriert zwar, dass die Befragten tendenziell etwas älter waren, als die Teilnehmer an den Bürgerhaushalten. Betrachtet man jedoch die genaue Altersverteilung der Befragten, so zeigt sich, dass besonders viele ein Alter zwischen 46-51 Jahren angegeben haben, was die Unterschiede der gruppierten Altersverteilungen erklären könnte. In beiden Gruppen ist mit 70 % ein Großteil der Befragten zwischen 30 und 60 Jahre. Jüngere und Ältere sind weniger vertreten. Noch ähnlicher fallen die Verteilungen in Bezug auf das Bildungsniveau der Befragten bzw. der Teilnehmer aus. Beispielsweise geben ca. 60 % der Teilnehmer sowie der Befragten als höchsten Abschluss einen

⁴⁶ Diese wurden von der Agentur Zebalog für einen Vergleich mit den hier erhobenen Befragungsdaten zur Verfügung gestellt. Verglichen wurden die durchschnittliche Verteilung der Merkmale in den Bürgerhaushalten von Bonn 2011, Bonn 2012, Köln 2009 und Köln 2011. Für den ersten Kölner Bürgerhaushalt lagen hingegen keine Daten für einen Vergleich vor. Da jedoch ohnehin nur fünf Bürger an der Befragung teilgenommen haben, die sich nur an diesem Bürgerhaushalt beteiligt hatten, kann eine Verzerrung durch diese fehlenden Daten ausgeschlossen werden.

Hochschulabschluss und rund 20 % Abitur an. Damit sind die höher Gebildeten in beiden Gruppen ähnlich überrepräsentiert.

Die wenigen hier betrachteten Merkmale ersetzen in keinster Weise die Notwendigkeit einer repräsentativen Stichprobe, um von den Ergebnissen dieser Studie auf die Grundgesamtheit schließen zu können. Doch gerade das Bildungsniveau sowie das Alter von Personen gelten in der Partizipationsforschung durchaus als Faktoren, die das Partizipationsverhalten (und damit vermutlich auch die Bewertung dieses Verhaltens) von Bürgern *mitbestimmen* (vgl. 3.5). Eine ähnliche Verteilung dieser Merkmale in der realisierten Stichprobe sowie in der Grundgesamtheit können also hier als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die im Folgenden darzustellenden Forschungsergebnisse durchaus erste *Anhaltspunkte* für die Erklärung unterschiedlicher Bewertungen von Bürgerhaushalten liefern können.

5.2 Datenaufbereitung und -transformation

Bevor auf die konkreten Auswertungsergebnisse eingegangen werden kann, soll an dieser Stelle zunächst die Aufarbeitung und Transformation der Daten nachvollziehbar gemacht werden. Nachdem die jeweiligen Datensätze zusammengefügt worden waren⁴⁷, wurde der Datensatz zunächst auf die für die Beantwortung der Forschungsfrage relevanten Fälle reduziert. Da sich die vorliegende Studie für die Einstellungen und Meinungen von Teilnehmern der Bürgerhaushalte in Bonn und Köln interessiert, wurden diejenigen, die angegeben hatten *nie* an einem der Bürgerhaushalte teilgenommen zu haben, aus dem Datensatz entfernt und die Daten bereinigt.⁴⁸ Im Rahmen der Datentransformation wurden sowohl für einige unabhängige Variablen als auch die abhängige Variable, die im Fragebogen über mehrere Fragen bzw. Items operationalisiert worden waren, Indizes gebildet.⁴⁹ Die Indexbildung soll im Folgenden kurz erläutert werden.

Aufseiten der *unabhängigen Variablen* wurden Indizes für (1) die *Teilnahmeintensität*, (2) das *Vertrauen in die Stadtpolitik*, (3) die *politische Selbstwirksamkeit*, (4) die *wahrgenommene Responsivität des kommunalpolitischen Systems*, (5) die *Einstellung gegenüber politischer Partizipation* sowie für (6) die *aktive politische Partizipation* der Befragten berechnet.

⁴⁷ Um beide Fragebögen zusammenfügen zu können, wurden die jeweils zwei Items zur Messung der Variablen ‚Information‘ und ‚Transparenz‘ im Bonner Fragebogen zunächst jeweils mit einem Mittelwertindex zusammengefasst.

⁴⁸ Da der Fragebogen so programmiert worden war, dass eine Antwort auf die meisten Fragen verpflichtend war, beschränkte sich die Bereinigung der Daten darauf, ungültige Antworten in offenen Antwortfeldern zu löschen und als fehlenden Wert zu kennzeichnen.

⁴⁹ Die vorliegende Arbeit orientiert sich in ihrer Definition eines Index bzw. einer Skala an den Ausführungen von Schnell et al. (2011:173), die keinen „prinzipiellen Unterschied“ zwischen beiden Begriffen sehen.

(1) Für die Teilnahmeintensität wurde ein gewichteter Summenindex berechnet, wobei die passive Beobachtung des Projekts einfach, die Bewertung von Vorschlägen zweifach, die Kommentierung von Vorschlägen dreifach, die Ansprache der Stadtverwaltung vierfach und das Verfassen eigener Vorschläge fünffach in die Bewertung aufgenommen wurde. Die Gewichtung folgte dabei der Idee, dass eine Aktivität gemessen an ihrem Zeitaufwand mehr oder weniger stark in die Messung der Teilnahmeintensität eingehen sollte. Die Betrachtung der Häufigkeitsverteilungen der fünf Indexvariablen bestätigte die Erwartung, dass alle Antwortmöglichkeiten ausgeschöpft worden waren, wobei die geringer gewichteten Aktivitätsmöglichkeiten deutlich häufiger genutzt wurden als die höher gewichteten.⁵⁰ Entsprechende Kreuztabellierungen zeigten zudem, dass die Nutzung einzelner Aktivitäten jeweils mindestens positiv mit der nächst höher bewerteten Aktivität korreliert war; das heißt, die Nutzung einer Möglichkeit ging oft auch mit der Nutzung bestimmter anderer Möglichkeiten einher. So entstand ein Index, dessen Werte von 1 (passive Teilnahme) bis 14 (intensive aktive Teilnahme) reichen, wobei der Indexwert 13 aus Gründen der Kombinatorik nicht auftreten kann.

(2) Wie in 4.4 dargelegt, orientiert sich die hier gewählte Operationalisierung des Konstrukts ‚Politisches Vertrauen‘ an der Studie von Barnes und Kaase (1979), die in dieser Form auch in das Skalenhandbuch des GESIS Instituts aufgenommen worden ist (Glöckner-Rist, 2012). In der Auswertung wurde sich daher ebenfalls nach dem Vorgehen von Barnes und Kaase (1979) gerichtet und aus den Antworten auf die beiden Fragen zum politischen Vertrauen ein Mittelwertindex gebildet. Dabei muss kritisch angemerkt werden, dass die Bildung eines Mittelwertindex aus zwei Fragen mit unterschiedlichen Antwortkategorien hier ungewöhnlich erscheint - auch, wenn die Fragen inhaltlich sehr nah beieinanderzuliegen scheinen. Weder in der Studie von Barnes und Kaase (1979) noch in einer der Replikationsstudien wurden zudem Angaben zur Reliabilität der Skala gemacht (Allmendiger & Krebs, 1983). Um die Güte der Skala zumindest auf Basis der hier vorliegenden Daten zu messen, wurde eine Reliabilitätsanalyse durchgeführt, die jedoch zu einem eher schwachen Ergebnis von $\alpha=0,587$ führte. Gegeben die scheinbare Güte der Skala in vorherigen Studien, wurde dennoch, wie vorgeschlagen, ein Mittelwertindex gebildet. In der weiteren Analyse wird die Rolle der Variable ‚Politisches Vertrauen‘ als unabhängige Variable jedoch zu diskutieren sein.⁵¹

⁵⁰ 75,2 % der Befragten gaben an, Vorschläge auf der Website bewertet zu haben, 44,8% Vorschläge kommentiert zu haben, 27,3% haben selber Vorschläge eingebacht und 9% haben den direkten Kontakt zur Stadtverwaltung gesucht. 12,4% haben den Bürgerhaushalt passiv verfolgt.

⁵¹ Darüber hinaus muss hier natürlich auch ungeklärt bleiben, ob die leichte Veränderung des Wortlautes in der zweiten Frage möglicherweise einen Einfluss auf das Antwortverhalten hatte und, wenn ja, welchen.

(3), (4) Die Indizes zur Messung der politischen Selbstwirksamkeit sowie der wahrgenommenen Responsivität des kommunalpolitischen Systems wurden ebenfalls als Mittelwertindizes aus den Antwortreaktionen auf die jeweils drei Items berechnet. Da die Items zur Messung beider Konstrukte durchweg negativ formuliert waren, mussten diese zunächst umkodiert werden. Auch hier wurden vor der Indexbildung Reliabilitätskoeffizienten berechnet, um die interne Konsistenz der Skalen einschätzen zu können.⁵² Für die Variable ‚Politische Selbstwirksamkeit‘ legten die Ergebnisse der Reliabilitätsanalyse nahe, die Skala unter Ausschluss des dritten Items zu bilden. Unter Einbezug aller Items betrug $\alpha=0,475$, unter Ausschluss des Items 3 (Trennschärfekoeffizient=0,089) steigt der α -Wert mit 0,708 hingegen auf einen akzeptablen Wert. Vor allem auch aus inhaltlichen Gründen wurde sich schließlich dazu entschieden, das dritte Item aus der Indexbildung auszuschließen (Allmendiger & Krebs, 1983).⁵³ Die Skala zur Messung der wahrgenommenen Responsivität des kommunalpolitischen Systems wies mit $\alpha=0,856$ eine hohe interne Konsistenz auf.

(5) Zur Messung der Einstellung zu politischer Partizipation wurde aus den fünf Items ebenfalls ein Mittelindex gebildet. So wurde hier die Einstellung zu politischer Partizipation sehr viel abgestufter erhoben, als in der Originalpublikation von Fischer und Kohr (1980), in der letztlich nur zwischen Zustimmung und Ablehnung der einzelnen Items unterschieden wurde. Eine Reliabilitätsanalyse ergab mit einem Wert von $\alpha=0,829$ eine hohe interne Konsistenz der Skala.⁵⁴

(6) Eine erste Sichtung der Häufigkeitsverteilungen der erhobenen Variablen zur aktiven politischen Partizipation der Befragten zeigte eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittliche Beteiligung. 43,7 % der Befragten haben sich schon einmal in einer Bürgerinitiative engagiert, 23,3 % sind Mitglied einer Partei, 65,8 % haben bereits an einer Demonstration teilgenommen und sogar 87,9 % an einer Unterschriftensammlung (für den Vergleich zur Gesamtbevölkerung s. Kornelius & Roth, 2004:93). 33,3 % der Befragten gaben an, sich darüber hinaus auch noch anderweitig zu engagieren. Aufgrund dieser sehr hohen Anzahl positiver Ausprägungen wurde sich dafür entschieden, aus den gewonnenen Daten einen Index zu bilden, der Aussagen über politisch besonders aktive Personen macht und so in der Lage ist, das aktive politische Engagement der Befragten besser zu unterscheiden. Dafür wurden die Variablen ‚Teil-

⁵² Auch für diese beiden Skalen werden weder in der Originalstudie noch in bisherigen Replikationen Angaben zur Reliabilität gemacht.

⁵³ Im Vergleich zu den anderen beiden Items („Leute, wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ und „Neben dem Wählen gibt es keinen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut.“) scheint das Item auch inhaltlich in eine andere Richtung zu weisen („Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“).

⁵⁴ Im Vergleich dazu geben Fischer & Kohr (1980) einen Wert von $\alpha=0,840$ für die interne Konsistenz ihrer Skala an. Da Cronbachs Alpha stark durch die Anzahl der Items einer Skala beeinflusst wird, hätte aufgrund der Reduzierung der Items für diese Studie demnach auch mit einem niedrigeren Wert gerechnet werden können.

nahme an einer Demonstration‘ und ‚Teilnahme an einer Unterschriftensammlung‘ aus dem Index ausgeschlossen und die Antworten der offenen Antwortkategorie entsprechend dieser Zielsetzung ausgewertet. Um die offenen Antworten sinnvoll auswerten zu können, mussten Auswahlkriterien definiert werden, nach denen das Zutreffen der Nutzung einer anderen Partizipationsmöglichkeit klar abgegrenzt werden konnte. In Anlehnung an ein Modell des intermediären politischen Systems nach Rucht (2007) wurden schließlich alle Aktivitäten berücksichtigt, die sich direkt auf einen Akteur des politisch-administrativen Systems (z.B. direkter Kontakt zu Verwaltungen oder Mandatsträgern) oder aber einen Akteur des intermediären Systems beziehen, der in der Regel eher im politisch-öffentlichen (z.B. Gewerkschaftsmitglied) statt im privaten Raum (z.B. Sportverein) agiert. Die Auswertung anhand dieser Kriterien ergab, dass 17,5 % der Befragten eine weitere Partizipationsmöglichkeit nutzen.⁵⁵ Um diese im Datensatz abzubilden, wurde eine Variable ‚Andere Partizipationsmöglichkeit‘ gebildet, die mit 0= ‚trifft nicht zu‘ und 1= ‚trifft zu‘ kodiert wurde. Anschließend wurde ein Summenindex gebildet, der Werte zwischen 0 (politisch nicht bis leicht aktiv) und 3 (politisch stark aktiv) annimmt. Damit ermöglicht der Index, zwischen Befragten, die sich besonders stark engagieren und denjenigen, die sich weniger oder gar nicht engagieren zu unterscheiden. Um belastbarere Aussagen über den tatsächlichen Aktivitätsgrad der Befragten treffen zu können, müsste dieser jedoch genauer mit erhoben werden (aktive vs. passive Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft; einmal vs. regelmäßig einen Leserbrief geschrieben, etc.).

Da der Fragebogen im Regelfall so programmiert wurde, dass die Befragten die Fragen beantworten mussten, um den Fragebogen weiter ausfüllen zu können, wies der Datensatz grundsätzlich wenige fehlende Werte auf. Die Antwortkategorie ‚weiß nicht‘ bei der Erhebung der Variablen ‚Politische Selbstwirksamkeit‘, ‚Responsivität des kommunalpolitischen Systems‘ und ‚Einstellung zu politischer Partizipation‘, führte jedoch dazu, dass sich der Anteil fehlender Werte bei den jeweiligen Indexvariablen stark erhöhte (‚Politische Selbstwirksamkeit‘= 2,8 %; ‚Responsivität des kommunalpolitischen Systems‘= 7,2 %, ‚Einstellung zu politischer Partizipation‘= 7,6 %). Aufgrund der geringen Anzahl der ursprünglichen Indexvariablen, wurde sich dennoch gegen ein Ersetzen der fehlenden Werte durch verfügbare Antworten zu anderen Items entschieden, um zu starke Verzerrungen auszuschließen.

Auch die *abhängige Variable* ‚Zustimmung zu demokratietheoretischen Effekten‘ wurde im Fragebogen über mehrere Items gemessen und musste für die weitere Auswertung in einem Index zu-

⁵⁵ Die Differenz zu den anfangs genannten 33,3% ergibt sich zum einen dadurch, dass die Angaben nicht dem gewählten Aufgreifkriterium entsprachen, zum anderen, weil Befragte ungültige Antworten gaben (z.B. ‚keine‘) oder aber Antworten gaben, die eine der anderen Kategorien zugeordnet werden konnten.

sammengefasst werden. Zunächst wurden dazu die Häufigkeitsverteilungen der eingehenden Indexvariablen analysiert, um die Funktionsfähigkeit der einzelnen Items zu prüfen. Dabei fiel zunächst auf, dass in der Regel weniger als 5 % der Befragten die Antwortkategorie ‚weiß nicht‘ verwendeten. Der Großteil der Befragten konnte die Items also beantworten. Zwar wiesen die Verteilungen (klassischerweise) eine Tendenz zu den mittleren Antwortkategorien auf (u.a. Schnell et al., 2011), dennoch sind stets alle Antwortmöglichkeiten ausgeschöpft worden. Vergleicht man die Lagemaße der Verteilungen wird erkennbar, dass die Mittelwerte demnach stets nahe der mittleren Antwortkategorie liegen. Modus und Median zeigen in vielen Fällen jedoch Zustimmungstendenzen an. Ausnahmen bilden die Items zum ‚Politischen Einfluss‘ sowie der ‚Kontrolle‘, denen tendenziell weniger zugestimmt wurde. Diese Zustimmung- bzw. Ablehnungstendenzen weisen zwar auf leicht schiefe Verteilungen hin, insgesamt lässt sich die Schiefe der einzelnen Items aber als äußerst moderat bezeichnen. Insgesamt fallen die Antworten der Befragten auf die Einzelitems der Skala also mit einer gewissen Varianz aus; das heißt, die Befragten scheinen sich, wie erwartet, in ihrer Bewertung der Bürgerhaushalte zu unterscheiden.

Für die Indexbildung wurden die Variablen ‚Politische Selbstwirksamkeit‘ und ‚Gemeinwohlorientierung‘, deren Messung jeweils durch einen Gegentest abgesichert worden waren, mit diesem verrechnet. Kreuztabellierungen für beide Variablen ergaben, dass die Befragten bei der Variablen ‚Politische Selbstwirksamkeit‘ den Gegentest tendenziell auch gegenteilig bewerteten; bei der Variablen ‚Gemeinwohlorientierung‘ wies die Kreuztabelle jedoch entscheidende Inkonsistenzen auf. Entsprechende Korrelationsanalysen bestätigten die Ergebnisse. Zwar bestehen in beiden Fällen signifikante Zusammenhänge zwischen den Items ($p < 0,001$) die Korrelationskoeffizienten nach Pearson waren mit $r = 0,429$ (Politische Selbstwirksamkeit, $n = 650$) und $r = 0,377$ (Gemeinwohlorientierung, $n = 636$) jedoch eher gering.

Aufgrund der nicht ganz zufriedenstellenden Funktionsfähigkeit der beiden genutzten Gegentests wurden in die Reliabilitätsanalyse für den anschließend zu bildenden Index ‚Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten‘ auch die einzelnen Variablen noch einmal aufgenommen. Dabei zeigten die alternativen Werte für Cronbachs Alpha sowie die Trennschärfekoeffizienten, dass die Variablen zum ‚Gemeinwohl‘, die Variable ‚Toleranz‘ sowie die Einzelvariablen zur ‚Politischen Selbstwirksamkeit‘ aus der Skalenbildung ausgeschlossen werden sollten. Es wurde dementsprechend ein Mittelwertindex der 12 übrigen Variablen mit $\alpha = 0,870$ gebildet.

Durch die hohe Anzahl der in die Indexbildung eingehenden Variablen wies die Indexvariable 18,2 % fehlende Werte auf. Um diese Fälle in den folgenden Analysen nicht ausschließen zu müssen, wurden ein Teil dieser fehlenden Indexwerte durch Informationen aus Items mit gülti-

gen Werten ersetzt. Hatte ein Befragter mindestens acht der zwölf Variablen beantwortet, so wurde der fehlende Indexwert unter Zuhilfenahme dieser Informationen ersetzt (zum genauen Vorgehen siehe Nonnenmacher, Hoffmann, & Berninger, 2012: 80f.; Schnell et al., 2011: 457f.). Der Anteil der fehlenden Werte konnte so auf 0,1 % reduziert werden; nur noch ein Fall wies einen fehlenden Wert auf und wurde folglich aus weiteren Analysen ausgeschlossen.

5.3 Deskriptive Auswertung

Nachdem im Rahmen der Datentransformation die Indexbildung für alle für die weitere Analyse relevanten Variablen nachvollziehbar gemacht wurde, soll im Folgenden eine deskriptive Auswertung dieser für eine erste Einschätzung der Daten erfolgen. Dazu wird zunächst ein Blick auf die *situativen, projektbezogenen Variablen* geworfen. Von den 303 befragten Teilnehmern des Bürgerhaushaltes in Köln haben 14,5 % beim Bürgerhaushalt 2007, 36,3 % beim Bürgerhaushalt 2009 und 88,9 % beim Bürgerhaushalt 2011 mitgemacht. Dabei hatten insgesamt 70,1 % einmal und 29,9 % mehrmals (19,8 % zweimal; 9,9 % dreimal) am Bürgerhaushalt der Stadt Köln teilgenommen. Im Vergleich zu Bonn fällt dabei auf, dass hier mit 37,1 % mehr Befragte mehrfach, sprich an beiden Bürgerhaushalten, teilgenommen haben. Anders als in Köln lag der Anteil derer, die am aktuellen Bürgerhaushalt 2012 teilgenommen haben, mit 49 % deutlich niedriger als der Anteil derer, die am Bürgerhaushalt 2011 teilgenommen haben (88,0 %).

Betrachtet man den gebildeten Index zur Intensität der Teilnahme ($\bar{x}=4,7$; $\tilde{x}=5$; $x_{\text{mod}}=2$; $s^2=11,623$; $s=3,409$, $n=670$), so fällt zunächst auf, dass die Häufigkeiten der Indexwerte sehr unterschiedlich verteilt sind, was jedoch vor allem darauf zurückzuführen ist, dass manche Indexwerte aus Gründen der Kombinatorik häufiger auftreten als andere. Gruppiert man die Indexwerte in zwei Gruppen, so erhält man einen sehr viel übersichtlicheren Eindruck der Verteilung und es wird deutlich, dass nur 26,7 % der Befragten einen Indexwert von 6 oder mehr Indexpunkten erreichen und damit im Vergleich zu den restlichen 73,3 % besonders aktiv am Bürgerhaushalt teilnahmen.⁵⁶ Vergleicht man hier die Unterschiede zwischen den Teilnehmern an Kölner und Bonner Bürgerhaushalten, so zeigt die bivariate Analyse, dass sich die Teilnahmeintensität (gruppiert) zwischen Bonner und Kölner Teilnehmern nicht signifikant voneinander unterscheidet ($\chi^2=1,994$, $df=1$, $p>0,1$, n.s., $\Phi=-0,055$). Im Gegensatz dazu zeigt eine bivariate Analyse zwischen der Teilnahmeintensität (gruppiert) und der Teilnahmehäufigkeit, dass sich 39,8 % derjenigen, die mehrfach an den Bürgerhaushalten teilgenommen haben, besonders intensiv an den

⁵⁶ Die Gruppierung ist an dieser Stelle so gewählt worden, da die möglichen Kombinationen für bestimmte Indexwerte zeigen, dass ein Teilnehmer nur dann einen Indexwert von 6 oder mehr erreichen kann, wenn er min. 2 der möglichen Aktivitäten genutzt hat und min. einen aktiven Vorschlag formuliert oder mit der Stadt in Kontakt getreten ist. Inhaltlich lassen sich somit die besonders aktiven Teilnehmer von den übrigen Teilnehmern unterscheiden.

Bürgerhaushalten beteiligten. Von denjenigen, die sich lediglich an einem der Bürgerhaushalte beteiligten, taten dies nur 20 %. Damit unterscheiden sich diejenigen, die mehrfach an Bürgerhaushalten teilnahmen in ihrer Teilnahmehäufigkeit signifikant von denjenigen, die erst einmal teilgenommen haben ($\chi^2=29,922$, $df=1$, $p<0,001$, $\Phi=0,211$). Weitere bivariate Analysen zwischen situativen und personenbezogenen Einflussvariablen führten zu keinen besonders starken, signifikanten Zusammenhängen.⁵⁷

Für eine erste Analyse der *personenbezogenen Variablen* wurden ebenfalls die Häufigkeitsverteilungen der Variablen untersucht, die gängigen Lagemaße ermittelt und erste bivariate Analysen durchgeführt. Hierbei zeigte sich für die Variable ‚Zufriedenheit mit der Stadtpolitik‘ ($\bar{x}=2,35$; $\tilde{x}=2$; $x_{\text{mod}}=3$; $s^2=0,805$; $s=0,897$; $n=670$), dass über 50 % der Befragten angaben, weniger oder überhaupt nicht zufrieden mit der Stadtpolitik zu sein. Nur 9 % der Befragten zeigten sich hingegen zufrieden. Erwartungsgemäß zeigten erste bivariate Analysen, dass die Zufriedenheit mit der Stadtpolitik signifikant mit den politischen Einstellungen gegenüber der Stadtpolitik korreliert. Je höher das politische Vertrauen in die Stadtpolitik, desto höher ist die Zufriedenheit mit der Stadtpolitik (Pearsons $r=0,585$, $p<0,01$, $n=670$). Je höher ein Befragter die Responsivität des kommunalpolitischen Systems einschätzt, desto höher ist auch die Zufriedenheit mit der Stadtpolitik (Pearsons $r=0,377$, $p<0,01$, $n=622$). Und je höher die politische Selbstwirksamkeit in kommunalpolitischen Belangen eingeschätzt wird, desto höher ist auch die Zufriedenheit mit der Stadtpolitik (Pearsons $r=0,274$, $p<0,01$, $n=651$).

Die Verteilungen der Variablen ‚Interesse an Politik allgemein‘ ($\bar{x}=4,06$; $\tilde{x}=4$; $x_{\text{mod}}=4$, $s^2=0,622$; $s=0,788$; $n=670$) und ‚Interesse an Kommunalpolitik‘ ($\bar{x}=3,96$; $\tilde{x}=4$; $x_{\text{mod}}=4$; $s^2=0,602$; $s=0,776$; $n=670$) zeigen wie erwartet, dass sich die Befragten im Durchschnitt stark für Politik interessieren. Zwar wurden alle Antwortwerte ausgeschöpft, doch nur 2,8 % bzw. 1,9 % der Befragten gaben an, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik allgemein bzw. Kommunalpolitik zu interessieren. Ein Vergleich der Lagemaße zeigt insgesamt dennoch eine symmetrische Verteilung der beiden Variablen an ($\bar{x} \approx \tilde{x} \approx x_{\text{mod}}$). Diese Ergebnisse machen deutlich, dass es, entgegen der Erwartung, kaum Unterschiede zwischen dem Interesse für Kommunalpolitik und dem Interesse für Politik allgemein zu geben scheint. Eine bivariate Analyse beider Variablen bestätigt diesen Eindruck. Die Kreuztabelle zeigt, dass der Großteil der Befragten beide Fragen jeweils gleich beantwortet oder aber die nächst höhere bzw. niedrigere Antwortkategorie gewählt hat. Der Signifikanztest bestätigt einen mittleren positiven Zusammenhang zwischen beiden Variablen (Pearsons $r=$

⁵⁷ Siehe hierzu im Folgenden auch die Korrelationsmatrix (Anhang 2.7). Hier und im Weiteren werden nur die Zusammenhänge beschrieben, die als signifikant interpretiert werden können und mit einer Stärke von $r>0,2$ eine mindestens mittlere Zusammenhangsstärke aufweisen (Kühnel & Krebs, 2001: 404f.).

0,503; $p < 0,01$, $n = 670$). Zudem zeigen sich mittlere, signifikante Zusammenhänge beider Variablen zu den Variablen ‚Einstellung zu politischer Partizipation‘ und ‚Aktive politische Partizipation‘. Je höher das allgemeine- bzw. kommunalpolitische Interesse, desto positiver die Einstellung zu Partizipation bzw. die aktive Partizipation der Befragten.⁵⁸

Betrachtet man die Variable ‚Politisches Vertrauen in die Stadtpolitik‘ ($\bar{x} = 2,17$; $\tilde{x} = 1,5$; $x_{\text{mod}} = 1,5$, $s^2 = 0,910$; $s = 0,954$; $n = 670$), so fällt auf, dass über die Hälfte der Befragten ein geringes oder sehr geringes Vertrauen in die Stadtpolitik äußern. Die graphische Darstellung der Verteilung zeigt eine bimodale, leicht asymmetrische Verteilung der Daten ($\neq \bar{x} \approx \tilde{x} \approx x_{\text{mod}}$). Hier scheint es zwei relativ klare Gruppen in der Stichprobe zu geben: Die 63,3 % der Befragten, die kaum bis kein Vertrauen in die Stadtpolitik haben auf der einen und die übrigen 36,6 %, die großes oder sogar volles Vertrauen haben auf der anderen Seite. Nur 1 % der Befragten spricht der Stadtpolitik dabei jedoch ihr vollstes Vertrauen aus. Tendenziell ähnlich, wenn auch weniger zweigeteilt, fallen die Einschätzungen der Befragten zur Responsivität des kommunalpolitischen Systems ($\bar{x} = 2,29$; $\tilde{x} = 2,33$; $x_{\text{mod}} = 2,0$, $s^2 = 0,502$; $s = 0,708$; $n = 622$) aus. 59,5 % schätzen die Responsivität des kommunalpolitischen Systems eher gering ein, während 40,5 % die Responsivität eher hoch einschätzen. Ähnlich wie bei der Bewertung des politischen Vertrauens sind es nur 1 % der Befragten, die den Items zur Responsivität des kommunalpolitischen Systems voll und ganz zustimmen. Die Analyse der Variablen ‚Politische Selbstwirksamkeit‘ ($\bar{x} = 2,59$; $\tilde{x} = 2,5$; $x_{\text{mod}} = 3$, $s^2 = 0,587$; $s = 0,766$; $n = 651$) zeichnet ein etwas neutraleres Bild. 45,6 % der Befragten schätzen ihre politische Selbstwirksamkeit hoch oder sehr hoch ein. Bivariate Analysen zum Zusammenhang zwischen den drei Variablen Vertrauen, Responsivität und Selbstwirksamkeit zeigen hier geringe bis mittlere signifikante Zusammenhänge zwischen den Variablen.⁵⁹

Wie erwartet werden konnte, stimmten die Befragten den Items zur Einstellung gegenüber politischer Partizipation ($\bar{x} = 3,37$; $\tilde{x} = 3,4$; $x_{\text{mod}} = 4$, $s^2 = 0,262$; $s = 0,511$; $n = 619$) im Durchschnitt eher bis voll und ganz zu. Nur 15,7 % der Befragten wiesen hierbei einen Wertebereich von 1-4 einen Indexwert auf, der unter 3 liegt. Dies führt zu einer leicht linksschiefen Verteilung der Variablen ($\neq \bar{x} \approx \tilde{x} \approx x_{\text{mod}}$).

Wie schon die Art und Weise der Konstruktion des Index ‚Aktive politische Partizipation‘ ($\bar{x} = 0,84$; $\tilde{x} = 1$; $x_{\text{mod}} = 1$, $s^2 = 0,687$; $s = 0,829$; $n = 670$) erwarten ließ, zeigen die Daten, dass mit 39,3%

⁵⁸ Für die genauen Zusammenhangsmaßen, siehe die Korrelationsmatrix im Anhang (2.7). Weitere Analysen zu den Zusammenhängen sind an dieser Stelle nicht durchgeführt worden, da sie nicht das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie betreffen.

⁵⁹ Für die genauen Zusammenhangsmaßen, siehe die Korrelationsmatrix im Anhang (2.7). Weitere Analysen zu den Zusammenhängen, auch in Bezug auf die Variablen zum politischen Interesse (s.o.) sind an dieser Stelle nicht durchgeführt worden, da sie nicht das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Studie betreffen.

ein relativ großer Anteil der Befragten – gemessen am Maßstab des zugrundeliegenden Index – als nicht bzw. nicht besonders stark politisch engagiert einzustufen ist. Im Umkehrschluss können insgesamt 60,7 % der Befragten als politisch besonders aktiv bezeichnet werden, wobei nur 19,7 % mindestens zwei und 4,0 % drei der in den Index eingegangenen Aktivitäten nachkommen.

Wie nach der Analyse der einzelnen Indexvariablen zu erwarten war, zeigen die Lagemaße der abhängigen Variablen ‚Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten‘ ($\bar{x}=3,29$; $\tilde{x}=3,33$; $x_{\text{mod}}=3,5$, $s^2=0,438$; $s=0,662$; $n=669$) zunächst, dass die Befragten den abgefragten, demokratiefördernden Effekten im Durchschnitt nur ‚zum Teil‘ zustimmen. Die Standardabweichung von 0,662 unterstützt dieses Ergebnis. Die Daten streuen im Durchschnitt nur wenig um den Mittelwert. Betrachtet man die Verteilung im Einzelnen, so zeigt sich jedoch, dass insgesamt 39 % der Befragten den demokratiefördernden Effekten der Bürgerhaushalte mit einem Indexwert von über 3,5 zumindest tendenziell eher zustimmen.

Insgesamt entspricht die deskriptive Auswertung der Daten damit in weiten Teilen den, auch aufgrund des Zustandekommens der Stichprobe, erwarteten Ergebnissen. So waren beispielsweise hohe Zustimmungswerte bei Variablen wie dem ‚Politischen Interesse allgemein‘, dem ‚Politischen Interesse an Kommunalpolitik‘ oder aber auch der ‚Einstellung zu politischer Partizipation‘ zu erwarten gewesen. Obwohl die Daten in der Regel nicht besonders breit streuen, ist die Variation der Daten ausreichend, um Unterschiede zwischen den Befragten darstellen zu können. Die Ergebnisse bivariater Analysen zeigen, dass einige der unabhängigen Variablen auch untereinander korreliert sind. Dieses Ergebnis scheint aufgrund der inhaltlichen Nähe der erhobenen Variablen nicht besonders überraschend, muss jedoch bei den weiteren statistischen Analysen mit bedacht werden.⁶⁰

5.4 Multivariate Auswertung

5.4.1 Einführung und Voraussetzungen

Die deskriptive Auswertung der Variablen ‚Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten‘ hat bereits gezeigt, dass die Befragten den Bürgerhaushalten im Durchschnitt durchaus demokratiefördernde Effekte zusprechen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Befragten in ihren konkreten Urteilen deutlich. Worin begründen sich diese Unterschiede? Von welchen situativen und personenbezogenen Faktoren ist es abhängig, ob die Teilnehmer den Projekten demokratiefördernde

⁶⁰ s. Ausführungen zur Multikollinearität der Daten in 5.4.

Effekte zusprechen? Um diese Forschungsfrage zu beantworten, bedarf es einer multivariaten Analyse, mithilfe derer der Einfluss der hier angenommenen und erhobenen Einflussvariablen auf die Bewertung der Bürgerhaushalte analysiert werden kann. Aufgrund der grundsätzlichen Annahme linearer Zusammenhänge zwischen den erhobenen unabhängigen Variablen und der abhängigen Variablen (vgl. 4.3) sowie deren Datenniveaus, wurde sich hier für die Durchführung einer multiplen linearen Regressionsanalyse entschieden (Backhaus, 2011). Ziel dieser Analyse soll es dabei vor allem sein, zu klären, inwieweit die hier eher exploratorisch erhobenen, unabhängigen Variablen tatsächlich in der Lage sind, die unterschiedlichen Bewertungen der abhängigen Variablen durch die Befragten zu erklären sowie die Stärke und Richtung dieser Einflüsse zu bestimmen.⁶¹

Um eine multiple lineare Regressionsanalyse sinnvoll durchführen zu können, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein. Die abhängige Variable muss mindestens intervallskaliert sein, die unabhängigen Variablen müssen ebenfalls intervallskaliert oder aber dichotom sein. Aus diesem Grund mussten die Variablen ‚Teilnahmehäufigkeit am Bürgerhaushalt‘ sowie die soziodemographische Variable ‚Bildung‘ zunächst dichotomisiert werden.⁶² Zudem muss gezeigt werden, dass tatsächlich ein linearer Zusammenhang zwischen den unabhängigen und der abhängigen Variable besteht, keine Multikollinearität vorliegt, keine Heteroskedastizität der Residuen beobachtet werden kann und die Residuen normalverteilt sind (Backhaus, 2011; Fromm, 2012; Nonnenmacher et al., 2012). Obwohl die Regressionsanalyse generell als relativ robust gegen Verletzungen dieser Voraussetzungen gilt, sollen im Folgenden neben den Analyseergebnissen auch die Ergebnisse der Voraussetzungsprüfungen dargestellt werden.⁶³

5.4.2 Durchführung und Ergebnisse der multiplen linearen Regressionsanalyse

Vor der eigentlichen Regressionsanalyse wird zunächst eine Korrelationsmatrix erstellt, in der alle, in die Analyse eingehenden Variablen gegeneinander abgetragen werden. Die Matrix zeigt, dass alle unabhängigen Variablen, mit Ausnahme der Teilnahmehäufigkeit und der Bildung, signifikante Zusammenhänge mit der abhängigen Variablen aufweisen. Damit ist für diese Variablen die Voraussetzung eines bestehenden linearen Zusammenhangs erfüllt. Zudem zeigt die Korrelationsmatrix, dass auch zwischen den unabhängigen Variablen zum Teil deutliche Zusammenhänge bestehen (vgl. 5.3), was zunächst als Hinweis auf Multikollinearität interpretiert werden muss.

⁶¹ Die Möglichkeit der Prognose von Verhalten durch Regressionsfunktionen spielt hier, auch mit Blick auf die Verallgemeinerbarkeit der Daten, keine Rolle.

⁶² Teilnahmehäufigkeit_dichotomisiert: 0= einmalige Teilnahme, 1=mehrmalige Teilnahme; Bildung_dichotomisiert: 0=niedrige Bildung (max. Mittlere Reife); 1=hohe Bildung (Abitur, Hochschulabschluss)

⁶³ Das Problem der Autokorrelation der Residuen wird an dieser Stelle nicht mit betrachtet, da es sich bei den vorliegenden Daten nicht um Zeitreihendaten handelt und eine Autokorrelation der Residuen daher nicht erwartbar ist (u.a. Fromm, 2012:87).

Der Vergleich mit den Toleranzwerten der Variablen (Abbildung 6) zeigt jedoch, dass diese für alle in die Analyse eingegangenen Variablen deutlich über dem Grenzwert 0,3 liegt. Damit liegt hier keine Multikollinearität vor, die die Ergebnisse der Regressionsanalyse infrage stellen würde (Nonnenmacher et al., 2012).

Mit vierzehn unabhängigen Variablen wird hier eine Regressionsanalyse mit einer vergleichsweise hohen Anzahl an Variablen durchgeführt. Es wurde sich daher dazu entschieden, zunächst eine schrittweise Regressionsanalyse zu rechnen, um die Variablen zu identifizieren, die einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

Abbildung 5: Modellzusammenfassung^h

Modell	R	R-Quadrat	Korrigiertes R-Quadrat	Standardfehler des Schätzers	Änderungsstatistiken				
					Änderung in R-Quadrat	Änderung in F	df1	df2	Sig. Änderung in F
1	,435 ^a	,189	,188	,59675944	,189	130,709	1	560	,000
2	,487 ^b	,237	,235	,57929179	,048	35,281	1	559	,000
3	,516 ^c	,266	,263	,56864910	,029	22,120	1	558	,000
4	,537 ^d	,288	,283	,56078862	,021	16,752	1	557	,000
5	,553 ^e	,306	,300	,55408604	,018	14,557	1	556	,000
6	,564 ^f	,318	,311	,54970660	,012	9,894	1	555	,002
7	,568 ^g	,323	,315	,54822719	,005	3,999	1	554	,046

- a. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik
- b. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt
- c. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation
- d. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse Politik allgemein
- e. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse Politik allgemein, politisches Vertrauen
- f. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse Politik allgemein, politisches Vertrauen, aktive Partizipation
- g. Einflußvariablen : (Konstante), Zufriedenheit Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse Politik allgemein, politisches Vertrauen, aktive Partizipation Responsivität
- h. Abhängige Variable: Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten

Die Modellzusammenfassung der Regressionsanalyse zeigt, dass sieben der vierzehn unabhängigen Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten haben. Unter Berücksichtigung der Fallzahl und der Anzahl der Variablen kann das Regressionsmodell mit insgesamt 31,5 % (vgl. korrigiertes R-Quadrat) einen für sozialwissenschaftliche Untersuchungen sehr hohen Anteil der Varianz der abhängigen Variablen erklären. Die Hinzunahme der Variablen ‚Politisches Vertrauen‘, ‚Aktive Partizipation‘ und ‚Responsivität des kommunalpolitischen Systems‘ liefern mit unter 2 % nur noch wenig weiteres Varianzaufklärungspotenzial (vgl. Änderung in R-Quadrat). Dies ist jedoch aufgrund des Zusammenhangs der Variablen mit der Zufriedenheit mit der Stadtpolitik bzw. dem allgemeinen Interesse für Politik kaum überraschend. Die Betrachtung der Modellkoeffizienten liefert nun Informationen über Stärke und Richtung der Zusammenhänge zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen und der abhängigen Variablen.

Abbildung 6: Koeffizienten^a

Modell		Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	95,0% Konfidenzintervalle für B		Kollinearitätsstatistik	
		Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			Untergrenze	Obergrenze	Toleranz	VIF
1	(Konstante)	2,532	,071		35,842	,000	2,393	2,671		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,321	,028	,435	11,433	,000	,266	,376	1,000	1,000
2	(Konstante)	2,699	,074		36,415	,000	2,554	2,845		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,318	,027	,431	11,662	,000	,264	,371	1,000	1,000
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,292	,049	-,219	-5,940	,000	-,388	-,195	1,000	1,000
3	(Konstante)	1,945	,176		11,053	,000	1,600	2,291		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,314	,027	,425	11,718	,000	,261	,366	,999	1,001
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,266	,049	-,200	-5,485	,000	-,361	-,171	,987	1,013
	Einst. pol. Partizipation	,222	,047	,172	4,703	,000	,129	,315	,986	1,014
4	(Konstante)	2,301	,194		11,855	,000	1,919	2,682		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,306	,026	,414	11,546	,000	,254	,358	,993	1,007
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,250	,048	-,188	-5,197	,000	-,344	-,155	,980	1,020
	Einst. pol. Partizipation	,274	,048	,211	5,668	,000	,179	,368	,920	1,087
	Interesse Politik allgemein	-,128	,031	-,152	-4,093	,000	-,189	-,066	,926	1,080
5	(Konstante)	2,178	,194		11,207	,000	1,797	2,560		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,234	,032	,317	7,237	,000	,170	,297	,652	1,533
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,266	,048	-,200	-5,582	,000	-,359	-,172	,972	1,029
	Einst. pol. Partizipation	,279	,048	,216	5,852	,000	,185	,373	,919	1,088
	Interesse Politik allgemein	-,121	,031	-,144	-3,904	,000	-,181	-,060	,923	1,084
	Politisches Vertrauen	,116	,030	,167	3,815	,000	,056	,176	,649	1,542
6	(Konstante)	2,124	,194		10,972	,000	1,744	2,505		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,231	,032	,313	7,199	,000	,168	,294	,652	1,534
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,266	,047	-,200	-5,628	,000	-,359	-,173	,972	1,029
	Einst. pol. Partizipation	,302	,048	,233	6,307	,000	,208	,396	,898	1,114
	Interesse Politik allgemein	-,103	,031	-,122	-3,296	,001	-,164	-,041	,892	1,121
	Politisches Vertrauen	,111	,030	,160	3,679	,000	,052	,171	,647	1,546
	Aktive Partizipation	-,092	,029	-,115	-3,146	,002	-,149	-,035	,918	1,090
7	(Konstante)	2,034	,198		10,252	,000	1,644	2,423		
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,222	,032	,301	6,890	,000	,159	,285	,640	1,561
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,256	,047	-,192	-5,396	,000	-,349	-,163	,961	1,041
	Einst. pol. Partizipation	,298	,048	,230	6,241	,000	,204	,392	,896	1,116
	Interesse Politik allgemein	-,103	,031	-,123	-3,325	,001	-,164	-,042	,892	1,121
	Politisches Vertrauen	,088	,032	,127	2,742	,006	,025	,152	,566	1,767
	Aktive Partizipation	-,096	,029	-,120	-3,287	,001	-,153	-,039	,913	1,095
	Responsivität	,076	,038	,081	2,000	,046	,001	,150	,743	1,346

a. Abhängige Variable: Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten

Es wird deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Stadtpolitik mit einem standardisierten Beta-Koeffizienten von 0,301⁶⁴ den größten Einfluss darauf hat, wie Befragte das Auftreten demokratiefördernder Effekte durch die Bürgerhaushalte bewerten: Je höher die generelle Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu. Den zweitstärksten Einfluss übt die Einstellung gegenüber Partizipation auf die abhängige Variable aus (standardisierter Beta-Koeffizient= 0,230). Auch hier ist der Einfluss positiv gerichtet. Je positiver die generelle Einstellung zur politischer Partizipation, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu. Die Frage, ob ein Befragter in Köln oder in Bonn an einem Bürgerhaushalt teilgenommen hat, hat den drittstärksten Einfluss auf die abhängige Variable (standardisierter Beta-Koeffizient= -0,192). Kölner Befragte haben den demokratiefördernden Effekten des Projekts eher zugestimmt als Bonner Befragte. Es folgt der Einfluss des politischen Vertrauens (standardisierter Beta-Koeffizient= 0,127). Je höher das politische Vertrauen, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu. Mit einem standardisierten Beta-Koeffizient von -0,123 hat das allgemeine politische Interesse der Befragten den fünftstärksten Einfluss auf die abhängige Variable. Je höher das politische Interesse, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten *nicht* zu. Die Variablen ‚Aktive Partizipation‘ (standardisierter Beta-Koeffizient= -0,120) sowie die ‚Einschätzung der Responsivität des kommunalpolitischen Systems‘ (standardisierter Beta-Koeffizient= 0,081) sind die Faktoren mit den schwächsten Einflüssen auf die abhängige Variable. Dabei besteht ein negativer Einfluss der aktiven Partizipation der Befragten auf deren Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten. Die Einschätzung der Responsivität des kommunalpolitischen Systems hingegen hat einen positiven Einfluss auf die abhängige Variable.

Betrachtet man die einzelnen Schritte der Modellbildung, so fällt zudem auf, dass sich die Regressionskoeffizienten der einzelnen Variablen nur mit wenigen Ausnahmen verändern, sobald im nächsten Modellschritt eine weitere Variable mit aufgenommen wird. Auch dies deutet auf die bestehenden Zusammenhänge zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen hin. Gleichzeitig führt ein Zusammenhang mit der neu aufgenommenen Variablen nicht dazu, dass eine der vorherigen Variablen als nicht weiter signifikante Einflussvariable aus dem Modell entfernt wird. Das heißt, die im Modell aufgenommenen Variablen haben auch dann einen direkten Einfluss auf die abhängige Variable, wenn man für ihren Zusammenhang mit anderen unabhängigen Variablen

⁶⁴ Da die unabhängigen Variablen untereinander korreliert sind, muss davon ausgegangen werden, dass die standardisierten Beta-Koeffizienten verzerrt sind und das tatsächliche Varianzaufklärungspotential der einzelnen Variablen nicht genau widerspiegeln. Aus diesem Grund wurden zudem das minimale sowie das maximale Varianzaufklärungspotential der Variablen bestimmt (Fromm, 2012:102ff.). An dieser Stelle werden dennoch die standardisierten Koeffizienten verglichen, um Aussagen über den Einfluss der einzelnen Variablen innerhalb des Modells zu bekommen, da ein Vergleich mit den errechneten minimalen und maximalen Aufklärungspotentialen das gleiche Ergebnis nahelegt (Anhang 2.7).

kontrolliert.⁶⁵ Im hier aufgestellten Modell würde der ausgewiesene Regressionskoeffizient für die Zufriedenheit mit der Stadtpolitik demnach zeigen, dass die Bewertung der abhängigen Variable um 0,222 Indexpunkte steigen würde, wenn sich die Zufriedenheit der Stadtpolitik um eine Einheit erhöhen würde. Die Interpretation der Konfidenzintervalle der Regressionskoeffizienten gibt zusätzlich Aufschluss darüber, wie zuverlässig die modellierte Regressionsfunktion bezüglich der einzelnen Parameter ist. Für die Variable ‚Zufriedenheit mit der Stadtpolitik‘ zeigt das Konfidenzintervall, dass der wahre Regressionskoeffizient mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % zwischen 0,159 und 0,285 liegt. Hier kann also von einer relativ sicheren Schätzung des Regressionskoeffizienten ausgegangen werden. Die genaue Interpretation der anderen Regressionskoeffizienten erfolgt äquivalent. Für alle Parameter fallen die Konfidenzintervalle hier mit Werten zwischen 0,1 und 0,2 eher gering aus und legen damit relativ sichere Schätzungen der Koeffizienten nahe.

Die schrittweise Regressionsanalyse abschließend, wurden Informationen über die Verteilung der Residuen analysiert. Zunächst wurden dazu in einem Streudiagramm die Residuen gegen die durch die Regressionsanalyse geschätzten Werte geplottet. Das Ergebnis zeigt, dass hier keine Heteroskedastizität der Residuen vorliegt. Auch wenn einige Ausreißer zu erkennen sind, kann hier eher eine elipsen- als trichterförmige Verteilung erkannt werden.

Da die vorliegende Datenanalyse auf einer relativ großen Stichprobe basiert ($N > 40$), kann hier davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse der Regressionsanalyse auch dann zutreffend wären, wenn die letzte der oben genannten Voraussetzungen – die Normalverteilung der Residuen – nicht vorläge (Nonnenmacher et al., 2012: 110). Ein Vergleich der Häufigkeitsverteilung der standardisierten Residuen mit einer Normalverteilungskurve macht hier jedoch deutlich, dass sich diese bis auf wenige Abweichungen unterhalb des Mittelwertes insgesamt recht gut an die Normalverteilung anpasst.⁶⁶ Dies zeigt zum einen, dass das Modell niedrigere Ausprägungen der abhängigen Variablen etwas schlechter erklären kann als hohe Ausprägungen, zum anderen kann eine (relative) Normalverteilung der Residuen als Hinweis darauf interpretiert werden, dass das Modell wichtige Variablen zur Schätzung und damit zur Erklärung der abhängigen Variablen enthält (Fromm, 2012: 100; Nonnenmacher et al., 2012: 109).

Um die Modellbildung, die im Rahmen der schrittweisen Regressionsanalyse durch SPSS automatisch vorgenommen wurde, auch unter inhaltlichen Gesichtspunkten noch einmal zu prüfen,

⁶⁵ Dies bedeutet aber nicht, dass es nicht auch eine andere, hier nicht erhobene Einflussvariable gibt, die einen der hier gefunden Zusammenhänge als Scheinkorrelation enttarnen könnte.

⁶⁶ Neben dem erstellten Histogramm wird dies auch durch die Betrachtung des Normalverteilungsplots der Residuen deutlich.

wurde im Anschluss eine weitere Regressionsanalyse durchgeführt, die alle Variablen gleichzeitig in die Analyse aufnimmt. Es sollte damit sichergestellt werden, dass eine Variable nicht nur deshalb aus dem Modell und damit aus der Interpretation ausgeschlossen wird, weil sie beispielsweise die gegebenen Aufnahmekriterien minimal überschreitet. Im vorliegenden Fall, zeigt das Modell mit allen unabhängigen Variablen jedoch weder ein höheres Varianzaufklärungspotential, noch gibt es einen Hinweis auf weitere, relevante Variablen, sodass das beschriebene Modell beibehalten wird.

5.5 Diskussion – das demokratische Potenzial von Bürgerhaushalten aus Sicht der Bürger

Das Anliegen der vorliegenden Studie ist es, zu ergründen, ob Teilnehmer von Bürgerhaushaltsprojekten diesen demokratiefördernde Effekte zuschreiben und welche situativen bzw. personenbezogenen Faktoren dies beeinflussen. Die Ergebnisse der durchgeführten Onlinebefragung zeigen, dass die in der partizipatorischen Theorie unterstellten demokratiefördernden Effekte von Partizipation durchaus von einigen befragten Teilnehmern der Bürgerhaushalte in Köln und in Bonn erkannt und bestätigt werden. Andere Teilnehmer hingegen sehen keine Erfüllung demokratischer Effekte oder stellen diese zumindest in Teilen in Frage. Ein erster Versuch, diese Bewertungsunterschiede zu erklären, konnte zeigen, dass diese weniger von situativen Faktoren (d.h. hier der Teilnahme am konkreten Projekt) bestimmt werden, als vielmehr von grundsätzlichen persönlichen Einstellungen und Erfahrungen der Teilnehmer geprägt sind. Ein Blick auf die bestätigten bzw. nicht bestätigten Hypothesen dieser Untersuchung macht dies deutlich:

H₁: *Nicht bestätigt*: Je häufiger sich ein Teilnehmer am Bürgerhaushalt beteiligt hat, desto eher stimmt er den demokratiefördernden Effekten zu.

H₂: *Nicht bestätigt*: Je intensiver sich ein Teilnehmer am Bürgerhaushalt beteiligt hat, desto eher stimmt er den demokratiefördernden Effekten zu.

H₃: *Bestätigt*: Je höher das politische Vertrauen, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₄: *Bestätigt*: Je höher die generelle Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₅: *Bestätigt*: Je positiver die generelle Einstellung zu politischer Partizipation, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₆: *Nicht bestätigt*: Je höher die empfundene Selbstwirksamkeit, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₇: *Bestätigt*: Je höher die wahrgenommene Responsivität der Kommunalpolitik, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu.

H₈: *Bestätigt*: Je höher die aktive politische Beteiligung, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten nicht zu.

H₉: *Bestätigt*: Je höher das politische Interesse, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten nicht zu.

Von den neun formulierten Hypothesen konnten sechs Hypothesen durch die Ergebnisse bestätigt werden. Insgesamt betrachtet konnte somit gezeigt werden, dass diejenigen, die ohnehin zufrieden sind mit der demokratischen Funktionsfähigkeit der Stadtpolitik (die mit der Stadtpolitik generell zufrieden sind, die dem kommunalpolitischen System vertrauen und diesem eine hohe Responsivität zusprechen), auch den Bürgerhaushaltsprojekten eher eine demokratische Funktion zusprechen. Ebenso begünstigt die Betonung des Wertes politischer Partizipation an sich eine positive Bewertung der Beteiligungsprojekte. Im Gegensatz dazu scheinen diejenigen, denen man plausiblerweise eine größere Erfahrung mit dem politischen System unterstellen kann (die sich besonders für Politik interessieren und sich politisch stark engagieren), die demokratische Funktionsfähigkeit der Bürgerhaushalte eher kritisch zu sehen. Erstaunlich scheint dabei allerdings, dass das explizite Interesse an der Stadtpolitik keinen Einfluss auf die Bewertung der Projekte zu haben scheint.

Ebenso zeigen die Ergebnisse, entgegen der Erwartung, keinen Einfluss der empfundenen Selbstwirksamkeit auf die Bewertung der demokratiefördernden Effekte der Bürgerhaushalte. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass das Konstrukt durch das verwendete Instrument nicht umfassend genug gemessen werden konnte (vgl. 5.2). Eine weitere inhaltliche Interpretation scheint daher an dieser Stelle nicht sinnvoll.

Ebenfalls anders als erwartet konnten in dieser Studie kaum Anhaltspunkte dafür gefunden werden, dass situative Faktoren, die die Art und Weise der Teilnahme an dem konkreten Projekt beschreiben, Einfluss darauf haben, wie die Teilnehmer dieses aus demokratischer Perspektive bewerten. Wie häufig oder wie intensiv jemand am Bürgerhaushalt teilgenommen hat scheint keine Rolle zu spielen, wenn es beispielsweise darum geht, ob er das Gefühl hat, wirklich mitgestalten zu können oder ob durch den Bürgerhaushalt bessere Entscheidungen getroffen werden

können. Das Ergebnis scheint verwunderlich, weist jedoch womöglich darauf hin, dass es den Bürgern in ihrer Bewertung des Bürgerhaushaltes mehr darum geht, dass es das Partizipationsangebot generell gibt und weniger um ihre eigene Einflussnahme. Dies ist jedoch eine Vermutung, die nur in weiteren Studien überprüft werden kann.

Die Frage, ob jemand in Köln oder in Bonn am Bürgerhaushalt teilgenommen hat, ist der einzig situative Faktor, der in der vorliegenden Studie als Einflussfaktor für die Bewertung des Projektes identifiziert werden konnte. Da die Projekte in Bonn und in Köln in Art und Aufbau sehr ähnlich waren, scheint eine Erklärung, die prozessuale Ursachen vermutet weniger naheliegend (vgl. 4.1). Eine mögliche Begründung könnte allenfalls in den unterschiedlichen Ergebnissen der Projekte zu suchen sein. In Bonn ist die Teilnehmerzahl beim vergangenen Bürgerhaushalt im Vergleich zum Vorjahr dramatisch gesunken (vgl. 4.1). Viele Bonner Bürger scheinen mit den Ergebnissen des ersten Haushalts wenig zufrieden.⁶⁷ In der vorliegenden Befragung waren es 51 % der Bonner Befragten, die nur bei dem ersten Bürgerhaushalt in Bonn teilgenommen hatten. Daher liegt die Vermutung nahe, dass diese ihre mögliche Unzufriedenheit in der Befragung vermehrt durch negativere Bewertungen äußerten und so der Unterschied zu den Kölner Teilnehmern zu erklären ist. Mit dieser Vermutung kann zwar unter Umständen das in der vorliegenden Studie aufgetretene statistische Ergebnis erklärt werden, dieses liefert damit jedoch keinerlei Hinweis auf einen allgemein relevanten situativen Einflussfaktor. Hier gilt es, in zukünftigen Studien anzuknüpfen und beispielsweise gezielt den Einfluss prozessualer Faktoren auf die Bewertung von Bürgerhaushalten zu untersuchen.⁶⁸

Insgesamt konnten mit den Ergebnissen dieser Studie einige Einflussfaktoren auf die demokratische Bewertung von Bürgerhaushalten identifiziert werden, die in der Lage sind, die gefundenen Bewertungsunterschiede zu einem großen Teil zu erklären. Dennoch weist die Studie auch einige methodische wie inhaltliche Schwächen auf. Es wurde in der Datenanalyse deutlich, dass, obwohl bereits getestete Skalen, die Instrumente zur Messung der politischen Selbstwirksamkeit sowie des politischen Vertrauens nur bedingt reliable Ergebnisse lieferten. Alternative Operationalisierungen könnten die hier gefundenen Ergebnisse verändern. Die Ergebnisse bezüglich dieser beiden Faktoren sollten daher lediglich als erste Hinweise interpretiert werden, die es im Rahmen zukünftiger Forschung zu überprüfen gilt. Ebenso scheint eine alternative Operationalisierung der Variablen ‚Aktive Partizipation‘ angebracht, um den hier identifizierten, schwachen Einfluss zu bestätigen oder zu falsifizieren. Eine umfangreichere Abfrage von Partizipationsmöglichkeiten

⁶⁷ Die im zweiten Durchlauf vorgenommenen Verfahrensänderungen können den Unterschied zwischen Köln und Bonn hier eher nicht erklären, da der zweite Bonner Haushalt noch stärker der Vorgehensweise in Köln entspricht.

⁶⁸ Da viele der Bürgerhaushalte in Deutschland nach einem ähnlichen Prozess ablaufen, wäre hier gegebenenfalls ein experimentelles Vorgehen von Nöten.

sowie die Aufnahme einer Frage zum Aktivitätsgrad könnten hier zu genaueren Ergebnissen führen.

Die Skala zur Messung der abhängigen Variablen wurde erst für die vorliegende Studie entwickelt und einem ersten Test unterzogen. Zwar konnte im Rahmen der hier bestehenden Möglichkeiten die Funktionsfähigkeit der Skala generell bestätigt werden, dennoch scheinen manche Items von den Befragten besser zu beantworten gewesen zu sein als andere. Eine Weiterentwicklung und Anpassung der Skala scheint hier notwendig; eine grundlegende Entwicklung wünschenswert.

Mithilfe der hier durchgeführten standardisierten Onlinebefragung konnten lediglich Querschnittsdaten erhoben werden; die Zustimmung zu den demokratiefördernden Effekten konnte nur zu einem Messzeitpunkt, nämlich nach der Teilnahme, gemessen werden. Die dieser Messung zugrunde liegenden, in den partizipatorischen Demokratietheorien verankerten Effekte, werden dort jedoch primär als *Wirkungseffekte* konzeptionalisiert. Um die unterstellten Wirkungszusammenhänge empirisch messbar zu machen, wäre daher in zukünftigen Studien ein longitudinales Design wünschenswert.

Schließlich stellt sich die Frage, inwieweit die hier gefundenen Ergebnisse auf alle Newsletterabonnetten, alle Teilnehmer der Bürgerhaushalte in Köln und Bonn, Bürgerhaushalte im Allgemeinen oder sogar auf das weitere Feld der Bürgerbeteiligungen bezogen werden können. Wie schon in der anfänglichen Beschreibung der Stichprobe in diesem Kapitel deutlich wird, scheint die realisierte Stichprobe zumindest in der Verteilung einiger Merkmale mit der zugrundegelegten Grundgesamtheit (Teilnehmer an den Bürgerhaushalten in Köln und Bonn) vergleichbar und auch der Stichprobenumfang groß genug, um statistische Aussagen treffen zu können. Beides reduziert jedoch nicht das Problem der fehlenden Repräsentativität der hier erhobenen Daten. Es gilt daher auch abschließend noch einmal zu betonen, dass die hier präsentierten Ergebnisse lediglich als Hinweise auf mögliche Einflussfaktoren gelten können, die durch zukünftige Forschung überprüft werden müssen. Insbesondere den Stellenwert der prozessbezogenen Faktoren gilt es dabei in den Blick zu nehmen, indem zum Beispiel in ihrem Ablauf unterschiedliche Bürgerhaushalte, wenn nicht allgemein Bürgerbeteiligungsprojekte, in Bezug auf die Zustimmung der Teilnehmer zu demokratiefördernden Effekten untersucht werden. Nur so könnten Hinweise für die weitere Übertragbarkeit der hier gewonnenen Erkenntnisse identifiziert werden.

6. Fazit

6.1 Zusammenfassung

Das Ziel dieser Arbeit war es, herauszufinden, inwiefern Teilnehmer onlinegestützter Bürgerhaushalte den von partizipatorischen Demokratietheorien formulierten demokratiefördernden Effekten zustimmen und welche situativen- und personenbezogenen Faktoren hierauf Einfluss nehmen. Übergeordnet zielte diese Arbeit damit auch auf die Frage, ob (onlinebasierte) Bürgerbeteiligungsprojekte die richtige ‚Medizin‘ für die kränkelnde Demokratie darstellen.

Zur Einbettung des Forschungsvorhabens in die weitere wissenschaftliche Debatte, wurde in einem ersten Schritt der Forschungsstand zu den Gebieten *Evaluationsforschung von E-Partizipation, Internet und Demokratie* sowie *Bürgerhaushalten* skizziert. Nach der Diskussion des demokratietheoretischen Zugangs, wurde aus verschiedenen partizipatorischen Demokratietheorien ein Katalog demokratiefördernder Effekte extrahiert. Dieser wurde im Folgenden operationalisiert und zur Befragung von über 800 Teilnehmern der Bürgerhaushalte Bonn und Köln genutzt. Nach der Beschreibung und Diskussion der statistischen Ergebnisse in Kapitel 5 soll im Folgenden die gesamte Arbeit (kritisch) reflektiert und diskutiert werden, inwiefern die ursprünglichen Ziele dieser Arbeit erreicht wurden.

Die Skizzierung des Forschungsstandes hat unter anderem gezeigt, dass eine „evaluation gap“ (Westholm, 2009: 1) im Bereich der Evaluationsforschung existiert. Ziel dieser Arbeit war es, diese Lücke – zumindest auf der demokratischen Evaluationsebene – weiter zu schließen, indem ein solider Katalog demokratiefördernder Effekte aus der Theorie extrahiert und der empirischen Messung zugänglich gemacht wurde. Mithilfe dieses Katalogs scheint es nun fundierter als bislang möglich, Beteiligungsprojekte unter normativ-theoretischen Gesichtspunkten zu evaluieren.

Zusammengefasst hat die Befragung gezeigt, dass Teilnehmer von Bürgerhaushalten diesen durchschnittlich durchaus eine demokratiefördernde Wirkung zusprechen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Befragten – erwartbarerweise – im Grad ihres Zuspruchs. Diese Unterschiede konnte durch die Befragung in Teilen erklärt werden. Dabei zeigte sich, dass vor allem die generelle Zufriedenheit der Bürger mit der Stadtpolitik, ihre allgemeine Einstellung zu politischer Partizipation sowie ihr Vertrauen in das politische System einen maßgeblichen (positiven) Einfluss darauf haben, wie sie die demokratiefördernde Wirkung der Bürgerhaushaltsprojekte einschätzen.

Somit kann die übergeordnete Fragestellung, ob (onlinebasierte) Bürgerbeteiligungsprojekte als ‚Medizin‘ für die kränkelnde Demokratie dienen können, zumindest eingeschränkt positiv beant-

wortet werden. Positiv dahingehend, weil die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten davon zeugt, dass die Medizin wirkt und als der Demokratie zuträglich eingeschätzt wird. Einschränkend sind jedoch zwei Aspekte zu berücksichtigen. Erstens wird die Medizin vor allem von jenen als heilend eingeschätzt, die ohnehin schon weitestgehend zufrieden mit dem bisherigen System scheinen. Zweitens handelt es sich bei der untersuchten Gruppe um eine elitäre Auswahl überdurchschnittlich politisch interessierter, engagierter und sozioökonomisch prädestinierter Individuen und solange sich die ‚partizipatorische Medizin‘ ungleich verbreitet, bleibt das von den Internetpessimisten formulierte Ungleichheitsproblem bestehen.

6.2 Reflektion und Schlussfolgerungen für die weitere Forschung

Im Folgenden soll die theoretische und methodische Vorgehensweise dieser Arbeit kritisch beleuchtet werden. Zur Reflektion der Theoriearbeit ist zu sagen, dass sich die Denkströmung der partizipatorischen Theorie in mindestens dreierlei Hinsicht anbot. Erstens fordert diese inputorientierte Theorie die Beteiligung möglichst vieler an möglichst vielem (Schmidt, 2010: 236) und kann entsprechend auch für die onlinegestützte Beteiligung von Bürgern nutzbar gemacht werden, die die partizipatorische Einbindung einer möglichst hohen Zahl von Bürgern zum Ziel hat. Zweitens teilen Partizipationstheoretiker die Annahme dieser Arbeit, dass mehr partizipatorische Politik zur Überwindung der als krisenhaft verstandenen politischen Umstände beitragen kann (Zittel, 2005: 2). Die Wirkung dieser Medizin zu prüfen, war ein Ziel dieser Arbeit. Drittens hält die Theorie in ihrer Annahme, dass der Partizipationsprozess nicht spurlos am Bürger vorbei geht, empirisch überprüfbare Kategorien bereit, die in der vorliegende Studie unter dem Label *demokratiefördernde Effekte* als die abhängige Variablen modelliert wurden.

Allerdings ist die Wahl der theoretischen Grundlage nicht frei von Problemen. Ein Problem besteht sicherlich darin, dass partizipatorische Theoretiker von einer tatsächlichen partizipatorischen Ermächtigung der Bürger ausgehen, bei der Bürger über sie betreffende Entscheidungen *mitentscheiden*. Die Partizipationsstufe der tatsächlichen *Bürgermacht*, die Arnstein (1969) als die höchste Stufe seiner Partizipationsleiter versteht, ist im vorliegenden Fallbeispiel der onlinegestützten Bürgerhaushalte, sowie beim Gros anderer Beteiligungsprozesse in der Bundesrepublik, nicht verwirklicht. Es ist fraglich, ob auch Beteiligungsprozesse, die auf der Konsultationsebene anzusiedeln sind, die von den partizipatorischen Theorien beschriebenen Effekte überhaupt aufweisen können. Das zweite Problem, welches es zu berücksichtigen gilt, betrifft die in der Theorie angelegte Entwicklungs- oder Transformationsdimension von Partizipation (u.a. Warren, 1992). Die unterstellte *Wechselwirkung* zwischen der partizipatorischen Ausgestaltung des politischen Systems und den psychologischen Eigenschaften und Qualitäten der in diesem System

lebenden Bürgern (Pateman, 1970: 22) impliziert einen Wirkungsprozess, der in der vorliegenden Studie so nicht gemessen wurde. Die Wirkungseffekte, die sich durch Partizipation beim Individuum einstellen sollten, wurden hier als Einstellungen gemessen und können die These der Self-Transformation (Warren, 1992) weder widerlegen noch stützen.

Auch die methodische Vorgehensweise muss kritisch reflektiert werden. Um die hier aus der Theorie extrahierten demokratiefördernden Effekte messbar zu machen, wurde in der vorliegenden Studie eine neue Skala entwickelt, die die Zustimmung zu den demokratiefördernden Effekten insgesamt messen sollte. Die Herausforderung bestand dabei vor allem darin, die latenten und oft auch nicht ganz trennscharfen Effekte durch einzelne Items abzubilden und diese gleichzeitig an die Bürgerhaushaltsprojekte und ihre Teilnehmer anzupassen. Um sicherzustellen, dass das Messinstrument die Effekte wirklich valide misst, wäre eine grundlegende Entwicklung der Skala über mehrere Entwicklungsschritte, die im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden konnte, nötig und wünschenswert. Im Gegensatz zu dem aufgestellten Katalog demokratiefördernder Effekte, orientiert sich die entwickelte Skala zur Messung dieser stark an den hier untersuchten Bürgerhaushalten. Es scheint fraglich, wenn auch für die Vergleichbarkeit zukünftiger Studien erstrebenswert, inwieweit es gelingen kann, auch eine allgemein für die Evaluation von Bürgerbeteiligungsprojekten nutzbare Skala zu entwickeln.

Um die in dieser Studie gefundenen Hinweise auf mögliche Einflussfaktoren genauer zu überprüfen, wären weitere Studien wünschenswert, die die hier genutzten Messinstrumente überarbeiten, weitere Bürgerbeteiligungsprojekte in den Blick nehmen und auch weitere mögliche Erklärungsfaktoren in ihre Forschung einbeziehen. Denkbar wäre sowohl Prozessfaktoren, wie konzeptionelle Details von Beteiligungsprojekten, und andere Umweltfaktoren, wie politische Krisen oder Skandale, zu berücksichtigen, um eine ganzheitlichere Analyse möglich zu machen. Insgesamt wäre zudem ein longitudinales Design wünschenswert, um tatsächlich die vonseiten der partizipatorischen Demokratietheorien unterstellten *Wirkungseffekte* messen zu können.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es gelungen ist, im Rahmen dieser Arbeit ein Katalog demokratiefördernder Effekte zu identifizieren, der es ermöglicht, den ‚demokratischen Erfolg‘ von Bürgerbeteiligungsprojekten theoretisch verankerter und umfassender als bisher möglich zu evaluieren. Auch wenn das theoretische wie methodische Konzept einer weiteren Überprüfung und Weiterentwicklung bedarf, so scheint es die Forschung zur Konzeptionalisierung eines allgemeingültigen Evaluationsrasters zumindest für die Evaluation der demokratischen Ebene von Bürgerbeteiligungsprojekten weiter voranzubringen.

Literaturverzeichnis

- Agre, P. (1997). Building an internet culture. *Revista USP*, 3 (1997), 112–117.
- Aichholzer, G., Allhutter, D., Freschi, A. C., Lippa, B., Moss, G., & Westholm, H. (2008). eParticipation Evaluation and Impact. In B. Lippa (Hrsg.), *DEMO-net Deliverable 13.3*. Bremen.
- Albrecht, S. (2010). *Reflexionsspiele. Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet*. Bielefeld: Transcript.
- Albrow, M. & Bradford, C. I. (2008). Regionalism in global Governance. In A. F. Copper, C. W. Hughes & P. De Lombaerde (Hrsg.), *Regionalisation and Global Governance. The Taming of Globalisation?* (S. 230-248). New York: Routledge.
- Almond, G. A. & Verba, S. (1963). *The civic culture : political attitudes and democracy in five nations*. New Jersey : Princeton University Press.
- Allerbeck, K., Kaase, M. & Klingemann, H. (1980). Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation: Bericht über Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsvorhabens (II). *Politische Vierteljahresschrift*, 1 (1980), 88-96.
- Allenspach, D. (2012). *Der Effekt der Systemstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Allmendiger, J., & Krebs, D. (1983). *ZUMA-Handbuch sozialwissenschaftlicher Skalen*. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften.
- ARD/ZDF-Onlinestudie (2011). *Drei von vier Deutschen im Netz – ein Ende des digitalen Grabens in Sicht?* Abgerufen am 13. August 2012 unter: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Online11/EimerenFrees.pdf>.
- Arnstein, S. R (1969) A Ladder of Citizen Participation. *JAIP*, 3(4), 216-224.
- Avritzer, L. (2009). *Participatory Institutions in Brazil*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Bachrach, P. & Botwinick, A. (1992). *Power and empowerment. A radical theory of participatory democracy*. Philadelphia: Temple University Press.
- Backhaus, K. (2011). *Multivariate Analysemethoden : eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin [u.a.]: Springer.
- Baiocchi, G. (2005). *Militants as Citizens: The Politics of Participatory Democracy in Porto Alegre*. Stanford: Stanford University Press.
- Barber, B. (2002). Die ambivalenten Auswirkungen digitaler Technologie auf die Demokratie in einer sich globalisierenden Welt. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). *Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft* (S. 1-14), Abgerufen am 13. August 2012 unter: <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/demokratie/ambivalenz.pdf>.
- Balch, G. (1974). Sense of Political Efficacy. *Political Methodology*, 1(2), 1-43.

- Barber, B. (1995). *Jihad versus McWorld*. New York: Ballantine Book.
- Barber, B. (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Barber, B. (1988). *The Conquest of Politics. Liberal Philosophy in Democratic Times*. Princeton: NJ.
- Barber, B. (1984). *Strong democracy. Participatory Politics for a New Age*. Berkeley [u.a.]: University of California Press.
- Barnes, S. H. & Kaase, M. (1979). *Political action : mass participation in five Western democracies*. Beverly Hills [u.a.]: Sage Publications, Inc.
- Bauer, W. T. (2003). Internet und Demokratie. Mehr Demokratie durch das Netz? In *Österreichische Gesellschaft für Politikberatung*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/2_staat/InternetundDemokratie.pdf.
- Beck, K. (2006). *Computervermittelte Kommunikation im Internet*. München [u.a.]: Oldenbourg.
- Blauhut, D. (2011). Cologne – Key Challenges of Participation, *vhw FWS 4*, (September), 213–216.
- Braune, I. (2008). *Aneignung des Globalen. Internetalltag in der arabischen Welt. Eine Fallstudie in Marokko*. Bielefeld: Transcript.
- Buchstein, H. (1996). Bittere Bytes. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 4(1996), 583–607.
- Buchstein, H. & Pohl, K. (2006). Benjamin Barber. In P. Massing & G. Breit (Hrsg.). *Demokratietheorie. Von der Antike bis zur Gegenwart* (S. 280-287). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, (2012): *Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: <http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/81212/publicationFile/53987/handbuch-buergerbeteiligung.pdf>.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2012). 5. *Statusbericht Buergerhaushalt.org* (S. 1–7). Abgerufen am 13. August 2012 unter: www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2012/03/Statusbericht0312-Finale-1.pdf.
- Buse, M., Nelles, W. & Oppermann, R. (1978). *Determinanten politischer Partizipation: Theorieansatz und empirische Überprüfung am Beispiel der Stadtsanierung Andernach*. Meisenheim: Hain-Verlag
- Cambell, A., Converse, P. E., Miller, W. E. & Stokes, D. E. (1980). *The American Voter*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Cambell, A., Converse, P. E. & Miller, W. E. (1971). *The Voter Decides*. Westport: Greenwood Press.
- Castells, M. (2002). *Das Informationszeitalter. Die Macht der Identität*. Opladen: Leske + Budrich.

- Chadwick, A. (2009). Web 2.0: New Challenges for the Study of E-Democracy in an Era of Informational Exuberance. *I/S: A Journal of Law and Policy for the Information Society*, 5(1), 9–41.
- Coleman, S. & Götze, J. (2001). *Bowling Together: Online Public Engagement in Policy Deliberation*. London: The Hansard Society.
- Coppedge, M., & Reinicke, W. H. (1990). Measuring Polyarchy. *Studies in Comparative International Development*, 25(1), 51–72.
- Dahlberg, L. (2011). Re-constructing digital democracy: An outline of four positions. *New Media & Society*, 13(6), 855–872.
- Davis, A. (2010). New media and fat democracy: the paradox of online participation. *New media & Society*, 12(5), 745–761.
- Davis, R. (2005). *Politics Online: Blogs, Chatrooms and Discussion Groups in American Democracy*. New York: Routledge.
- Diamond, L., & Morlino, L. (2005). *Assessing the Quality of Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Dorer, J. (1999). Das Internet und die Genealogie des Kommunikationsdispositivs: Ein medien-theoretischer Ansatz nach Foucault. In A. Hepp & R. Winter (Hrsg.). *Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalysen* (S. 295-306). Opladen: VS-Verlag.
- Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Easton, D. (1965). *A System Analysis of Political Life*. Chicago: Chicago University Press.
- Eisel, S. (2011). *Internet und Demokratie*. Freiburg: Herder.
- Emmer, M., Vowe, G., & Wolling, J. (2011). *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK-Verl.-Ges.
- Emmer, M. & Vowe, G. (2004). Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. *Politische Vierteljahresschrift*, 45(2), 191–211.
- Fung, A. (2004). *Empowered Participation: Reinventing Urban Democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- Feick, J. (2007). Demokratische Partizipation im Zeitalter des Internets. In U. Dolata & R. Werle (Hrsg.). *Gesellschaft und die Macht der Technik* (S. 221-239). Frankfurt [u.a.]: Campus-Verlag.
- Fischer, A., & Kohr, H.-U. (1980). *Politisches Verhalten und empirische Sozialforschung: Leistung und Grenzen von Befragungsinstrumenten*. München: Juventa-Verlag.
- Fishkin, J. (1991). *Democracy and deliberation: new directions for democratic reform*. New Haven: Yale University Press.
- Fishkin, J. & Laslett, P. (2003). *Debating deliberative democracy*. Malden: Blackwell.

- Freelon, D.G. (2010). Analyzing online political discussion using three models of democratic communication. *Media & Society*, 12(7), 1172–1190.
- Fromm, S. (2012). *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2: Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fuchs, D. (1981). Dimensionen politischer Unterstützung. *Politischer Vierteljahresschrift*, 12, Sonderheft, 208-225.
- Gabriel, O. W. (2005). Politische Einstellungen und politische Kultur. In Gabriel, O. W. & E. Holtmann (Hrsg.). *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. Politisches System der Bundesrepublik Deutschland* (S. 459-522). München [u.a.]: Oldenbourg.
- Gabriel, O. W. (1997). *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V. (KSPW)*. Opladen : Leske + Budrich.
- Gabriel, O., W. (1996). Politische Orientierung und Verhaltensweisen. In M. Kaase (Hrsg.). *Politisches System. Berichte der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V. (KSPW)*, (S. 231-320). Opladen : Leske + Budrich.
- Gabriel, O. W. (1991) Funktionen politischer Beteiligung. In E. Antalovsky (Hrsg.). *Die Bürger und ihre Stadt. Direkte Demokratie in der Kommunalpolitik* (S. 327-350). Wien: Magistrat der Stadt Wien.
- Giddens, A. (1984). *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge: Polity Press.
- Glöckner-Rist, A. (2012). *ZIS 14.00. Mannheim* [u.a.]: GESIS.
- Goldberg, G. (2010). Rethinking the public/virtual sphere: The problem with Participation. *New Media & Society*, 13(5), 739–754.
- Gould, C. C. (1993). *Rethinking democracy. freedom and social cooperation in politics, economy, and society*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Grundwald, A., Banse, G., Coenen, C. & Hennen, L. (2006). *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet*. Berlin: edition sigma.
- Grundwald, A., Banse, G., Coenen, C. & Hennen, L. (2005). *Internet und Demokratie. Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten*. Berlin: Büro für Technikfolgenabschätzung beim deutschen Bundestag. Abgerufen am 13. August 2012 unter: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab100.pdf>.
- Habermas, J. (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hilbert, M. (2009). The Maturing Concept of E-Democracy: From E-Voting and Online Consultations to Democratic Value Out of Jumbled Online Chatter. *Journal of Information Technology & Politics*, 6(2), 87–110.

- Hilmer, J. D. (2010). The State of Participatory Democratic Theory. *New Political Science*, 32(1), 43–63.
- Hollihn, F. (1978). *Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß*. Baden-Baden: Nomos.
- Holtkamp, L. (2001). Probleme des Bürgerhaushalts. Abgerufen am 13. August 2012 unter: <http://www.die-gruenen-waltrop.de/pdf/buergerhaushalt.pdf>.
- Hui, G. & Hayllar, M. R. (2010). Creating Public Value in E-Government: A Public-Private-Citizen Collaboration Framework in Web 2.0. *Australien Journal of Public Administration*, 69(1), 120–131.
- Josowic, L. (2002). Partizipation in lokaler Demokratie : Das Orçamento Participativo in Porto Alegre (Brasilien). *Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik*, 2(2).
- Kaase, M. (1996). *Politisches System. Berichte der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V. (KSPW)*. Opladen : Leske + Budrich.
- Kaase, M. (1994). Partizipation. In E. Holtmann (Hrsg.). *Politik Lexikon* (S.442-445). Wien/München: Oldenburg.
- Kaufman, A. S. (1969). Human Nature and Participatory Politics. In W. E. Connolly (Hrsg.). *The Bias of Pluralism* (S. 178-200). New York: Atherton Press.
- Klein, A. (1997). *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland : Möglichkeiten und Grenzen*. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Kornelius, B., & Roth, D. (2004). *Politische Partizipation in Deutschland*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Kubicek, H., Lippa, B., & Koop, A. (2011). *Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung; eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Kühnel, S. & Krebs, D. (2001). *Statistik für die Sozialwissenschaften : Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg : Rowohlt-Taschenbuch-Verl.
- Leggewie, C. (1998a). Demokratie auf der Datenautobahn. In C. Leggewie & C. Maar (Hrsg.). *Internet und Politik* (S. 15-51). Köln: Bollmann
- Leggewie, C. (1998b). Enteignet Bill Gates – staatliche Regulierungsversuche im Internet. In C. Leggewie & C. Maar (Hrsg.). *Internet und Politik* (S. 207-222). Köln: Bollmann
- Lösch, B. (2005). *Deliberative Politik: moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lührs, R., Albrecht, S., Hohberg, B. & Hamburg, M. L. (2004). Online Diskurse als Instrument politischer Partizipation – Evaluation der Hamburger Internetdiskussion zum Leitbild „ Wachsende Stadt “. *Kommunikation@Gesellschaft*, 5(2002), 1–23.
- Macintosh, A. & Whyte, A. (2008). Towards an evaluation framework for eParticipation. *Transforming Government: People, Process and Policy*, 2(1), 16–30.

- Macpherson, C.B. (1977). *The Life and Times of Liberal Democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Mansbridge, J. (1999). On the Idea that Participation Makes Better Citizens. In S. L. Elkin & K. E. Sołtan (Hrsg.), *Citizen Competence and Democratic Institutions* (S. 291–328). PA: The Pennsylvania State University Press.
- Mayer-Uellner, R. (2003). *Das Schweigen der Lurker. Politische Partizipation und soziale Kontrolle in Online-Diskussionsforen*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Märker, O., & Wehner, J. (2011). Online-Bürgerbeteiligung in Kommunen. *vhw FWS 4*, (September), 201–206.
- Meckel, M. (2008). *Web 2.0: die nächste Generation Internet*. Baden-Baden: Nomos.
- Meißelbach, C. (2009). *Web 2.0 - Demokratie 3.0? : Demokratische Potentiale des Internets*. Baden-Baden: Nomos.
- Merkel, W. & Petring, A. (2011). *Partizipation und Inklusion*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: http://www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/dsl/partizipation_und_inklusion.pdf.
- Milbrath, L. W. & Goel, M. L. (1977). *Political participation : how and why do people get involved in politics*. Chicago : Rand McNally.
- Mutz, D. C. (2006). *Hearing the other side. deliberative versus participatory democracy*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Müller, E. (1979). *Agressive political participation*. Princeton: New Jersey.
- Nanz, P. & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Negroponte, N. (1995). *Total digital : die Welt zwischen 0 und 1 oder Die Zukunft der Kommunikation*. München: Bertelsmann.
- Neller, K. (2004). Politik und Lebenszufriedenheit. In J. W Van Deth (Hrsg.). *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003* (S. 27-55). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Nonnenmacher, A., Hoffmann, H., & Berninger, I. (2012). *Einführung in die Datenanalyse mit SPSS*. [zur Verfügung gestellt von H. Hoffmann]
- Nylen, W. R. (2003). *Participatory Democracy versus Elite Democracy: Lessons from Brazil*. New York: Palgrave Macmillan.
- O'Reilly, T. (2005). *What is Web 2.0. Design Patterns and Buisness Models for the Next Generation*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: <http://oreilly.com/pub/a/web2/archive/what-is-web-20.html?page=1>.
- Parry, G., Moyser, G. & Day, N. (1992). *Political participation and democracy in Britain*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pateman, C. (1970). *Participation and democratic theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pelinka, A. (1974). *Politik und moderne Demokratie*. Kronberg: TS.

- Pohl, M. (2007). *Soziale Ungleichheit im digitalen Zeitalter : eine Analyse der Internetnutzung in Deutschland*. Saarbrücken : VDM Verlag Dr. Müller.
- Pratchet, L., Durose, C., Lowndes, V., Smith, G., Stoker, G. & Wales, C. (2009). *Empowerment communities to influence local decision making. A systematic review of the evidence*. London: Communities and Local Government.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling alone : the collapse and revival of American community*. New York [u.a.] : Simon & Schuster.
- Radtke, G. (1976). *Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation, ein empirischer Beitrag*. Leverkusen: Heggen.
- Rheingold, H. (2002). *Smart Mobs: The Next Social Revolution*. London: Perseus.
- Rheingold, H. (1993). *The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier*. Reading: MA
- Rommele, A. (2003). Political Parties, Party Communication and New Information and Communication Technologies. *Party Politics*, 9(1), 7–20.
- Rowe, G., & Frewer, L. J. (2004). Evaluating Public-Participation Exercises: A Research Agenda. *Science, Technology & Human Values*, 29(4), 512–556.
- Rucht, D. (2007). Das intermediäre System politischer Interessensvermittlung. In O. Jarren, D. Lachenmeier, & A. Steiner (Eds.), *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. Nomos.
- Scharpf, F. (1999). *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch*. Frankfurt: Campus.
- Scharpf, F. W. (1975). *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg: Scriptor.
- Schmidt, J. (2008). Was ist neu am Social Web? Soziologische und kommunikationswissenschaftliche Grundlagen. In A. Zerfaß, M. Welker & J. Schmidt (Hrsg.). *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Neue Schriften zur Online-Forschung* (S. 18-40). Köln: Halem-Verlag.
- Schmidt, J. & Welker, M. (2008). Einleitung: Grundlagen und Methoden des Social Web. In A. Zerfaß, M. Welker & J. Schmidt (Hrsg.). *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Neue Schriften zur Online-Forschung* (S. 12-17). Köln: Halem-Verlag.
- Schmidt, M.G. (2010). *Demokratietheorie: eine Einleitung*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schmitter, P. C. (2005). The Ambiguous Virtues of Accountability. In L. Diamond & L. Morlino (Hrsg.). *Assessing the Quality of Democracy* (S. 18-31). Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Schnell, R., Hill, P. & Esser, E. (2011). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München [u.a.]: Oldenbourg.
- Schumpeter, J. A. (1950). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Basel: Francke.

- Sclove, R. E. (2004). Cybersobriety. How a commercial driven Internet threatens the foundations of democratic self-governance and what to do about it. In P. Day & D. Schuler (Hrsg.). *Community Practice in the Network Society* (S. 36-51). London: Routledge.
- Seifert, M. (2006). Neue Demokratie durch das Internet? Zum Einfluss des Netzes auf die bürgerliche politische Kommunikation. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19(2), 48–59.
- Stadt Köln. (2011). *Kölner Bürgerhaushalt Deine Stadt , Dein Geld*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2012/sites/default/files/downloads/Brosch%C3%BCre%20B%C3%BCrgerhaushalt%202012.pdf>
- Stegbauer, C. & Jäckel, M. (2008). *Social Software. Formen der Kooperation in computerbasierten Netzwerken*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Stegbauer, C. (2001). *Grenzen virtueller Gemeinschaft – Strukturen internetbasierter Kommunikationsforen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Stegbauer, C. (2000). Begrenzungen und Struktur internetbasierter Kommunikationsgruppen. In T. Caja (Hrsg.). *Soziales im Netz. Sprache, Beziehungen und Kommunikationskultur im Internet* (S. 18-38). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Stegbauer, C. (1996). *Euphorie und Ernüchterung auf der Datenautobahn*. Frankfurt: Dipa-Verlag.
- Steinbrecher, M. (2009). *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Siedschlag, A. (2003). Politologische Annäherung an die digitale Demokratie – Ein Kommentar zum Forschungsstand. In A. Rogg (Hrsg.). *Wie das Internet die Politik Verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen* (S. 9-20). Opladen: Leske+Budrich.
- Sintomer, Y., Herzberg, C., & Röcke, A. (2011). *Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie?* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sunstein, C. (2007). *Republic.Com*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Teorell, J. (2006). Political participation and three theories of democracy: A research inventory and agenda. *European Journal of Political Research*, 45(5), 787–810.
- Theobald, A. (2000). *Das World Wide Web als Befragungsinstrument*. Wiesbaden: DUV.
- Toffler, A. (1990). *Machtbeben: Powershift Wissen, Wohlstand und Macht im 21. Jahrhundert*. Düsseldorf [u.a.] : Econ-Verlag.
- Trippi, J. (2004). *The Revolution Will Not Be Televised: Democracy, the Internet and the Overthrow of Everything*. New York: Regan Books.
- Uehlinger, H.-M. (1988): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik : Strukturen und Erklärungsmodelle. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung*. Opladen : Westdeutscher Verlag.
- Van Deth, J. W. (2004). Politisches Interesse. In: J. W. Van Deth (Hrsg.). *Deutschland in Europa: Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003* (S. 275-293). Wiesbaden: VS-Verlag.

- Verba, S., Schlozman, H.E. & Brady, K.L. (1995). *Voice and Equality, Civic Volunteerism in American Politics*. Cambridge [u.a.]: Harvard University Press.
- Verba, S., Nie, N. H. & Kim, J.-O. (1978). *Participation and political equality*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America : political democracy and social equality*. New York [u.a.] : Harper & Row.
- Von Alemann, U. & Strünck, C. (1999). Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. In K. Kamps (Hrsg.). *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation* (S. 109-126). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Von Alemann, U. (1978). Einleitung: Partizipation, Demokratie, Mitbestimmung – Zur Problematik eines Gegenstandes. In U. von Alemann (Hrsg.). *Partizipation – Demokratie – Mitbestimmung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Vorwerk, V., Märker, O. & Wehner, J. (2008). Bürgerbeteiligung am Haushalt. *Standort*, 32(3), 114–119.
- Walk, H. (2008). *Partizipative governance : Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Wampler, B. (2008). *Participatory Budgeting in Brazil: Contestation, Cooperation, and Accountability*. University Park: Pennsylvania State Press.
- Waschkuhn, A. (1998). *Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*. München: Oldenbourg Verlag.
- Ward, S., W. Lusoli & Gibson, R. (2002). Virtually Participating: A Survey of Online Party Members. *Information Polity*, 7(4), 199–215.
- Warren, M. (2002). What can democratic participation mean today? *Political Theory*, 30(5), 677–701.
- Warren, M. (2001). *Democracy and Association*. Princeton: NJ.
- Warren, M. (1996). What Should We Expect from More Democracy? Radically Democratic Responses to Politics. *Political Theory*, 24(2), 241–270.
- Warren, M. (1992). Democratic Theory and Self-Transformation. *The American Political Science Review*, 86(1), 8–23.
- Westholm, H. (2009a). Evaluating eParticipation Projects : Practical Examples and Outline of an Evaluation Framework. *European Journal of ePractice*, 07(March), 1–18.
- Westholm, H. (2009b). *Wandel der Formen politischer Partizipation und der Beitrag des Internets*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_09_03.pdf.
- Westle, B. (1990). Legitimität der Parteien und des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42(1990), 401-427.

- Wiesendahl, E. (1981). *Moderne Demokratietheorie. Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen*. Frankfurt: Verlag Moritz Diesterweg.
- Winkel, O. (2007). Kommunikation, neue Medien und Globalisierung. In R. Robert (Hrsg.). *Bundesrepublik Deutschland – Politisches System und Globalisierung* (S. 235-253). Münster: Waxmann.
- Winkel, O. (2001). Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien - Positionen und Perspektiven. *Publizistik*, 2(2001), 140–161.
- Winkel, O. (1999). *Demokratische Politik und Kommunikation im 21. Jahrhundert, Informationstechnischer Wandel und demokratischer Prozeß, betrachtet aus der Vogelperspektive*. Münster: Lit.
- Wolfe, J. D. (1986). Varieties of Participatory Democracy and Democratic Theory. *Political Science Reviewer*, Vol. XVI, 1–38.
- Zebralog (2011). *Bonn packt's an! - Bürgerbeteiligung am Haushalt der Stadt Bonn*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: http://www.bonn-packts-an.de/sites/default/files/downloads/Zwischenbericht_Auswertung_Bonn_packts_ENDV_0.pdf.
- Zebralog (2012). *Bonn packt's an - Bürgerbeteiligung am Haushalt der Stadt Bonn 2013-2014*. Abgerufen am 13. August 2012 unter: <https://www.bonn-packts-an.de/sites/default/files/downloads/Auswertungsbericht%202013-2014.pdf>.
- Zmerli, S. (2004). Politisches Vertrauen und Unterstützung. In J. W. Van Deth (Hrsg.). *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002 – 2003* (S. 229-256). Wiesbaden: VS-Verlag.
- Zittel, T. (2005). *Participatory Engineering: Can Democratic Reform Increase Political Participation*. Konferenzbeitrag auf der Jahrestagung der American Political Science Association, Washington D.C.

Internetquellen*

<http://www.chancen-fuer-morgen.de>

<http://www.gruene-bw.de/themen/demokratie-recht/news/mehr-demokratie.html>

<http://www.bonn-packts-an.de>

<http://www.stephaneisel.de>

<http://www.buergerhaushalt.stadt-koeln.de>

* Abgerufen am 13. August 2012

Anhang 1 (Fragebogen)

1.1 Anschreiben

Newsletteranschreiben

Liebe Bonner_Innen, bzw. Liebe Kölner_Innen⁶⁹

an der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf wird derzeit unter Leitung von Prof. Dr. Stefan Marschall eine wissenschaftliche Studie zur Evaluation von onlinegestützten Bürgerbeteiligungsprojekten durchgeführt.

Als Teilnehmer am Bürgerhaushalt Bonn bzw. Köln sind Ihre Einstellungen und Meinungen für die Studie von größter Bedeutung. Wir würden Sie daher bitten, sich in den nächsten Tagen etwa 10 Minuten Zeit zu nehmen, um einige kurze Fragen zu beantworten. Ihre Angaben werden dabei anonym erhoben, streng vertraulich behandelt und keinesfalls an Dritte weitergegeben.

Wir danken Ihnen sehr für Ihre Zeit und die Teilnahme an der Studie!

Titelseite des Fragebogens

Liebe/r Teilnehmer_In,

vielen Dank, dass Sie sich an unserer Umfrage beteiligen. Mit Ihrer Teilnahme tragen Sie maßgeblich zum Gelingen unserer Studie bei.

Wir interessieren uns in dieser Studie für Ihre Einstellungen und Meinungen zum Bürgerhaushalt in Köln. Es gibt also keine „richtigen“ oder „falschen“ Antworten auf die Fragen.

Die Beantwortung der Fragen dauert ca. 10 Minuten. Wir bitten Sie, die Fragen möglichst vollständig und wahrheitsgetreu zu beantworten. Oben rechts wird Ihnen ein Balken währenddessen immer anzeigen, wie weit Sie in der Befragung fortgeschritten sind.

Ihre Angaben werden von uns anonym erhoben, streng vertraulich behandelt und keinesfalls an Dritte weitergegeben. Nach Beendigung der Studie stellen wir Ihnen die Ergebnisse gerne zur Verfügung.

Sollten Sie Fragen zu unserer Studie haben, können Sie sich jederzeit gerne per Email an uns wenden (caroline.strobel@uni-duesseldorf.de).

Wir danken Ihnen sehr für Ihre Teilnahme und die Unterstützung unserer Studie!

⁶⁹ Der Fragebogen wurde sprachlich jeweils für die einzelnen Bürgerhaushalte angepasst.

1.2 Fragebogen

1. **Wie oft haben Sie bereits am Bürgerhaushalt der Stadt Bonn bzw. Köln teilgenommen?** [Teilnahmehäufigkeit; Filterfrage⁷⁰]

Köln

- Nie
 2007 (für den Haushalt 2008/2009)
 2009 (für den Haushalt 2010/2011)
 2011 (für den Haushalt 2012)

Bonn

- Nie
 2011 (für den Haushalt 2012/2013)
 2012 (für den Haushalt 2013/2014)

2. **Wenn Sie sich an den letzten Bürgerhaushalt erinnern, an dem Sie teilgenommen haben, welche Beteiligungsmöglichkeiten haben Sie dabei genutzt?** [Teilnahmeintensität]

(Mehrfachnennungen möglich)

Ich habe über Vorschläge auf der Beteiligungsplattform bewertet.	<input type="checkbox"/>
Ich habe Vorschläge kommentiert.	<input type="checkbox"/>
Ich habe Fragen und Anliegen an die Stadt Bonn bzw. Köln gerichtet.	<input type="checkbox"/>
Ich habe selbst Vorschläge zur Abstimmung eingebracht.	<input type="checkbox"/>
Ich habe den Verlauf des Bürgerhaushaltes verfolgt, mich aber selber nicht aktiv daran beteiligt.	<input type="checkbox"/>

3. **Wie zufrieden sind Sie – im Großen und Ganzen – mit der Stadtpolitik in Bonn bzw. Köln?** [Zufriedenheit mit der Stadtpolitik]

sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	weniger zufrieden	überhaupt nicht zufrieden
<input type="checkbox"/>				

4. **Ganz allgemein gesprochen: Würden Sie sagen, dass Ihre Stadt nur zum Besten einiger weniger Interessengruppen regiert wird, oder würden Sie sagen, dass Ihre Stadt zum Wohle aller Bevölkerungsgruppen regiert wird?** [politisches Vertrauen I]

- „Zum Wohle weniger Interessengruppen“ "Zum Wohle aller Bevölkerungsgruppen"

⁷⁰ Bei der Antwort ‚Nie‘ wurden die Befragten zu offenen Fragen weitergeleitet (s.u.). Wenn Bonner Befragte angaben, auch am Bürgerhaushalt 2011 teilgenommen zu haben, wurden ihnen bei der Messung der abhängigen Variablen zwei weitere Items zur Bewertung angezeigt.

5. Wie sehr vertrauen Sie darauf, dass Rat und Verwaltung der Stadt Bonn bzw. Köln im Sinne der Bevölkerung handeln? [politisches Vertrauen II]

- eigentlich immer
 meistens
 manchmal
 so gut wie nie

Nun interessiert uns ganz konkret, wie Sie den Bürgerhaushalt in Bonn bzw. Köln bewerten, an dem sie zuletzt teilgenommen haben.

6. Im Folgenden haben wir einige Aussagen formuliert, bei denen wir gerne wissen möchten, inwieweit Sie diesen zustimmen. [Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten]

(Randomisiert)

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu	weiß nicht
Individuelle Präferenz- artikulation	Beim Bürgerhaushalt konnte ich meine Meinungen und Ideen gegenüber der Politik äußern.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Faire/Gleiche Präferenz- artikulation	Beim Bürgerhaushalt hatten alle Bonner bzw. Kölner Bürger_Innen die gleiche Chance, ihre Meinungen und Vorschläge zu äußern.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(kollektive) Ein- flussnahme auf Politik	Durch den Bürgerhaushalt haben die Bürger_Innen Einfluss auf die politischen Entscheidungen, die in unserer Stadt getroffen werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politische Selbst- wirksamkeit	Der Bürgerhaushalt bietet mir persönlich die Möglichkeit, die politischen Entscheidungen in unserer Stadt aktiv mitzugestalten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(Gegentest)	Es macht keinen Unterschied, was ich beim Bürgerhaushalt vorschlage. Meine Vorschläge werden von der Politik sowieso nicht umgesetzt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(Zusatz Bonn 2011)	Beim Bürgerhaushalt 2011 waren die Informationen zu den einzelnen Vorschlägen der Stadt so dargestellt, dass ich gut verstehen konnte, worum es ging.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Transparenz	Die Stadt hat alle nötigen Informationen über den Haushalt der Stadt bereitgestellt und den Bürger_Innen nichts verheimlicht.	<input type="checkbox"/>					
(Zusatz Bonn 2011)	Die Stadt hat beim Bürgerhaushalt 2011 alle nötigen Informationen über ihre eigenen Vorschläge bereitgestellt und den Bürger_Innen nichts verheimlicht hat.	<input type="checkbox"/>					
Kontrolle	Durch den Bürgerhaushalt habe ich die Möglichkeit, Einblicke in die inhaltliche Arbeit der Stadtpolitik zu erlangen und diese so besser zu kontrollieren.	<input type="checkbox"/>					
pol. Wissenszuwachs	Nach der Teilnahme am Bürgerhaushalt wusste ich mehr über die Bonner bzw. Kölner Haushaltspolitik als vorher.	<input type="checkbox"/>					
Gemeinwohlorientierung	Wenn ich Vorschläge gemacht oder bewertet habe, habe ich vor allem darüber nachgedacht, was für die Mehrheit der Bürger_Innen das Beste wäre.	<input type="checkbox"/>					
(Gegentest)	Bei der Bewertung von Vorschlägen habe ich mich vor allem an meinen eigenen Interessen orientiert.	<input type="checkbox"/>					
Toleranz für andere Meinungen/Interessen	Ich habe mich durch die Teilnahme am Bürgerhaushalt mit vielen unterschiedlichen Sichtweisen auseinandergesetzt; - auch, wenn sie nicht immer meinen eigenen Ansichten entsprochen haben.	<input type="checkbox"/>					
Prüfung der eigenen Interessen	Die Teilnahme am Bürgerhaushalt hat mir dabei geholfen, mir eine eigene Meinung zu den diskutierten Themen zu bilden <u>bzw.</u> mir in dieser sicherer zu werden.	<input type="checkbox"/>					
Stärkung der Legitimität	Mithilfe der Ergebnisse des Bürgerhaushalts können Politiker_Innen nun Entscheidungen treffen, die den Willen der Bevölkerung widerspiegeln.	<input type="checkbox"/>					

Besser informierte Entscheidungen	Die Politiker_Innen stoßen durch den Bürgerhaushalt auf Vorschläge und Sichtweisen, die sonst nicht bedacht worden wären.	<input type="checkbox"/>					
Anstieg von Akzeptanz	Wenn ich in die politische Diskussion einbezogen werde, dann kann ich auch die Entscheidungen der Politiker_Innen besser akzeptieren; - auch, wenn diese nicht so ausfallen, wie ich mir das gewünscht hätte.	<input type="checkbox"/>					

7. Der Bürgerhaushalt in Bonn bzw. Köln bietet den Bürger_Innen die Gelegenheit, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Wie sehr interessieren Sie sich außerhalb solcher Projekte für...

...Politik im Allgemeinen? [politisches Interesse allgemein]

sehr stark	stark	mittelmäßig	weniger	überhaupt nicht
<input type="checkbox"/>				

... für Kommunalpolitik, also die Politik der Stadt Bonn bzw. Köln?
[Interesse an Kommunalpolitik]

sehr stark	stark	mittelmäßig	weniger stark	überhaupt nicht
<input type="checkbox"/>				

8. Folgend sind einige Ansichten formuliert, die manche Leute vertreten. Wenn Sie jetzt nochmal ganz allgemein an die Politik in Ihrer Stadt denken, inwieweit würden Sie den folgenden Ansichten zustimmen?

(Randomisiert)

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu	weiß nicht
Politische Selbstwirksamkeit	Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Stadtpolitik tut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Politische Selbstwirksamkeit	Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Stadtpolitik tut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Politische Selbstwirksamkeit	Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.	<input type="checkbox"/>				
Responsivität	Ich glaube nicht, dass es die Politiker_Innen wirklich interessiert, was Leute wie ich denken.	<input type="checkbox"/>				
Responsivität	Sobald Politiker_Innen einmal gewählt sind, verlieren sie schnell den Kontakt zu den Bürger_Innen.	<input type="checkbox"/>				
Responsivität	Politiker_Innen interessieren sich nur für die Stimmen der Bürger_Innen, nicht für ihre Meinungen.	<input type="checkbox"/>				
Politische Partizipation	In der Bundesrepublik sind nicht zu viele, sondern zu wenige Leute politisch aktiv.	<input type="checkbox"/>				
Politische Partizipation	Wir sollten uns mehr politisch beteiligen, dann können wir die Arbeit der Regierenden besser kontrollieren.	<input type="checkbox"/>				
Politische Partizipation	Wir müssen uns stärker politisch betätigen, damit wir die politischen Entscheidungen beeinflussen können.	<input type="checkbox"/>				
Politische Partizipation	Von unserem politischen Interesse hängt es ab, ob wir eine vernünftige Regierung haben oder nicht.	<input type="checkbox"/>				
Politische Partizipation	Wir sollten die Chance nutzen, uns politisch zu betätigen.	<input type="checkbox"/>				

9. Es gibt für den Einzelnen ja viele Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen. Wie ist das bei Ihnen? Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie schon einmal genutzt?

[aktive Partizipation]

(Mehrfachnennungen möglich)

- Mitarbeit in einer Bürgerinitiative
- Mitarbeit in einer Partei
- Teilnahme an einer Demonstration
- Teilnahme an einer Unterschriftensammlung
- Eine andere, und zwar _____

Abschließend noch einige kurze Fragen zu Ihrer Person.

10. Wie alt sind Sie? [Alter]

___ Jahre

11. Sind Sie weiblich oder männlich? [Geschlecht]

- weiblich
- männlich

12. Welcher ist Ihr höchster Bildungsabschluss? [Bildung]

Bitte geben Sie nur Ihren höchsten Abschluss an.

- Keinen Abschluss
- Haupt-/ Volksschulabschluss
- Mittlere Reife
- Polytechnische Oberschule
- Abitur/ Fachabitur
- Hochschulabschluss
- Ich bin noch Schüler_In

Abschließend wollen wir Ihnen gerne die Gelegenheit geben, Gedanken, Meinungen und Ideen zu äußern, auf die die Fragen oben nicht eingegangen sind.

13. Gibt es etwas, das Sie uns zur Bewertung des Bürgerhaushaltes noch mitteilen möchten?

Offenes Antwortfeld

14. Was wünschen Sie sich für zukünftige Bürgerhaushalte in Bonn bzw. Köln?

Offenes Antwortfeld

15. Können Sie sich Gründe vorstellen, warum andere Bürger_Innen nicht am Bürgerhaushalt teilnehmen?

Offenes Antwortfeld

16. Wenn Sie an einem der vergangenen Bürgerhaushalte nicht teilgenommen haben, warum nicht?

Offenes Antwortfeld

17. Ende der Befragung

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Wenn Sie daran interessiert sind, die Ergebnisse der Studie zu erhalten, schicken Sie uns bitte eine kurze Email an caroline.strobel@uni-duesseldorf.de. Wir senden Ihnen diese dann gerne nach Abschluss der Studie zu.

Für den Fall das bei der Eingangsfrage zur Teilnahmehäufigkeit „Nie“ angegeben wurde, gelangen die Befragten zu folgenden Fragen.

1. Aus welchem Grund haben Sie sich bislang gegen eine Teilnahme am Bürgerhaushalt entschieden?

Offenes Antwortfeld

2. Wie müsste ein Bürgerhaushalt konzipiert sein, damit Sie daran teilnehmen? Was wünschen Sie sich für zukünftige Bürgerhaushalte?

Offenes Antwortfeld

3. Ende der Befragung

Das laufende Evaluationsprojekt fragt v.a. nach der Perspektive der Teilnehmer an Bürgerhaushalten. Für die zukünftige Weiterentwicklung solcher Projekte, sind aber natürlich vor allem auch die Meinungen und Ansichten derer wichtig, die bisher – aus verschiedenen Gründen – nicht teilgenommen haben. Wir danken Ihnen daher sehr für die Beantwortung der Fragen.

Sollten Sie Fragen/Anregungen haben oder an den Ergebnissen der Studie interessiert sein, schicke Sie uns gerne eine Email an caroline.strobel@uni-duesseldorf.de.

Anhang 2 (Ergebnisse)

2.1 Durchschnittliche Verteilung der soziodemographischen Merkmale unter den Teilnehmern der Bürgerhaushalte (externe Daten)

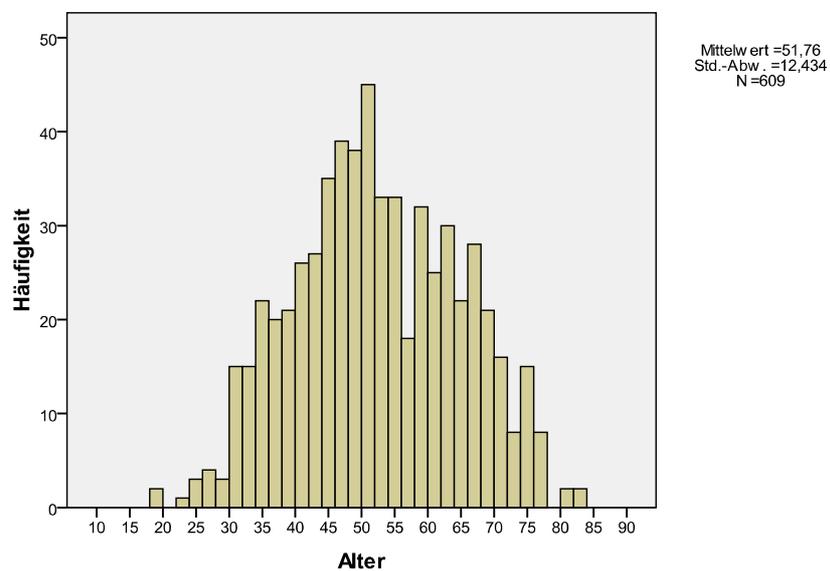
Geschlecht				
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente
Gültig	männlich	11795	37,7	50,1
	weiblich	11739	37,4	49,9
	Gesamt	23534	75,1	100,0
Fehlend	System	7822	24,9	
	Gesamt	31356	100,0	
Alter (gruppiert)⁷¹				
Gültig	3-14 Jahre	121	0,6	0,7
	15-29 Jahre	2397	11,2	14,8
	30-45 Jahre	6517	30,4	40,3
	46-60 Jahre	5054	23,5	31,2
	61-75 Jahre	1905	8,9	11,8
	76-90 Jahre	157	0,7	1,0
	über 91 Jahre	37	0,1	0,2
	Gesamt	16188	75,4	100,0
Fehlend	System	5281	24,6	
	Gesamt	21469	100,0	
Bildung				
Gültig	Keinen Abschluss	58	0,2	0,3
	Haupt-/Volksschulabschluss	643	2,1	2,8
	Mittlere Reife	3043	9,7	13,4
	Abitur/ Fachabitur	4284	13,7	18,8
	Hochschulabschluss	14120	45,0	62,0
	Schüler_In	630	2,0	2,7
	Gesamt	22778	79,0	100,0
	Fehlend	System	8578	21,0
Gesamt		31356	100,0	

⁷¹ Aufgrund eines technischen Fehlers sind die Angaben zum Alter bei der Erhebung zum Bürgerhaushalt in Köln 2009 nicht gespeichert worden. Die hier dargestellten Daten beziehen sich also auf die durchschnittliche Altersverteilung der Bürgerhaushalte Bonn 2010, Bonn 2011 und Köln 2011.

2.2 Deskriptive Statistiken und Häufigkeiten der soziodemographischen Merkmale

		Geschlecht	Alter	Altersgruppen	Bildung
N	Gültig	670	609	670	609
	Fehlend	0	61	0	61
Mittelwert			51,76		
Median		0	51,00	4,00	5,00
Modus		0	50	4	5
Standardabweichung			12,434		
Varianz			154,608		
Schiefe			,048		
Standardfehler der Schiefe			,099		
Kurtosis			-,601		
Standardfehler der Kurtosis			,198		
Minimum		0	19	2	0
Maximum		1	83	6	6

Histogramm



Geschlecht					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	männlich	436	65,1	65,1	65,1
	weiblich	234	34,9	34,9	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Alter (gruppiert)					
Gültig	15-29 Jahre	13	1,9	2,1	2,1
	30-45 Jahre	181	27,0	29,7	31,9
	46-60 Jahre	258	38,5	42,4	74,2
	61-75 Jahre	145	21,6	23,8	98,0
	76-90 Jahre	12	1,8	2,0	100,0
	Gesamt	609	90,9	100,0	
Fehlend	System	61	9,1		
	Gesamt	670	100,0		
Bildung					
Gültig	Kein Abschluss	4	,6	,6	,6
	Haupt-/ Volksschul- abschluss	28	4,2	4,2	4,8
	Mittlere Reife	68	10,1	10,1	14,9
	Polytechnische Oberschule	6	,9	,9	15,8
	Abitur/ Fach- abitur	156	23,3	23,3	39,1
	Hochschul- abschluss	407	60,7	60,7	99,9
	Schüler_In	1	,1	,1	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

2.3 Datentransformation

Index Teilnahmeintensität

Passives Beobachten					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Nein	587	87,6	87,6	87,6
	Ja	83	12,4	12,4	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Vorschläge bewerten					
Gültig	Nein	166	24,8	24,8	24,8
	Ja	504	75,2	75,2	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Vorschläge kommentieren					
Gültig	Nein	370	55,2	55,2	55,2
	Ja	300	44,8	44,8	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Anliegen an die Stadt gerichtet					
Gültig	Nein	610	91,0	91,0	91,0
	Ja	60	9,0	9,0	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
eigene Vorschläge verfasst					
Gültig	Nein	487	72,7	72,7	72,7
	Ja	183	27,3	27,3	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

Zusammengefasste Kreuztabellierungen^{a) b)}

		Vorschläge bewerten	Vorschläge kommentieren	Anliegen an die Stadt richten	Eigene Vorschläge verfassen
Vorschläge bewerten	% von Vorschläge bewerten		50,2%	8,3%	27,6%
	Phi (Sig.)		0,190 **	-0,38	0,01
Vorschläge kommentieren	% von Vorschläge kommentieren	84,2%		13,0%	40,3%
	Phi (Sig.)	0,190 **		0,128**	0,263**
Anliegen an die Stadt richten	% von Anliegen an Stadt richten	70,0%	65,0%		48,3%
	Phi (Sig.)	-0,38	0,128**		0,148**
Eigene Vorschläge verfassen	% von eigene Vorschläge verfassen	76,0%	66,1%	15,8%	
	Phi (Sig.)	0,01	0,263**	0,148**	

** p < 0,01

- a) Die Antwortkategorie ‚Passives Beobachten‘ ist hier nicht mit aufgeführt, da im Fragebogen beim Zustimmung zu dieser Antwortkategorie keine der anderen Alternativen gewählt werden konnte
- b) Für alle Zeilen gilt: N=670

Index politisches Vertrauen**Reliabilitätsanalyse**

Reliabilitätsstatistiken	
Cronbachs Alpha	Anzahl der Items
,587	2

Item-Skala-Statistiken			
	Skalenmittelwert, wenn Item weggelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala-Korrelation
Politisches Vertrauen 1	2,22	,454	,545
Politisches Vertrauen 2	2,13	2,118	,545

Index politische Selbstwirksamkeit**Reliabilitätsanalyse**

Reliabilitätsstatistiken	
Cronbachs Alpha	Anzahl der Items
,475	3

Item-Skala-Statistiken				
	Skalenmittelwert, wenn Item wegge- lassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item- Skala-Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item wegge- lassen
Pol_SW_1 (Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Stadtpolitik tut.)	5,49	1,790	,400	,196
Pol_SW_2 (Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Ein- fluss darauf zu nehmen, was die Stadtpolitik tut.)	5,40	1,591	,445	,088
Pol_SW_3 (Manchmal ist die ganze Poli- tik so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.)	5,19	2,358	,089	,708

Index wahrgenommene politische Responsivität

Reliabilitätsanalyse

Reliabilitätsstatistiken	
Cronbachs Alpha	Anzahl der Items
,856	3

Item-Skala-Statistiken				
	Skalenmittelwert, wenn Item weg- gelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala- Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item weggelas- sen
Re_Pol_1 (Ich glaube nicht, dass es die Politiker_Innen wirklich interessiert, was Leute wie ich denken.)	4,45	2,106	,707	,822
Re_Pol_2 (Sobald Politiker_Innen einmal gewählt sind, verlie- ren sie schnell den Kontakt zu den Bürger_Innen.)	4,66	2,203	,735	,795
Re_Pol_3 (Politiker_Innen interessie- ren sich nur für die Stimmen der Bürger_Innen, nicht für ihre Meinungen.)	4,64	2,150	,749	,781

Index Einstellung zu politischer Partizipation

Reliabilitätsanalyse

Reliabilitätsstatistiken	
Cronbachs Alpha	Anzahl der Items
,829	5

Item-Skala-Statistiken				
	Skalenmittelwert, wenn Item weggelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala-Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item weggelassen
Pol_Part_1 (In der Bundesrepublik sind nicht zu viele, sondern zu wenige Leute politisch aktiv.)	13,50	4,328	,591	,805
Pol_Part_2 (Wir sollten uns mehr politisch beteiligen, dann können wir die Arbeit der Regierenden besser kontrollieren.)	13,49	4,231	,689	,776
Pol_Part_3 (Wir müssen uns stärker politisch betätigen, damit wir die politischen Entscheidungen beeinflussen können.)	13,46	4,465	,684	,781
Pol_Part_4 (Von unserem politischen Interesse hängt es ab, ob wir eine vernünftige Regierung haben oder nicht.)	13,62	4,200	,536	,829
Pol_Part_5 (Wir sollten die Chance nutzen, uns politisch zu betätigen.)	13,36	4,597	,686	,784

Index aktive Partizipation

Mitarbeit in einer Bürgerinitiative					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Pro- zente
Gültig	0 not quoted	377	56,3	56,3	56,3
	1 quoted	293	43,7	43,7	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Mitarbeit in einer Partei					
Gültig	0 not quoted	514	76,7	76,7	76,7
	1 quoted	156	23,3	23,3	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Teilnahme an einer Demonstration					
Gültig	0 not quoted	229	34,2	34,2	34,2
	1 quoted	441	65,8	65,8	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Teilnahme an einer Unterschriftensammlung					
Gültig	0 not quoted	81	12,1	12,1	12,1
	1 quoted	589	87,9	87,9	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Eine andere, und zwar*					
Gültig	0 not quoted	553	82,5	82,5	82,5
	1 quoted	117	17,5	17,5	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

* Nach Korrektur (vgl. 5.2)

Index Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten

Deskriptive Statistik der einzelnen Indexvariablen

		Individuelle Präferenz- artikulation	Faire/gleiche Präferenz- artikulation	Einfluss- nahme	Informa- tion	Transpa- renz	Kontrolle	Wissens- zuwachs	Toleranz	Prüfung der eigenen Interessen	Stärkung der Legiti- mität	Besser informierte Entschei- dungen	Anstieg von Akzep- tanz	Selbst- wirksam- keit	Gemein- wohlorien- tierung
N	Gültig	652	667	664	661	590	658	668	665	666	662	662	663	650	636
	Fehlend	18	3	6	9	80	12	2	5	4	8	8	7	20	34
Mittelwert		3,76	3,37	2,74	3,6452	2,9288	2,79	3,19	3,79	3,47	3,28	3,79	3,48	2,9438	3,6399
Median		4,00	4,00	3,00	4,0000	3,0000	3,00	3,00	4,00	4,00	3,00	4,00	4,00	3,00	3,5000
Modus		4	4	3	4,00	3,00	3	4	4	4	4	4	4	3	4,00
Standard- abweichung		,998	1,294	1,095	,95232	1,00678	1,073	1,081	,857	,990	1,067	,923	,989	,95846	,82199
Varianz		,996	1,674	1,198	,907	1,014	1,151	1,169	,735	,980	1,139	,853	,978	,919	,676

Verrechnung der Gegentests zu den Items Selbstwirksamkeit und Gemeinwohlorientierung

Selbstwirksamkeit* Selbstwirksamkeit_umgepolter Gegentest								
			SW_umgepolter Gegentest SW					Gesamt
			stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu	
SW	stimme ganz und gar nicht zu	Anzahl	34	18	7	10	2	71
		% innerhalb von SW	47,9%	25,4%	9,9%	14,1%	2,8%	100,0%
		% innerhalb von SW_G2 umgepolter Gegentest SW	40,5%	10,9%	3,2%	6,5%	6,5%	10,9%
	stimme eher nicht zu	Anzahl	19	63	40	14	2	138
		% innerhalb von SW	13,8%	45,7%	29,0%	10,1%	1,4%	100,0%
		% innerhalb von SW_G2 umgepolter Gegentest SW	22,6%	38,2%	18,5%	9,1%	6,5%	21,2%
	teils/teils	Anzahl	17	51	91	37	6	202
		% innerhalb von SW	8,4%	25,2%	45,0%	18,3%	3,0%	100,0%
		% innerhalb von SW_G2 umgepolter Gegentest SW	20,2%	30,9%	42,1%	24,0%	19,4%	31,1%
	stimme eher zu	Anzahl	13	23	52	57	9	154
		% innerhalb von SW	8,4%	14,9%	33,8%	37,0%	5,8%	100,0%
		% innerhalb von SW_G2 umgepolter Gegentest SW	15,5%	13,9%	24,1%	37,0%	29,0%	23,7%
	stimme voll und ganz zu	Anzahl	1	10	26	36	12	85
		% innerhalb von SW	1,2%	11,8%	30,6%	42,4%	14,1%	100,0%
		% innerhalb von SW_G2 umgepolter Gegentest SW	1,2%	6,1%	12,0%	23,4%	38,7%	13,1%
Gesamt	Anzahl	84	165	216	154	31	650	
	% innerhalb von SW	12,9%	25,4%	33,2%	23,7%	4,8%	100,0%	
	% innerhalb von SW_G2 umgepolter Gegentest SW	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	

$p < 0,001$; Pearson-R=0,429

GW * GW_umgepolter Gegentest								
			GW_umgepolter Gegentest				Gesamt	
			stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils/teils	stimme eher nicht zu		stimme ganz und gar nicht zu
GW	stimme ganz und gar nicht zu	Anzahl	2	0	2	1	1	6
		% innerhalb von GW	33,3%	,0%	33,3%	16,7%	16,7%	100,0%
		% innerhalb von GW_umgepolter Gegentest GW	4,9%	,0%	,9%	,5%	1,5%	,9%
	stimme eher nicht zu	Anzahl	10	10	12	0	1	33
		% innerhalb von GW	30,3%	30,3%	36,4%	,0%	3,0%	100,0%
		% innerhalb von GW_umgepolter Gegentest GW	24,4%	7,9%	5,5%	,0%	1,5%	5,2%
	teils/teils	Anzahl	11	36	39	12	1	99
		% innerhalb von GW	11,1%	36,4%	39,4%	12,1%	1,0%	100,0%
		% innerhalb von GW_umgepolter Gegentest GW	26,8%	28,6%	17,7%	6,6%	1,5%	15,6%
	stimme eher zu	Anzahl	7	51	97	75	14	244
		% innerhalb von GW	2,9%	20,9%	39,8%	30,7%	5,7%	100,0%
		% innerhalb von GW_umgepolter Gegentest GW	17,1%	40,5%	44,1%	41,0%	21,2%	38,4%
	stimme voll und ganz zu	Anzahl	11	29	70	95	49	254
		% innerhalb von GW	4,3%	11,4%	27,6%	37,4%	19,3%	100,0%
		% innerhalb von GW_umgepolter Gegentest GW	26,8%	23,0%	31,8%	51,9%	74,2%	39,9%
Gesamt	Anzahl	41	126	220	183	66	636	
	% innerhalb von GW	6,4%	19,8%	34,6%	28,8%	10,4%	100,0%	
	% innerhalb von GW_umgepolter Gegentest GW	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	

$p < 0,001$; Pearson-R=0,377

Reliabilitätsanalyse

Reliabilitätsstatistiken	
Cronbachs Alpha	Anzahl der Items
,855	18

Item-Skala-Statistiken				
	Skalenmittelwert, wenn Item weggelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala-Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item weggelassen
Individuelle Präferenzartikulation	56,2071	88,684	,395	,850
Faire/Gleich Präferenzartikulation	56,6536	85,190	,429	,850
Wahrgenommene Einflussnahme auf Politik	57,2109	83,398	,634	,839
Informiertheit	56,3101	86,967	,532	,844
Transparenz	57,0448	86,339	,535	,844
Kontrolle	57,1689	83,578	,643	,839
Politischer Wissenszuwachs	56,7529	85,666	,518	,845
Toleranz	56,1269	90,327	,387	,850
Prüfung der eigenen Interessen	56,4800	85,772	,560	,843
Stärkung der Legitimität	56,6975	84,046	,601	,840
Besser informierte Entscheidungen	56,1708	87,327	,523	,845
Anstieg von Akzeptanz	56,4838	87,252	,465	,847
Politische Selbstwirksamkeit (gesamt)	57,0315	83,563	,732	,836
Politische Selbstwirksamkeit 1	56,8903	81,694	,663	,837
Politische Selbstwirksamkeit Gegenteil (umgepolt)	57,1727	86,173	,490	,846
Gemeinwohlorientierung (gesamt)	56,2786	95,363	,070	,861
Gemeinwohlorientierung 1	55,8158	93,041	,187	,858
Gemeinwohlorientierung Gegenteil (umgepolt)	56,7414	98,318	-,110	,872

2.4 Deskriptive Statistiken und Häufigkeitsverteilungen der situativen Faktoren Teilnahme Bürgerhaushalte

Insgesamt					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Teilnahme Köln	303	45,2	45,2	45,2
	Teilnahme Bonn	367	54,8	54,8	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Teilnahme Bonn 2011					
Gültig	Keine Teilnahme Bonn 2011	44	6,6	12,0	12,0
	Teilnahme Bonn 2011	323	48,2	88,0	100,0
	Gesamt	367	54,8	100,0	
Fehlend	System	303	45,2		
	Gesamt	670	100,0		
Teilnahme Bonn 2012					
Gültig	Keine Teilnahme Bonn 2012	187	27,9	51,0	51,0
	Teilnahme Bonn 2012	180	26,9	49,0	100,0
	Gesamt	367	54,8	100,0	
Fehlend	System	303	45,2		
	Gesamt	670	100,0		
Teilnahme Köln 2007					
Gültig	Keine Teilnahme Köln 2007	259	38,7	85,5	85,5
	Teilnahme Köln 2007	44	6,6	14,5	100,0
	Gesamt	303	45,2	100,0	
Fehlend	System	367	54,8		
	Gesamt	670	100,0		
Teilnahme Köln 2009					
Gültig	Keine Teilnahme Köln 2009	193	28,8	63,7	63,7
	Teilnahme Köln 2009	110	16,4	36,3	100,0
	Gesamt	303	45,2	100,0	
Fehlend	System	367	54,8		
	Gesamt	670	100,0		

Teilnahme Köln 2011					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Keine Teilnahme Köln 2011	34	5,1	11,2	11,2
	Teilnahme Köln 2011	269	40,1	88,8	100,0
	Gesamt	303	45,2	100,0	
Fehlend	System	367	54,8		
	Gesamt	670	100,0		

Teilnahmehäufigkeit

Teilnahmehäufigkeit					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	Einmal teilgenommen	444	66,3	66,3	66,3
	Zweimal teilgenommen	196	29,3	29,3	95,5
	Dreimal teilgenommen (nur Köln)	30	4,5	4,5	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Teilnahmehäufigkeit dichotomisiert					
Gültig	einmalige Teilnahme	444	66,3	66,3	66,3
	mehrmalige Teilnahme	226	33,7	33,7	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

Teilnahmeintensität

		Teilnahmeintensität
N	Gültig	670
	Fehlend	0
Mittelwert		4,70
Median		5,00
Modus		2
Standardabweichung		3,409
Varianz		11,623
Schiefe		,965
Standardfehler der Schiefe		,094

Teilnahmeintensität					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1 gar nicht aktiv	83	12,4	12,4	12,4
	2	208	31,0	31,0	43,4
	3	24	3,6	3,6	47,0
	4	9	1,3	1,3	48,4
	5	167	24,9	24,9	73,3
	6	8	1,2	1,2	74,5
	7	38	5,7	5,7	80,1
	8	15	2,2	2,2	82,4
	9	9	1,3	1,3	83,7
	10	81	12,1	12,1	95,8
	11	3	,4	,4	96,3
	12	2	,3	,3	96,6
	14 sehr aktiv	23	3,4	3,4	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Teilnahmeintensität (gruppiert)					
Gültig	1 Indexwerte von 1-5	491	73,3	73,3	73,3
	2 Indexwerte von 6-14	179	26,7	26,7	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

Kreuztabellen

(1) Teilnahmehäufigkeit Bürgerhaushalt * Teilnahme Bürgerhaushalt

			Teilnahme Bürgerhaushalt		Gesamt
			Teilnahme Köln	Teilnahme Bonn	
Teilnahmehäufigkeit Bürgerhaushalt	Einmal teilgenommen	Anzahl	213	231	444
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	70,3%	62,9%	66,3%
	Zweimal teilgenommen	Anzahl	60	136	196
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	19,8%	37,1%	29,3%
	Dreimal teilgenommen (nur Köln)	Anzahl	30	0	30
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	9,9%	,0%	4,5%
Gesamt		Anzahl	303	367	670
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	100,0%	100,0%	100,0%

(2) Teilnahmeintensität (gruppiert) * Teilnahme Bürgerhaushalte

		Teilnahme Bürgerhaushalt		Gesamt	
		Teilnahme Köln	Teilnahme Bonn		
Teilnahmeintensität gruppiert	Indexwerte von 1-5	Anzahl	214	277	491
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	70,6%	75,5%	73,3%
	Indexwerte von 6-14	Anzahl	89	90	179
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	29,4%	24,5%	26,7%
Gesamt		Anzahl	303	367	670
		% innerhalb von Teilnahme Bürgerhaushalt	100,0%	100,0%	100,0%

$\chi^2=1,994$, $df=1$, $p>0,1$, n.s.

(3) Teilnahmeintensität (gruppiert) * Teilnahmehäufigkeit (dichotomisiert)

		Teilnahmehäufigkeit (dich.)		Gesamt	
		einmalige Teilnahme	mehrmalige Teilnahme		
Teilnahmeintensität gruppiert	Indexwerte von 1-5	Anzahl	355	136	491
		% innerhalb von Teilnahmehäufigkeit (dich.)	80,0%	60,2%	73,3%
	Indexwerte von 6-14	Anzahl	89	90	179
		% innerhalb von Teilnahmehäufigkeit (dich.)	20,0%	39,8%	26,7%
Gesamt		Anzahl	444	226	670
		% innerhalb von Teilnahmehäufigkeit (dich.)	100,0%	100,0%	100,0%

$\chi^2=29,922$, $df=1$, $p<0,001$, $\Phi=0,211$

2.5 Deskriptive Statistiken und Häufigkeitsverteilungen der personenbezogenen Faktoren

		Zufriedenheit Stadt-politik	Interesse Politik allgemein	Interesse Stadtpolitik	Politisches Vertrauen	Politische Selbstwirk-samkeit	Respon-sivität	Einst. zu pol. Part.	Aktive Part.
N	Gültig	670	670	670	670	651	622	619	670
	Fehlend	0	0	0	0	19	48	51	0
Mittelwert		2,35	4,06	3,96	2,1746	2,5922	2,2910	3,3716	,84
Median		2,00	4,00	4,00	1,5000	2,5000	2,3333	3,4000	1,00
Modus		3	4	4	1,50	3,00	2,00	4,00	1
Standard-abweichung		,897	,788	,776	,95416	,76608	,70868	,51145	,829
Varianz		,805	,622	,602	,910	,587	,502	,262	,687
Schiefe		-,001	-,559	-,231	,439	-,209	-,061	-,548	,723
Standardfehler der Schiefe		,094	,094	,094	,094	,096	,098	,098	,094
Minimum		1	1	1	1,00	1,00	1,00	1,00	0
Maximum		4	5	5	4,00	4,00	4,00	4,00	3

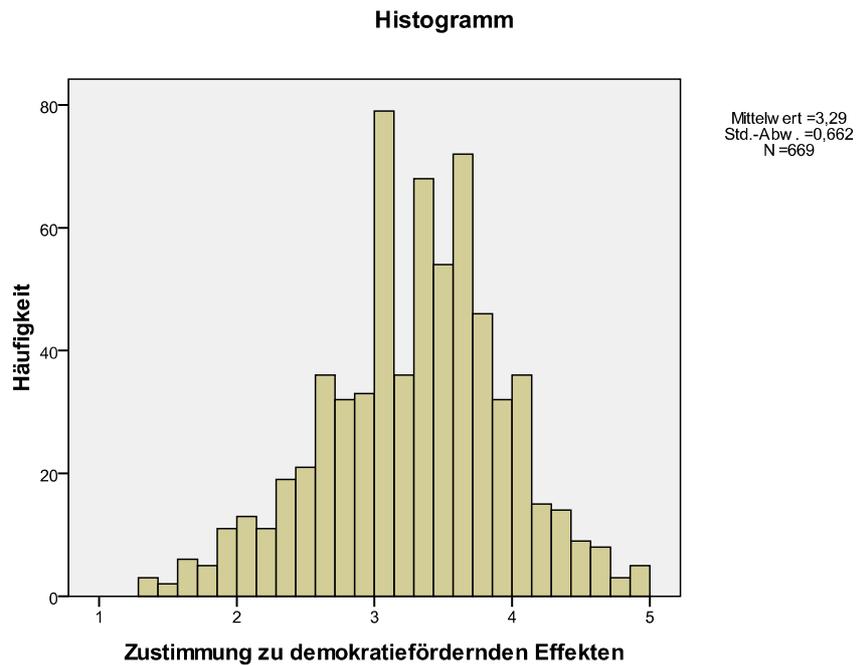
Zufriedenheit mit der Stadtpolitik					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1 überhaupt nicht zufrieden	133	19,9	19,9	19,9
	2 weniger zufrieden	229	34,2	34,2	54,0
	3 teils/teils	248	37,0	37,0	91,0
	4 zufrieden	60	9,0	9,0	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Allgemeines Interesse an Politik					
Gültig	1 überhaupt nicht	2	,3	,3	,3
	2 weniger	17	2,5	2,5	2,8
	3 mittelmäßig	127	19,0	19,0	21,8
	4 stark	319	47,6	47,6	69,4
	5 sehr stark	205	30,6	30,6	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

Interesse an Kommunalpolitik					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1 überhaupt nicht	1	,1	,1	,1
	2 weniger	12	1,8	1,8	1,9
	3 mittelmäßig	175	26,1	26,1	28,1
	4 stark	310	46,3	46,3	74,3
	5 sehr stark	172	25,7	25,7	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Politisches Vertrauen in die Stadtpolitik					
Gültig	1,00 geringes Vertrauen	80	11,9	11,9	11,9
	1,50	287	42,8	42,8	54,8
	2,00	49	7,3	7,3	62,1
	2,50	8	1,2	1,2	63,3
	3,00	72	10,7	10,7	74,0
	3,50	167	24,9	24,9	99,0
	4,00 hohes Vertrauen	7	1,0	1,0	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	
Wahrgenommene Responsivität des kommunalpolitischen Systems					
Gültig	1,00 Pol System ist kaum/wenig responsiv	58	8,7	9,3	9,3
	1,33	28	4,2	4,5	13,8
	1,67	62	9,3	10,0	23,8
	2,00	144	21,5	23,2	46,9
	2,33	78	11,6	12,5	59,5
	2,67	81	12,1	13,0	72,5
	3,00	118	17,6	19,0	91,5
	3,33	30	4,5	4,8	96,3
	3,67	17	2,5	2,7	99,0
	4,00 pol System ist responsiv	6	,9	1,0	100,0
	Gesamt	622	92,8	100,0	
Fehlend	System	48	7,2		
	Gesamt	670	100,0		

Politische Selbstwirksamkeit gegenüber der Stadtpolitik					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Gültig	1,00 geringe politische Selbstwirksamkeit	41	6,1	6,3	6,3
	1,50	47	7,0	7,2	13,5
	2,00	121	18,1	18,6	32,1
	2,50	145	21,6	22,3	54,4
	3,00	181	27,0	27,8	82,2
	3,50	71	10,6	10,9	93,1
	4,00 hohe politische Selbstwirksamkeit	45	6,7	6,9	100,0
	Gesamt	651	97,2	100,0	
Fehlend	System	19	2,8		
	Gesamt	670	100,0		
Einstellung zu politischer Partizipation					
Gültig	1,00 geringe Einstellung gegenüber politischer Partizipation	1	,1	,2	,2
	1,60	1	,1	,2	,3
	1,80	1	,1	,2	,5
	2,00	7	1,0	1,1	1,6
	2,20	6	,9	1,0	2,6
	2,40	11	1,6	1,8	4,4
	2,60	21	3,1	3,4	7,8
	2,80	49	7,3	7,9	15,7
	3,00	124	18,5	20,0	35,7
	3,20	60	9,0	9,7	45,4
	3,40	67	10,0	10,8	56,2
	3,60	62	9,3	10,0	66,2
	3,80	69	10,3	11,1	77,4
	4,00 hohe Einstellung gegenüber politischer Partizipation	140	20,9	22,6	100,0
	Gesamt	619	92,4	100,0	
Fehlend	99,00	51	7,6		
Aktive politische Partizipation					
Gültig	0 keine aktive Partizipation	263	39,3	39,3	39,3
	1	275	41,0	41,0	80,3
	2	105	15,7	15,7	96,0
	3 hohe aktive Partizipation	27	4,0	4,0	100,0
	Gesamt	670	100,0	100,0	

2.6 Deskriptive Statistiken und Häufigkeitsverteilungen der abhängigen Variablen

		Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten
N	Gültig	669
	Fehlend	1
Mittelwert		3,29
Median		3,33
Modus		3,50
Standardabweichung		,662
Varianz		,438
Schiefe		-,279
Standardfehler der Schiefe		,094
Kurtosis		,052
Standardfehler der Kurtosis		,189
Minimum		1,33
Maximum		4,958



2.7 Regressionsanalyse

Korrelationsmatrix

		Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten	Teilnahme Bürgerhaushalt	Teilnehmerhäufigkeit (dich.)	Zufriedenheit mit der Stadtpolitik	Interesse Politik allgemein	Interesse an Kommunalpolitik	Pol. Vertrauen	Pol. Selbstw.	Responsivität	Einst. zu pol. Partizipation	Ak.Part.	Alter	Geschlecht	Bildung (dich.)
Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten	Pearsons r	1	-,228**	-,035	,435**	-,136**	-,116**	,347**	,240**	,282**	,209**	-,135**	-,123**	,091*	-,065
	N	669	669	669	669	669	669	669	650	622	618	669	608	669	669
Teilnahme Bürgerhaushalt	Pearsons r	-,228**	1	,077*	-,019	,054	-,041	,063	-,177**	-,076	-,113**	-,011	,092*	-,077*	,087*
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Teilnehmerhäufigkeit (dich.)	Pearsons r	-,035	,077*	1	-,012	,085*	,078*	,007	,012	,125**	,036	,115**	-,026	-,033	,009
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Zufriedenheit Stadtpolitik	Pearsons r	,435**	-,019	-,012	1	-,064	-,141**	,585**	,274**	,377**	,035	-,077*	-,162**	,070	-,048
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Interesse Politik allgemein	Pearsons r	-,136**	,054	,085*	-,064	1	,503**	-,091*	,008	-,018	,249**	,231**	,095*	-,192**	,057
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Interesse Stadtpolitik	Pearsons r	-,116**	-,041	,078*	-,141**	,503**	1	-,078*	-,040	-,038	,224**	,266**	,233**	-,095*	-,036
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Politisches Vertrauen	Pearsons r	,347**	,063	,007	,585**	-,091*	-,078*	1	,272**	,475**	-,027	-,103**	,027	,045	,005
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Politische Selbstwirksamkeit	Pearsons r	,240**	-,177**	,012	,274**	,008	-,040	,272**	1	,579**	,122**	,133**	-,130**	,001	,096*
	N	650	651	651	651	651	651	651	651	615	608	651	592	651	651
Responsivität	Pearsons r	,282**	-,076	,125**	,377**	-,018	-,038	,475**	,579**	1	,056	,021	-,061	,037	,088*
	N	622	622	622	622	622	622	622	615	622	582	622	567	622	622
Einst. zu pol. Partizipation	Pearsons r	,209**	-,113**	,036	,035	,249**	,224**	-,027	,122**	,056	1	,200**	,029	,014	,021
	N	618	619	619	619	619	619	619	608	582	619	619	562	619	619
Aktive Partizipation	Pearsons r	-,135**	-,011	,115**	-,077*	,231**	,266**	-,103**	,133**	,021	,200**	1	,213**	-,108**	-,033
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Alter	Pearsons r	-,123**	,092*	-,026	-,162**	,095*	,233**	,027	-,130**	-,061	,029	,213**	1	-,107**	-,199**
	N	608	609	609	609	609	609	609	592	567	562	609	609	609	609
Geschlecht	Pearsons r	,091*	-,077*	-,033	,070	-,192**	-,095*	,045	,001	,037	,014	-,108**	-,107**	1	,063
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670
Bildung (dich.)	Pearsons r	-,065	,087*	,009	-,048	,057	-,036	,005	,096*	,088*	,021	-,033	-,199**	,063	1
	N	669	670	670	670	670	670	670	651	622	619	670	609	670	670

** p < 0,01; * p < 0,05

Aufgenommene & Entfernte Variablen^a

Modell	Aufgenommene Variablen	Entfernte Variablen	Methode
1	Zufriedenheit Stadtpolitik	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).
2	Teilnahme Bürgerhaushalt	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).
3	Einst. zu pol. Partizipation	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).
4	Interesse Politik allgemein	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).
5	Politisches Vertrauen	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).
6	Aktive Partizipation	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).
7	Responsivität	.	Schrittweise Selektion (Kriterien: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Aufnahme $\leq ,050$, Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluß $\geq ,100$).

a) abhängige Variable: Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten

Anova^h

Modell		Quadratsumme	df	Mittel der Quadrate	F	Sig.
1	Regression	46,548	1	46,548	130,709	,000 ^a
	Nicht standardisierte Residuen	199,428	560	,356		
	Gesamt	245,977	561			
2	Regression	58,388	2	29,194	86,996	,000 ^b
	Nicht standardisierte Residuen	187,589	559	,336		
	Gesamt	245,977	561			
3	Regression	65,541	3	21,847	67,562	,000 ^c
	Nicht standardisierte Residuen	180,436	558	,323		
	Gesamt	245,977	561			
4	Regression	70,809	4	17,702	56,290	,000 ^d
	Nicht standardisierte Residuen	175,168	557	,314		
	Gesamt	245,977	561			
5	Regression	75,278	5	15,056	49,039	,000 ^e
	Nicht standardisierte Residuen	170,698	556	,307		
	Gesamt	245,977	561			
6	Regression	78,268	6	13,045	43,169	,000 ^f
	Nicht standardisierte Residuen	167,708	555	,302		
	Gesamt	245,977	561			
7	Regression	79,470	7	11,353	37,773	,000 ^g
	Nicht standardisierte Residuen	166,506	554	,301		
	Gesamt	245,977	561			

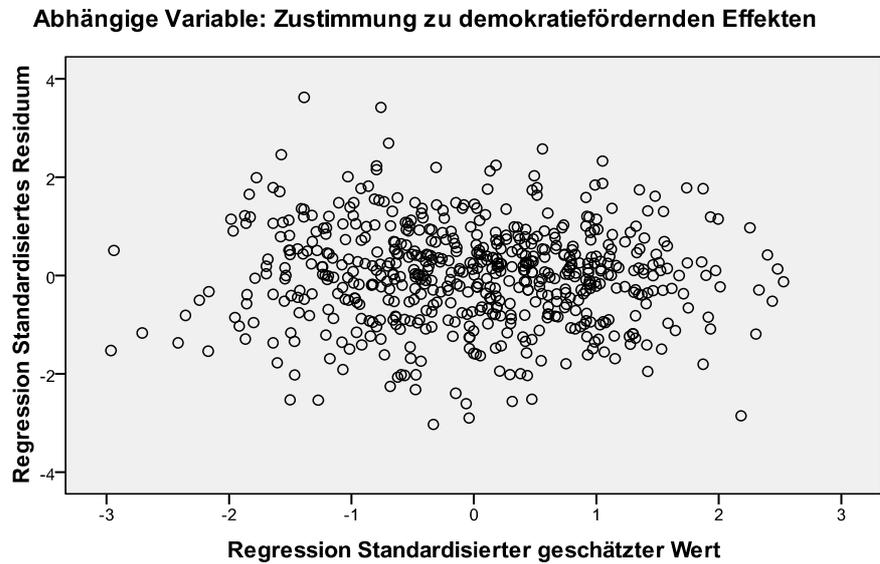
- a) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik
- b) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt
- c) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation
- d) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse an Politik allgemein
- e) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse an Politik allgemein, politisches Vertrauen in die Stadtpolitik
- f) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse an Politik allgemein, politisches Vertrauen in die Stadtpolitik, aktive Partizipation
- g) Einflussvariablen: (Konstante), Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Teilnahme Bürgerhaushalt, Einstellung zu politischer Partizipation, Interesse an Politik allgemein, politisches Vertrauen in die Stadtpolitik, aktive Partizipation, wahrgenommene Responsivität
- h) abhängige Variable: Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten

Koeffizienten

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	Korrelationen			Varianzaufklärungspotenzial		
	B	Standardfehler	Beta			Nullter Ordnung	Partiell	Teil	Min. (Teil) ²	Max. (Nullter Ordnung) ²	
[...]											
7	(Konstante)	2,034	,198		10,252	,000					
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,222	,032	,301	6,890	,000	,435	,281	,241	,06	,19
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,256	,047	-,192	-5,396	,000	-,228	-,223	-,189	,04	,05
	Einstellung zu pol. Partizipation	,298	,048	,230	6,241	,000	,209	,256	,218	,05	,04
	Interesse Politik allgemein	-,103	,031	-,123	-3,325	,001	-,136	-,140	-,116	,01	,02
	Politisches Vertrauen	,088	,032	,127	2,742	,006	,347	,116	,096	,01	,12
	aktive Partizipation	-,096	,029	-,120	-3,287	,001	-,135	-,138	-,115	,01	,02
	Responsivität	,076	,038	,081	2,000	,046	,282	,085	,070	,005	,08

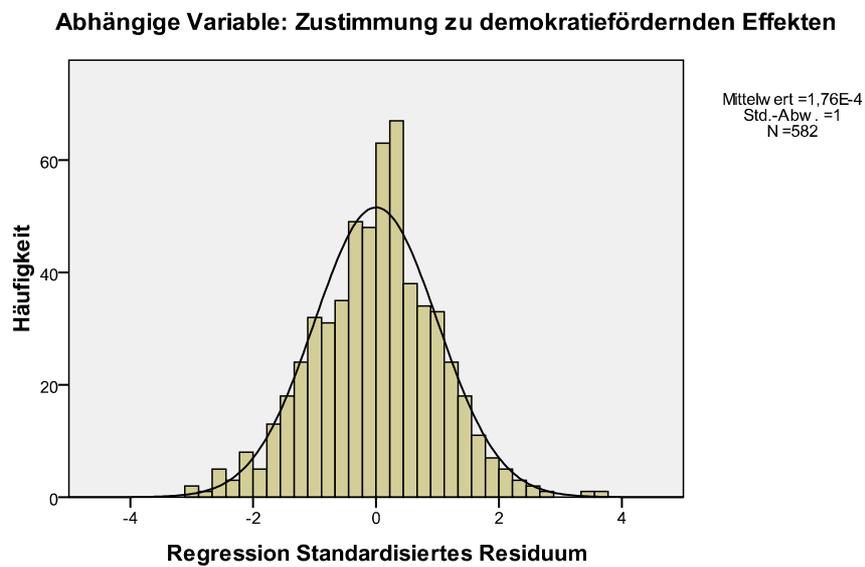
Homoskedastizität

Streudiagramm



Normalverteilung der Residuen

Histogramm



P-P-Diagramm von Standardisiertes Residuum

